

Die erste Budgetbewilligung.

Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition. — Sozialdemokratische Neujahrsgrüße nach England. — Scheidemanns Neujahrswunsch. — Die Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre. — Der Fall Liebknecht. — Rücktritt Ledebours aus dem Fraktionsvorstand. — Protest gegen barbarische Kriegführung. — Die Zustimmung zum Etat.

Der Feldzug war für Deutschland von Anfang an politisch verloren. Je mehr sich der Krieg gerade infolge der ersten deutschen Siege in die Länge zog, desto mehr Zeit gewannen die Gegner Deutschlands, ihre ungeheuren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte zu organisieren. Der Krieg war politisch entschieden, als England sich an die Seite Frankreichs und Rußlands stellte, als sich Italien für neutral erklärte, als fast die ganze übrige Welt sich gegen die Mittelmächte wandte. Militärisch war der Weltkrieg mit der deutschen Niederlage an der Marne entschieden. Je deutlicher aber das alles wurde, desto eifriger bemühten sich die deutschen Kriegstreiber, das Volk über die Wahrheit zu täuschen. Nunmehr wurde die Parole des Durchhaltens ausgegeben. Die militärische Faust senkte sich auf alles, was die Durchhaltestimmung gefährden konnte. Bald regnete es von Verboten gegen diejenigen Blätter der Sozialdemokratie, die nicht ganz im Gleichmarsch der Kriegstreiber einherschritten. Wo es nicht zu Verboten kam, dort verhängte man wenigstens die Präventivzensur. Eine besonders unrühmliche Rolle spielten dabei einige Parteiblätter, wie das „Volksblatt“ in Cassel und die „Volksstimme“ in Chemnitz, die sogar noch die Militärbehörde zu Verbotmaßnahmen gegen andere Parteiblätter anregten. Die Partei durfte im allgemeinen ihre Mitgliederversammlungen abhalten, allerdings unter sorgsamer polizeilicher Beobachtung. In einigen Orten verbot man aber auch diese Mitgliederversammlungen, so besonders in Hamburg, trotzdem an der patriotischen Haltung des „Hamburger Echos“ und der Hamburger Parteinstanzen kein Zweifel erlaubt war. Selbst dem „Hamburger Echo“ entrang sich der Seufzer: „Was hilft alle Aufklärungsarbeit im Ausland, was hilft das Bemühen der deutschen Sozialdemokratie, die Einmütigkeit des deutschen Volkes zu bezeugen, wenn Polizeistreiche dieser Art das Reich in den Augen der Außenwelt als einen Staat reiner Willkür erscheinen lassen.“ Im Dezember wurde die Genossin Rosa Luxemburg aufgefordert, sich bis zum 15. Januar im Berliner Frauengefängnis zum Antritt einer einjährigen Gefängnisstrafe zu melden, die ihr fast ein Jahr vorher von der Frankfurter Strafkammer wegen aufrühre-

rischer Reden gegen den Militarismus zudiktirt worden war, und kaum gelang es, für die kranke Frau einen Aufschub zu erwirken.

Die leitenden Instanzen ließen es von ihrer Seite aus an nichts fehlen, um die Parteigenossen im Lande für die Durchhalteparole zu gewinnen. Am 22. Dezember erließen Parteivorstand und Reichstagsfraktion eine Erklärung gegen den Reichstagsabgeordneten Georges Weill, einen gebürtigen Elsässer, der in die französische Armee eingetreten war, also dieselbe Sünde begangen hatte, wegen der Ludwig Frank von allen deutschen Sozialpatrioten stürmisch gefeiert worden war. Weill habe sich mit dieser unpatriotischen Haltung, so wurde verkündet, „außerhalb der Partei gestellt“, und so hat man schon damals die Formel gefunden, die später gegen die Opposition massenhaft angewendet worden ist. In einer anderen Erklärung wandte sich der Parteivorstand gegen einige Berichte von Parabellum (Karl Radek) und Homo (Grumbach) über die Vorgänge in Deutschland, die in auswärtigen Parteiblättern erschienen waren.

Von dieser hurrapatriotischen Betätigung stachen die Zuschriften einiger Parteigenossen für die Neujahrsnummer des „Labour Leader“, des Organs der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, angenehm ab. Franz Mehring schrieb, das ungünstige Licht, worin die deutsche Sozialdemokratie den Schwesterparteien des Auslandes erscheine, täusche. Was sich heute in ihr abspielt, habe sein Vorbild in dem ersten Jahre des Sozialistengesetzes, wo die Führer auch kopflos wurden, aber die Massen sich bald sammelten unter der Parole: Mit den Führern, wenn diese wollen, ohne die Führer, wenn sie untätig bleiben, trotz den Führern, wenn sie widerstreben. Rosa Luxemburg führte aus, es sei nötig, die bittere Wahrheit auszusprechen, daß die Internationale der Arbeiterklasse schmachvoll zusammengebrochen war, und am schmachvollsten die deutsche Sektion der Internationale, die an der Spitze des Weltproletariats zu marschieren berufen war. Es wäre das verhängnisvollste für die Zukunft des Sozialismus, wenn sich die Arbeiterparteien verschiedener Länder entschließen würden, die bürgerliche Theorie und Praxis völlig anzunehmen, wonach es als natürlich und unvermeidlich gelten sollte, daß sich die Proletarier verschiedener Nationen im Kriege auf Kommando ihrer herrschenden Klassen gegenseitig die Gurgeln abschneiden, nach dem Kriege aber miteinander wieder brüderliche Umarmungen austauschen, wie wenn nichts geschehen wäre. Karl Liebknecht rief, daß nicht unsere sozialistischen Grundsätze versagt hätten, sondern deren Vertreter. Es gelte, unsere Lehre nicht zu ändern, sondern sie lebendig zu machen. Jede sozialistische Partei habe ihren Feind, den Feind des internationalen Proletariats im eigenen Lande, dort habe sie ihn zu bekämpfen. Das Wohlergehen aller Völker sei untrennbar miteinander verknüpft; der Klassenkampf des Proletariats könne nur international geführt werden.

Auch der Parteivorstand ließ es sich nicht nehmen, dem „Labour Leader“ als Weihnachtsgruß eine Erklärung zu übermitteln, worin er seine Treue für den internationalen Sozialismus, für seine Sehnsucht nach dem Frieden betonte. Wie es bei den Führern der Mehrheit aber in Wirklichkeit damit bestellt war, dafür bietet der Neujahrswunsch von Philipp Scheidemann an seine Solinger Wähler

ein wahrhaft klassisches Beispiel. Nicht wegen der Person seines Verfassers, sondern weil der Brief die Auffassungen weiter Parteikreise so deutlich kennzeichnet, möge er hier einen Platz finden:

Die besten Wünsche zum neuen Jahrel

Schwere Sorge lastet auf uns allen . . . Quälend sind die schlaflosen Nächte, in denen wir unserer Lieben gedenken, die im Felde stehen. Grausam wühlt der Schmerz im Herzen derer, die das Liebste schon haben hergeben müssen . . .

Hut ab vor den Helden, die für unser Vaterland gefallen sind!

Größer als die Sorgen und Schmerzen müssen unser unbeugsamer Wille, unsere unerschütterliche Entschlossenheit sein. Wir wollen die furchtbare Zeit nicht nur in klarem Bewußtsein mit offenen Augen durchleben, wir wollen auch die Absichten unserer Feinde zuschanden machen: wir wollen siegen!

Und so wünsche ich zum Jahreswechsel allen die Kraft, Kummer und Schmerzen niederkämpfen zu können. Ich wünsche allen den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum Siegel

Unseren verwundeten und kranken Soldaten wünsche ich baldige und vollkommene Genesung. Ihnen und ihren Kameraden, die in den Schützengräben hausen, zur See oder auf der Wacht dem Vaterlande dienen — ihnen drücke ich herzlich die Hand!

Ihnen ganz besonders rufe ich zu: Haltet aus! Von Euch hängt es ab, was aus unserem Lande und was aus der deutschen Arbeiterschaft wird.

Möge uns das neue Jahr baldigen Sieg und dauernden Frieden bringen!

Berlin, Ende 1914.

Philipp Scheidemann.

Die Leitung der „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen hatte zwar diesen Glückwunsch in den Anzeigenteil gesteckt, dorthin also, wo die Gastwirte, Bäcker und Fleischer ihre Gratulationen an die geehrte Kundschaft abzuladen pflegen; nichtsdestoweniger entsprach der Inhalt dieses Scheidemannschen Neujahrsgrußes der allgemein üblichen sozial-patriotischen Auffassung. Von Verständigung war damals noch keine Rede; der Feind müsse niedergeworfen, der Friede diktiert werden. Später, als der Katzenjammer über sie kam, haben die Scheidemannier tausendfach beteuert, sie hätten von Anfang an nichts anderes als den Verständigungsfrieden im Sinne gehabt. Dieser Glückwunsch zeugt für eine ganz andere Gesinnung. Es war dieselbe Gesinnung, die in Tausenden von Reden, Aufsätzen, Broschüren und Zeitungsartikeln der Konrad Haenisch, Heinrich Schulz, Scheidemann, Cunow, Cohen, Heilmann, Winnig, Legien in der „Chemnitzer Volksstimme“, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel, im „Volksfreund“ zu Karlsruhe, in vielen anderen sozialdemokratischen Blättern zum Ausdruck kam.

Was die wirkliche Pflicht jedes Sozialdemokraten in dieser Situation war, das hat die Mehrheit der Parteiinstanzen damals ebensowenig wie während des ganzen Krieges erkannt. Die deutsche Sozialdemokratie mußte die Kriegsschuld der eigenen Regierung feststellen, bevor sie das Recht hatte, die Schuld bei den anderen Re-

gierungen zu suchen. Die deutsche Sozialdemokratie mußte sich wieder auf den granitnen Boden des Klassenkampfes stellen, den sie am 4. August verlassen hatte, und von hier aus die Verbindung mit dem Proletariat der anderen Länder wiederherzustellen suchen. Gewiß waren auch die Arbeiterparteien in Frankreich, in Belgien, in England dem Kriegstaumel verfallen, aber die deutschen Heere standen auf belgischem und französischem Boden, die belgischen und französischen Sozialisten konnten also immerhin noch behaupten, daß ihr Land das Opfer eines Angriffskrieges geworden sei, und daß sie deshalb nach den internationalen Beschlüssen die Pflicht hätten, die Kriegspolitik ihrer Regierungen solange zu unterstützen, bis der Feind aus den Grenzen wieder hinausgedrängt sei.

Wie dem aber auch sei, die deutsche Sozialdemokratie hatte bis zum Kriegsausbruch an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung gestanden, und das legte ihr die Verpflichtung auf, führend und wegweisend auch im Kriege voranzugehen. Sie durfte nicht warten, bis die Sozialisten in anderen Ländern sich wieder auf sich selbst besonnen hatten. Wenn die deutsche Sozialdemokratie damals, noch im ersten Abschnitt des Krieges, wieder das Banner des Sozialismus und des Klassenkampfes erhoben, die Gemeinschaft mit Kapitalismus und Nationalismus aufgegeben hätte, es wäre ein Fanfarenstolz für die gesamte proletarische Welt geworden, es hätte die Arbeiterklasse zum bestimmenden Faktor in der Weltpolitik gemacht. Selbst wenn der deutsche Militarismus den Krieg vorzeitig hätte abbrechen müssen, weil er ihn ohne die Unterstützung des Proletariats auch nicht eine Stunde weiterführen konnte: glaubt heute noch jemand, daß der Friede nach einem halben Jahre Krieg ungünstiger ausgefallen wäre, als vier Jahre später, nachdem Europa zu einer Wüste und zu einem Leichenfeld geworden war?

Aber immer stärker regten sich die Kräfte im deutschen Proletariat, die den Kampf gegen die Kriegspolitik aufnahmen. Offene Worte ließen sich allerdings nur auf illegalem Wege sagen, und so entstand bald eine Fülle von Broschüren, Flugblättern und Korrespondenzen, die im Geheimen hergestellt und von Hand zu Hand verbreitet wurden. Statt nun die Möglichkeit einer freien Meinungsäußerung wenigstens innerhalb der Partei zu erweitern, versuchten auch die Parteiinstanzen die Opposition, die „Quertreiberei“, mundtot zu machen. Kennzeichnend für diese Art der Bekämpfung unbequemer Meinungen war, was der „Karlsruher Volksfreund“ am 22. Januar im Anschluß an die Erklärungen des deutschen Parteivorstandes über die Information der ausländischen Parteipresse durch deutsche Genossen schrieb:

„Wären nicht einige bisher einflussreiche Literaten die Wortführer dieser Opposition, so würde es überhaupt nicht zweckmäßig sein, sich mit ihr zu beschäftigen. Nur der Umstand, daß diese Literaten Verdächtigungen und Unwahrheiten in die ausländische Presse lancieren, zwingt uns, dagegen Stellung zu nehmen . . . Den Leuten, die sich zu solchen Treibereien hergeben, mangelt es nicht nur an parteigenössischen, sondern auch sehr an nationalem Empfinden, denn sonst müßten sie begreifen, daß in der Situation, in der Deutschland sich augenblicklich befindet, ein solches Treiben im höchsten Grade verwerflich ist, zumal wenn es jeder tatsächlichen Grundlage

entbehrt. Offenbar hofften sie, auf dem Umweg über das Ausland größere Erfolge zu erzielen, als es ihnen bisher in Deutschland selbst möglich war.

Einstweilen muß man sich mit dem Protest gegen die Quertreibereien begnügen . . . Nach dem Krieg aber muß mit diesen Elementen Fraktur gesprochen werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie den gewaltigen Aufgaben, die ihrer harren, gewachsen sein soll. . . hier handelt es sich nicht mehr um bloße Meinungsverschiedenheiten, sondern darum, ob die Sozialdemokratie eine große politische Partei, mit entsprechenden Aufgaben und entsprechender Verantwortung oder eine Sekte politischer Fanatiker sein soll, die von der Wirklichkeit abstrahiert und fatalistisch den Dingen ihren Lauf läßt. Wir stehen an einem Wendepunkt der geschichtlichen Entwicklung. Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie kann und darf künftig nicht darin bestehen, die durch den Weltkrieg abgerissenen Fäden fortzuspinnen, sondern auf den durch ihn geschaffenen neuen Fundamenten aufzubauen."

Ähnliche Töne schlug Scheidemann am 25. Januar 1915 in einer Rede in Hamburg an. Es wurde darüber in der Parteipresse berichtet:

Soweit es geeignet ist, falsche Meinungen über die Stimmung des deutschen Volkes zu verbreiten, müssen wir es energisch zurückweisen. Unter dem Sozialistengesetz haben wir Leute, die sich in ähnlicher Weise gegen unsere Sache versündigt, Spitzel genannt. Was heute von einzelnen getrieben wird, ist nichts anderes als Spitzelarbeit. Die Partei wird sich dagegen zu wehren wissen. Wir müssen es aber auch ablehnen, uns in Zukunft über unsere praktische Tätigkeit belehren zu lassen von Leuten, die vor lauter Theorie den Blick für die Bedürfnisse unseres eigenen Volkes verloren haben. Der deutsche Arbeiter hat große Achtung vor hoher Gelehrsamkeit, gleichviel woher sie kommt. Wenn aber die Gelehrten uns nur Knüppel zwischen die Beine werfen wollen, pfeifen wir auf sie . . .

Durchhalten! Das muß jetzt die Parole sein. Wenn der Reichskanzler das gleiche Wort gebrauchte, so brauchen wir daran keinen Anstoß zu nehmen. Es gibt keinen besseren Ausdruck für das, was jetzt notwendig und allein möglich ist . . . Wir können nicht wünschen, daß das Opfer unserer kämpfenden Brüder umsonst gebracht, daß das Blut so vieler Söhne unseres Landes vergebens geflossen sein soll. Wir dürfen nichts tun, was ihren Mut, ihre Widerstandskraft lähmen könnte. Das deutsche Volk hat bis jetzt in seiner Ernährung durch diesen fürchterlichen Krieg noch nicht zu leiden gehabt, wie andere Völker. Wenn es jetzt mit der Ernährungsfrage infolge der Aushungerungspläne Englands auch für uns ernster wird, so wollen wir uns ohne Murren in die harte Notwendigkeit fügen.

Das war die Stimmung in den maßgebenden Parteikreisen. Durchhalten bis zum Siege, Niederwerfung der äußeren Feinde. Niederwerfung aber auch der Gegner im Innern, nämlich desjenigen Teiles der deutschen Arbeiterschaft, der sich in Opposition gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik befand. In Württemberg ging man wie bisher schon führend darin voran. Nachdem der dortige Landesvorstand die „Schwäbische Tagwacht“ gewaltsam an sich gerissen und eine neue Organisation gegründet hatte, stieß er die nicht nach seiner Pfeife tanzenden Genossen rücksichtslos aus der Partei aus. Oder man machte es einfacher, indem man wie bei

Genossen Westmeyer berichtete, daß ein Ausschlußverfahren sich erübrigt habe, „weil Westmeyer sich durch sein Verhalten selbst außerhalb der Partei gestellt hat“.

Auch von anderer Seite wurde versucht, die Spaltung der Partei schon jetzt vorzunehmen und alle oppositionellen Elemente hinauszudrängen. Die Berliner Gewerkschaftskommission veranstaltete am 27. Januar eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre, in der Karl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, einen Vortrag über die Frage hielt: „Warum müssen sich die Gewerkschaftsfunktionäre mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ Bis dahin hatte die Generalkommission ängstlich darauf gehalten, daß die Gewerkschaften in die Auseinandersetzungen der Sozialdemokratischen Partei nicht hineingezogen wurden. Jetzt aber entdeckte sie, daß die Gewerkschaftsfunktionäre die entgegengesetzte Pflicht hätten. Den Hauptteil des Vortrages von Legien bildeten Vorwürfe gegen den „Vorwärts“. Da die Redaktion vorher nicht verständigt worden war, so konnte sie ihren Standpunkt in der Versammlung nicht vertreten. Der Vortrag von Legien ist später als Broschüre herausgegeben worden. Was in der Diskussion gegen Legien gesagt wurde, konnte aus leicht erklärlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

Inzwischen wuchs die Gärung in den großen Zentren der Arbeiterbewegung. In einer Reihe von Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die den Krieg als imperialistisch kennzeichneten und feststellten, daß die Bewilligung der Kredite eine Unterstützung dieses Krieges bedeute. Eine Kreiskonferenz des 6. Berliner Reichstagswahlkreises verlangte vom Parteivorstand, daß er bei der Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes durchsetze. Eine andere Versammlung in Berlin protestierte gegen den Bruch der luxemburgischen und belgischen Neutralität und forderte den schleunigen Abschluß eines Friedens ohne Eroberungen, ohne Demütigung der beteiligten Völker, eines Friedens im Geiste der internationalen sozialistischen Brüderlichkeit. Für den 2. Februar war eine Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einberufen worden. Sie fand auf Betreiben Ledebours statt, der sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes niedergelegt hatte, weil er dessen Politik nicht länger mitmachen wollte. Die Sitzung sollte sich insbesondere mit dem Verhalten von Südekum befassen. Südekum war neuerdings im Auftrage der deutschen Regierung in Rumänien und in den Kriegsgefangenenlagern herumgereist, um für die deutsche Sache Stimmung zu machen. Das ging sogar dem Parteivorstand gegen den Strich und er erteilte Südekum dafür eine leise Rüge. Aus der Anklage gegen Südekum machten jedoch die Durchhalter schleunigst eine Anklage gegen Liebknecht, weil er im Reichstage gegen die Kriegskredite gestimmt hatte und dadurch die Fraktionsdisziplin gebrochen haben sollte.

Zwei Tage lang wurde über den Fall Liebknecht diskutiert. Es lagen folgende drei Anträge vor:

1. Der Fraktionsvorstand schlug vor: Die Abstimmung der Fraktion im Plenum des Reichstages hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist.

Glaukt ein Fraktionsvorstand nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.

Dazu beantragte Stadthagen den Zusatz, daß nur solche Fraktionsbeschlüsse bindend sind, die dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen entsprechen; Bernstein beantragte den Zusatz, daß denjenigen Fraktionsmitgliedern, die versicherten, den Fraktionsbeschlüssen nach ihrem Gewissen nicht befolgen zu können, die Befugnis zur abweichenden Abstimmung gewährt werden müsse; Ledebour beantragte zu Absatz 2, daß das Fernbleiben nur gestattet sein solle, wenn es die Abstimmung der Fraktion im Plenum nicht gefährde.

2. Legien forderte den Ausschluß Liebknechts aus der Fraktion.

3. Frohme beantragte: Die Fraktion schließt sich der über die Abstimmung Liebknechts abgegebenen Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember 1914 an. Sie verurteilt den von Liebknecht begangenen Disziplinbruch aufs schärfste.

Sie weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück.

Ebenso verurteilt sie die von Liebknecht im Ausland verbreiteten irreführenden Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Partei.

Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen.

Hierzu stellte Bernstein einen Abänderungsantrag, der anerkennt, daß Liebknecht im guten Glauben und in bester Ueberzeugung gehandelt habe.

Die Mehrzahl der Redner wandte sich gegen Liebknecht. Stadthagen und Ledebour betonten, daß Liebknecht gegen den Beschluß der Fraktionsmehrheit handeln durfte, da er von der Programmwidrigkeit der Kreditbewilligung überzeugt war. Edmund Fischer stellte fest, daß er und 20—30 andere Fraktionsmitglieder am 3. August entschlossen gewesen seien, entgegen einem etwaigen Kreditlehnungsbeschlusse der Fraktion öffentlich für die Kredite zu stimmen: unter diesen Umständen sei jede Verurteilung Liebknechts eine Ungerechtigkeit und Heuchelei. Liebknecht selbst begründete in ausführlichen Darlegungen seinen Standpunkt. Der Antrag Legiens wurde schließlich zurückgezogen, der Antrag des Fraktionsvorstandes mit 93 gegen 4 Stimmen angenommen, nachdem der Zusatz Bernstein gegen 7 Stimmen, der Zusatz Stadthagen gegen sieben Stimmen abgelehnt worden war. Vom Antrag Frohme wurde der erste Antrag mit 82 gegen 15 Stimmen, der zweite Absatz mit 58 gegen 33 Stimmen, der dritte Absatz mit 51 gegen 39 Stimmen, der vierte Absatz mit 82 gegen 7 Stimmen, schließlich der ganze Antrag mit 65 gegen 26 Stimmen angenommen.

Am nächsten Morgen veröffentlichte der „Vorwärts“ eine Erklärung von Liebknecht, in der er ausführte, daß er gegen die Kriegskredite gestimmt habe, weil deren Bewilligung nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch dem Parteiprogramm und den Beschlüssen internationaler Kongresse scharf widerspreche, und weil die Fraktion nicht berechtigt sei, einen Vorstoß gegen Programm und Parteibeschlüsse vorzuschreiben. Irreführende Mitteilungen über

Parteivorgänge habe er nicht verbreitet. Diese Erklärung rief den heftigen Unwillen der Kreditbewilliger hervor. In der Fraktions-sitzung vom 4. Februar stellte David folgenden Antrag:

Die Fraktion weist die Behauptung, daß die Bewilligung der Kriegskredite den Interessen des Proletariats, dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der internationalen Kongresse widerspricht, mit aller Entschiedenheit zurück.

Was die Verbreitung irreführender Mitteilungen an das Ausland durch Genossen Liebknecht betrifft, so wurde mehr als genug festgestellt, um den Beschluß der Fraktion zu rechtfertigen.

Stadthagen beantragte für den Fall der Annahme des Antrages ausdrücklich zu erklären, daß die Fraktion damit die süddeutschen Mehrheitsbeschlüsse auf Budgetbewilligung keineswegs rechtfertigen wolle. In der Abstimmung wurde der erste Absatz des Antrags David mit 53 gegen 20 Stimmen, der zweite Absatz mit 45 gegen 26 Stimmen, der ganze Antrag mit 52 gegen 21 Stimmen angenommen. Der Zusatzantrag Stadthagen wurde gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Auch bei der Behandlung der Amtsniederlegung des Genossen Ledebour bewährte sich die Hurrastimmung der Fraktionsmehrheit. Die Vorwürfe Ledebours gegen den Fraktionsvorstand wurden mit 70 gegen 7 Stimmen als unbegründet erklärt, dagegen mit 47 gegen 36 Stimmen ein Antrag angenommen, der Ledebours Vorgehen aufs schärfste verurteilt. Ein Antrag Ledebours, der die Pflichten des Fraktionsvorstandes zu formulieren suchte, wurde mit 35 gegen 32 Stimmen abgelehnt. An die Stelle von Ledebour trat Hoch in den Fraktionsvorstand ein.

Die Fraktionssitzung befaßte sich schließlich noch mit der Friedensfrage. Es wurde strengste Geheimhaltung der Debatte beschlossen. Soviel ist aber aus dieser Sitzung doch bekannt geworden, daß die Mehrheit der Fraktion noch nicht die Zeit für gekommen erachtete, um aktiv an der Herbeiführung des Friedens zu arbeiten. Sie vertraute völlig auf den Sieg der deutschen Waffen und sah ihre Sache bei Wilhelm II. und Bethmann Hollweg in guten Händen.

In den nächsten Tagen erhielt Liebknecht die Einberufungsorder als Armierungssoldat. Man beurlaubte ihn für die Sitzungen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, verbot ihm aber ausdrücklich, an Versammlungen teilzunehmen, Propaganda zu treiben oder Berlin zu verlassen. Am 18. Februar wurde die Genossin Luxemburg verhaftet und im Grünen Wagen nach dem Berliner Frauengefängnis zur Abfüzung ihrer Strafe gebracht. Sie hat die deutsche Freiheit erst nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch im Herbst 1918 wieder genießen können.

Am 8. Februar kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen in der kleinen sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags. Haenisch legte für die erste Lesung des Etats den Entwurf einer Erklärung vor, worin angeführt wurde, daß in dieser ersten Zeit die feste Geschlossenheit der Nation nach außen hin unbedingtes Erfordernis sei; deshalb werde in diesem Augenblick auf Erörterungen allgemein polemischer und parteipolitischer Natur

verzichtet. Soweit die Fraktionen Wünsche und Beschwerden hätten, würden sie diese in der Budgetkommission zur Sprache bringen. Liebknecht arbeitete einen anderen Entwurf aus, worin es hieß, daß noch nicht einmal in dieser Zeit die Regierung sich bewogen gefühlt habe, das Dreiklassenwahlssystem zu beseitigen. Gegen den Belagerungszustand und die Pressezensur und die anderen Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiterklasse werde aufs schärfste protestiert. Der preußischen Regierung müsse das Vertrauen versagt bleiben. Nur unter dem Eindruck des Friedenswillens der Arbeiterklasse aller Länder werde ein baldiger Friede zustande kommen. Die Fraktion nahm den Entwurf von Haenisch zur Grundlage, strich die am meisten beanstandeten Teile und nahm wesentliche Teile des Entwurfs von Liebknecht hinein.

Es nahte die Zeit, in der sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit der Frage befassen mußte, wie sie sich bei der Abstimmung über den Etat verhalten wolle. Bisher stand es fest, daß die Bewilligung des Etats eine Vertrauenskundgebung für die Regierung bedeutete. Deshalb hatten auch alle Parteitage, die sich mit dieser Frage befaßten, beschlossen, daß jedes Budget, das von der Regierung eines kapitalistischen Staatswesens vorgelegt werde, von den Vertretern der Arbeiterklasse abzulehnen sei, selbst wenn in einzelnen Forderungen enthalten seien, deren Annahme im Interesse des Proletariats lagen. Der Beschlussfassung auf den Parteitag war jedesmal eine leidenschaftliche Debatte vorausgegangen, es stand aber über jeden Zweifel, daß ihr alle Teile der Partei verbunden waren, und daß sich auch die Reichstagsfraktion an die Parteitagsbeschlüsse zu halten hatte.

Nun waren die bisherigen Kriegskredite, zweimal zu je fünf Milliarden Mark, in besonderen Vorlagen eingebracht worden, den dritten Kriegskredit in Höhe von 10 Milliarden Mark hatte aber die Regierung in das Budget hineingearbeitet. Dadurch waren diejenigen sozialdemokratischen Abgeordneten, die zwar für die Kredite stimmen, aber doch nicht die Parteitagsbeschlüsse verletzen wollten, in eine etwas peinliche Lage geraten, und es bedurfte vieler Ueberredungskunst der kriegspatriotischen Wortführer, um Gewissensbedenken solcher Art zu beseitigen. Am 7. März war der Parteiausschuß zusammengesetreten. Er billigte mit 35 gegen 5 Stimmen von Antrick, Ditzmann, Fleißner, Hennig und Linde die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag und erklärte mit 30 gegen 10 Stimmen die Bewilligung des Kriegsbudgets, trotz der Parteitagsbeschlüsse, für zulässig und notwendig. Am 8. März trat die Reichstagsfraktion zusammen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung hatten gewünscht, daß bei der ersten Lesung des Etats überhaupt nicht gesprochen werde. Der rechte Flügel der Fraktion wollte diesen Wunsch erfüllen. Nach langen Diskussionen wurde aber beschlossen, daß Haase eine Etatrede halten solle. Am 9. März wurde der Inhalt dieser Rede erörtert. Haase wollte darin auch über den Frieden sprechen. Der rechte Flügel erklärte, daß jede Kundgebung des Friedenswillens verderblich sei. Mit 57 Stimmen wurde jedoch der Vorschlag von Haase angenommen.

Haase führte in seiner Rede vom 10. März aus, daß die sozialdemokratische Fraktion ihr Votum vom 4. August und vom 2. De-

zember nicht als Handelsgeschäft betrachte. Aber es sei nicht zu billigen, daß die Regierung dem Reichstage trotz der unermesslichen Opfer, die das Volk bisher gebracht habe, lediglich diesen Etat vorlege. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Klasse, der Partei, der Konfession, der Nationalität volle Gleichberechtigung gewährt werde. Vergeblich warte das Volk auf die Aufhebung des Belagerungszustandes, der eine Erbitterung erzeugt habe, von deren Stärke die Regierung sich keine Vorstellung zu machen scheine. Und wie werde die Zensur gehandhabt! Es spote jeder Beschreibung, aus welchen Gründen Zeitungen verfolgt und unterdrückt werden. Die Berufung auf den Burgfrieden arte vielfach geradezu zu einem Unfug aus. Das deutsche Volk dürfe sich nicht ausschalten lassen, wenn es sich um die schicksalsschwere Frage seiner Zukunft handele. Es habe mitzureden und an den Entscheidungen mitzuwirken. Die Sozialdemokratie als Vertreterin des internationalen Sozialismus und die Partei des Friedenswünsche, daß ein dauerhafter Friede geschlossen werde, der nicht neue Keime von Zwietracht in sich trage. Bis das blutige Ringen zum Abschluß gekommen sei, müsse die Ernährung des Volkes sichergestellt werden. Von den Kreisen, die in dieser Zeit der Not besonders hohe Gewinne einstreichen, müßten hohe Besitzsteuern erhoben werden.

Einige Tage darauf hielt der Herrenhaus-Präsident von Wedel-Piesdorf eine Eroberungsrede, und ein Teil der Fraktion verlangte nunmehr, daß Scheidemann, der zum Etat des Reichskanzlers sprechen sollte, eine Absage an die Annexionspolitik bringe. Es wurde dagegen eingewandt, daß die Regierung keine Annexionen wolle, deshalb bestehe kein Anlaß, sich jetzt gegen sie zu wenden. Scheidemann wollte lediglich bemerken, daß die Fraktion an ihrem früheren Standpunkt zur Annexionsfrage festhalte. Ein Antrag von Simon, die Rede von Wedel ausdrücklich zu erwähnen, wurde mit 48 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

In seiner Rede am 18. März berief sich Scheidemann auf die Erklärungen vom 4. August und vom 2. Dezember und behauptete, daß sich seitdem nichts zugetragen habe, was die Haltung der Fraktion ändern könnte. Das Volk müsse durchhalten, um den Glauben der Gegner an die Besiegbarkeit Deutschlands zu zerstören. Allerdings müsse man verlangen, daß wirtschaftliche Maßnahmen getroffen würden, die das Durchhalten besser ermöglichten. Scheidemann bedauerte sehr, daß der „Ausbau der Freiheit“ erst nach dem Kriege erfolgen solle; man hätte jene Verheißungen vom 4. August doch jetzt schon erfüllen können. Aber auch, wenn diese Verheißungen nicht erfüllt würden, so dürfe es jetzt zu inneren Kämpfen nicht kommen. Man kann sich vorstellen, daß dieses Gerede nicht den geringsten Eindruck auf die Regierung und auf die bürgerlichen Parteien machte.

Die Fraktion befasste sich nunmehr mit der Frage der Kreditbewilligung. Einige Abgeordnete verlangten, daß man nicht 10, sondern nur 5 Milliarden bewilligen solle. Wurm warnte die Mehrheit davor, den Bogen zu überspannen. In den Arbeitermassen wachse die Opposition gegen die Fraktionstaktik. David griff die Opposition heftig an und meinte, sie werde die Regierung in die

Arme der Schanfmacher treiben. Legien murmelte einiges von Konventikelpolitik. Südekum verlangte die Bewilligung der 10 Milliarden, damit die Sozialdemokratie sich nicht ausschalten lasse. Der Antrag auf Bewilligung von nur 5 Milliarden wurde mit 64 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Dann wurde mit 77 gegen 23 Stimmen beschlossen, die 10 Milliarden zu bewilligen. Zwei Genossen erklärten sich noch nachträglich gegen die Bewilligung. Die Namen der Fraktionsmitglieder, die gegen die Kredite in dieser Sitzung stimmten, waren: Albrecht, Antrick, Bernstein, Bock, Dittmann, Emmel, Fuchs, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Hoch, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Liebknecht, Peirot, Rühle, Schwartz, Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr und Zubeil.

Ebert suchte nunmehr nachzuweisen, daß auf Grund einer Ausnahme Klausel des Lübecker Parteitag das Budget bewilligt werden könnte. Im gleichen Sinne sprachen Schöpflin, Cohen, Landsberg und David. Gegen die Bewilligung wandten sich Bernstein, Haase, Stadthagen und Emmel. Simon beantragte im Falle der Bewilligung im Plenum zu erklären, daß sie nur unter dem Zwange des Krieges erfolge, aber die grundsätzliche Stellung der Fraktion in der Budgetfrage nicht berühre. Mit 60 gegen 34 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Schließlich wurde die Bewilligung des Budgets mit 69 gegen 30 Stimmen beschlossen, 5 Genossen erklärten sich noch nachträglich gegen die Bewilligung. Zu den obengenannten Fraktionsmitgliedern kamen jetzt noch hinzu: Baudert, Brandes, Büchner, Oskar Cohn, Hierl, Hoffmanns-Kaiserslautern, Hofrichter, Hugel, Raute und Schmidt-Meißner. Insgesamt waren also jetzt schon 35 Mitglieder der Fraktion Gegner der Kreditbewilligung. Ein Antrag Emmel, die Abstimmung im Plenum für die Minderheit freizugeben, wurde mit 71 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

In der Reichstagssitzung vom 20. März kam es vor der Abstimmung über das Budget noch zu stürmischen Auseinandersetzungen. Stadthagen hielt eine Rede über das Wüten des Belagerungszustandes. Er wies nach, daß nirgendwo in Deutschland jetzt ein gesetzlicher Zustand für die Presse bestehe. Die militärischen Befehlshaber übten die vollziehende Gewalt aus und hielten sich in keiner Weise dabei an die bestehenden Gesetze. An einer Anzahl von Beispielen zeigte Stadthagen, wie die sozialdemokratische Presse, natürlich nur die oppositionelle, von der Zensur drangsaliert wurde. Viel schlimmer noch als in der Provinz stehe es aber in Berlin, wo sich die militärischen Befehlshaber besonders den „Vorwärts“ aufs Korn genommen hätten. Die Kriegstreiber dagegen würden von der Zensur in keiner Weise behindert.

Hatte schon diese Rede lebhaftes Entrüstung bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien hervorgerufen, so steigerte sich diese Entrüstung zum Sturm, als Ledebour sich gegen die Ausnahme Gesetze gegen einzelne Teile der Bevölkerung wandte. Die französisch sprechende Bevölkerung Elsaß-Lothringens werde so drangsaliert, daß die Sehnsucht nach der französischen Herrschaft geradezu in sie hineingepeitscht werde. Ebenso gehe es den Dänen und den Polen. Die Regierung habe die Parole gegen den Zarismus ausgegeben, bei sich zuhause aber übe sie sich in allen Allüren des

Zarismus. Dann besprach Ledebour eine Kundgebung der Obersten Heeresleitung. Hindenburg hatte die Meldung, daß russische Truppen ein paar Dörfer bei Memel niedergebrannt hatten, mit folgender Drohung beantwortet: „Für jedes von diesen Horden auf deutschem Boden niedergebrannte Dorf oder Gut werden drei Dörfer des von uns besetzten russischen Gebiets in Flammen aufgehen.“ Die Rechte des Hauses tobte wie besessen, als Ledebour diese barbarische Anweisung ihres Nationalhelden zu kritisieren wagte.

Nach der Rede des Genossen Ledebour trat ein bürgerlicher Redner nach dem anderen auf und verlangte von der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung dazu. Ebert und Heine behaupteten in Zwischenrufen, daß Ledebour seine Ausführungen nicht im Auftrage der Fraktion gemacht habe. Schließlich erklärte Scheidemann im Namen des Fraktionsvorstandes, daß Ledebour beauftragt gewesen sei, nur über den Sprachenparagrafen zu reden. Alles, was er darüber hinausgehend gesagt habe, habe er für seine Person gesagt und allein zu verantworten. Diese Erklärung wurde von den bürgerlichen Parteien und einem Teile der sozialdemokratischen Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Aber der Kniefall Scheidemanns genügte ihnen noch nicht. Die Sitzung wurde auf zwei Stunden unterbrochen.

In der Pause hielt die sozialdemokratische Fraktion eine Sitzung ab. Mit 70 gegen 22 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde beschlossen, durch Scheidemann eine Erklärung abgeben zu lassen, wonach die Gründe, die für die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August und am 2. Dezember bestanden, maßgebend gewesen seien, noch unvermindert fortbeständen. Aus diesem Grunde werde die Fraktion auch dem Etat ihre Zustimmung geben. Ein Antrag Emmel, in der Erklärung zu bemerken, daß sie nur im Namen der Fraktionsmehrheit erfolge, wurde gegen 22 Stimmen abgelehnt. Liebknecht und Rühle hatten dem Fraktionsvorstand mitgeteilt, daß sie im Plenum gegen das Budget stimmen würden. Legien verlangte die Abgabe einer Erklärung, daß die beiden Genossen sich damit außerhalb der Fraktion gestellt hätten; er beschränkte sich schließlich auf einen Mißbilligungsantrag, der mit 67 gegen 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde. Mit großer Mehrheit wurde die Veröffentlichung der Mißbilligung beschlossen.

Darauf wandte man sich der Besprechung des Falles Ledebour zu. Verschiedene Redner warfen ihm vor, daß er seine Kompetenzen überschritten habe, und sie verteidigten sogar das Vergeltungsprinzip gegenüber dem Feinde. Ledebour blieb dabei, daß er die Kennzeichnung der Barbarei der Obersten Heeresleitung nicht bedaure. In der darauffolgenden Plenarsitzung erklärten die Vertreter der bürgerlichen Parteien, daß sie mit dem, was Scheidemann zu der Rede von Ledebour ausgeführt hatte, nicht zufrieden sein könnten. Graf Westarp fügte noch hinzu, daß die Zustimmung zum Etat die einfache Pflicht jedes Mitgliedes des Hauses sei, was heftige Unruhe bei den Sozialdemokraten hervorrief. Scheidemann gab schließlich noch einmal eine Erklärung ab, worin er ausführte, daß seine Fraktion nicht für jeden Zwischenruf eines Abgeordneten

verantwortlich gemacht werden könnte. Er müsse es ablehnen, sich von anderen Fraktionen Zensuren erteilen zu lassen.

Es kam jetzt die Budgetabstimmung; Liebknecht und Rühle stimmten dagegen, vorher hatten sich folgende Genossen aus dem Saale entfernt: Albrecht, Antrick, Baudert, Bernstein, Bock, Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Geyer, Haase, Henke, Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Peirottes, Raute, Schmidt (Meißen), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Zubeil. Oskar Cohn erklärte im „Vorwärts“, daß er durch Krankheit verhindert gewesen sei, den Sitzungen beizuwohnen, er würde sich an den Abstimmungen über den Gesamtetat nicht beteiligt haben.

Das Gebot der Stunde.

Die Annexionswünsche der Unternehmerorganisationen. — Die Wirkung der Zustimmung zum Budget. — Die Internationale Frauenkonferenz in Bern. — Die Zeitschrift „Internationale“. — Das Schreiben an den Parteivorstand. — Das Gebot der Stunde.

Monat um Monat verstrich und kein Ende des Weltkrieges schien abzusehen. Hunderttausende von proletarischen Familien jammerten um den Vater, den Sohn, den Bruder, die der unersättliche Moloch gefressen hatte. Die gesunden Leute waren verbraucht. Nun kamen die Halbinvaliden, die Kranken, halbe Kinder daran. Die Preise der Lebensmittel gingen unausgesetzt in die Höhe, die Waren wurden immer knapper. Mangel und Sorge zogen in die Arbeiterkreise ein. Deutschland versank in einem Meer von Blut und Tränen.

Dem kapitalistischen Bürgertum dagegen ging es so glänzend wie nie zuvor. Je höher sich die Leichenhaufen auf den Schlachtfeldern türmten, desto schneller stiegen die Profite der Unternehmer. Und es machte keinen Unterschied, ob es sich um Kapitalisten vom Schlot oder vom Halm handelte. Was Wunder, daß die Bourgeoisie den Krieg, diese herrliche Gelegenheit zur persönlichen Bereicherung, bis ins Unendliche auszudehnen gedachte. Und nun kehrten auch die Kriegstreiber ihr wahres Gesicht hervor. Die Unternehmerverbände, der Bund der Landwirte, der deutsche Bauernbund, der Zentralverband deutscher Industriellen, der Hansabund und der Mittelstandsverband verlangten stürmisch nach Annexionen in Belgien, in Nordfrankreich und in Französisch-Lothringen. In Denkschriften und in Versammlungen wurde die Regierung bedrängt, daß sie endlich ihr Kriegsziel verkünden solle, natürlich nur ein Kriegsziel, das den Wünschen der Annexionisten entsprach. Offiziell legte die Regierung sich nicht fest. Aber gerade dadurch, daß sie die Eroberungswünsche nicht unzweideutig zurückwies, zeigte sie mit aller Klarheit, daß sie mit ihnen übereinstimmte. Das wurde noch hinreichend bestätigt durch zahllose Kundgebungen namhafter Persönlichkeiten aus den Kreisen der Regierung und der Heeresleitung, die sich offen für maßlose Annexionen aussprachen.

Jedoch Bethmann-Hollweg wollte sich nicht vinkulieren. Ueber das Kriegsziel sollte nicht öffentlich geredet werden. Nicht deshalb, weil man die Ansprüche der Annexionisten fürchtete, sondern weil auf diese Weise der Schwindel vom Verteidigungskriege noch schneller entlarvt worden wäre. Die Alldutschen und ihre Gefolgsleute, die bis in den Reihen der Sozialdemokratie hinein saßen, hatten freilich vor dieser Anordnung keinen Respekt. Frei ent-

falteten sie ihr Eroberungsbanner, ihre Sprache wurde immer deutlicher. Schließlich verlangten die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer in einer Eingabe an den Reichstag, er möge dafür sorgen, daß die Erörterung der Kriegsziele möglichst bald freigegeben werde, damit die öffentliche Meinung, nämlich die Wünsche der Annexionisten, bei den Friedensverhandlungen rechtzeitig zur Geltung gelangen könnten. Die „Post“ bemerkt erläuternd dazu, daß nur ein solcher Friede geschlossen werden dürfe, der „das deutsche Vaterland größer und stärker als zuvor aus diesem Kriege“ hervor-gehen lasse.

Auch unter den sozialdemokratischen Führern gab es manche, die sich den Abschluß des Friedens nur mit einem erheblichen Land-zuwachs für Deutschland vorstellen konnten. Scheidemann predigte, daß es eine Verrücktheit sei, zu glauben, der Krieg werde ausgehen, ohne daß die Grenzsteine verschoben werden würden. Der Bergarbeiterführer Leimpeters behauptete, daß auch die deutschen Arbeiter sich offen für Eroberungen aussprechen würden, wenn man sie nur befragen wollte. Selbstbestimmung der Völker? Ein Ladenhüter der sozialdemokratischen Agitation von vorgestern, erklärte Lensch. Monarchie und Republik? Eine Frage, die die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr zu beschäftigen brauche, nachdem sich das Kaisertum Wilhelm II. in diesem Kriege so herrlich bewährt habe. Also Wolfgang Heine in einer großen Rede in Stuttgart. Klassenkampf? Vielleicht wieder nach dem Kriege, so sagte uns Konrad Haenisch. Mit Recht konnte das Hallische „Volksblatt“ in jenen Tagen schreiben:

„Von Tag zu Tag zeigt sich immer klarer, daß gewisse führende Persönlichkeiten in der Partei die Sozialdemokratie von ihren bisherigen Grundlagen abzudrängen suchen, um sie in eine einfache Reform-partei umzuwandeln. Dieselben Personen haben diese Bemühungen freilich meist schon jahrzehntlang betrieben, aber so planmäßig, so heftig und so offen noch niemals wie jetzt. Der Beschluß der Fraktionsmehrheit, die Kriegskredite am 4. August und am 2. Dezember 1914 zu bewilligen, gab das Signal. Man deutet in jenen Kreisen den Beschluß so, daß er als Konsequenz den völligen Bruch mit allen Grundsätzen der internationalen proletarischen Klassen-kampfpartei zur Folge haben müsse. Da außerdem der „Burg-frieden“ zwischen den Parteien erklärt ist, die Zensur waltet und so viele tapfere sozialdemokratische Kämpfer in den Schützengraben stehen, so meint man, der Zeitpunkt sei günstig, um jetzt oder nie die grundsätzliche Richtung und Taktik der Sozialdemokratie umzubiegen. Wir haben diese Treibereien bisher wenig beachtet, und nur ab und zu einen Vorstoß mitgeteilt. Jetzt aber wird es notwendig, die breitesten Schichten der Parteigenossen über diese systematischen und sehr ernstesten Bestrebungen zu unterrichten.“

Die Rede Haases im Reichstag am 10. März rief in den Arbeiter-massen eine starke Wirkung hervor. Sie wurde als der erste proletarische Fanfarenstoß erkannt, der in den chauvinistischen Nebel klärend hineinstieß. Stärker freilich waren die Wirkungen der Sitzungen vom 18. und 20. März. Man erkannte sofort, welchen Zweck Scheidemann mit seiner Rede zum Etat des Reichskanzlers erreichen wollte. Durch die Aufstellung einiger

demokratischer Forderungen sollte die Opposition gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik beschwichtigt werden. Auf der anderen Seite wollte er durch die „besonnene“ Form seiner Rede den un-günstigen Eindruck verwischen, den die Rede von Haase auf die Bourgeoisie gemacht hatte. Konnte doch die junkerliche „Deutsche Tageszeitung“ von Scheidemanns Rede sagen, daß „unsere Feinde“ aus dessen Ausführungen entnehmen könnten, wie auch die deutsche Sozialdemokratie entschlossen sei, alles zu tun und allem zuzu-stimmen, was nötig sei, um den Sieg zu erringen. Daß er auch einige Spitzen gegen die Regierung gebraucht habe, das sei nicht weiter schlimm.

Anders aber war es um die Reden bestellt, die Stadthagen und Ledebour am 20. März im Reichstag gehalten hatten. Suchte die bürgerliche Presse die Ausführungen von Stadthagen mit Schweigen zu übergehen, so fiel sie um so lebhafter über Ledebour her. Die „Post“ verlangte, daß die sozialdemokratische Partei jetzt endlich „das Häuflein derer um Liebknecht“ von sich abschüttele. Wenn sich die Liebknecht und Genossen fortgesetzt in Rede und Abstimmung in schroffsten Widerspruch zu dem völkischen Kriegswillen stellten, die die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokratie unbeding-t bejahe, so klappten Gegensätze so wesentlicher Art, daß eine Trennung unausbleiblich erscheine.

Der sozialpatriotische Teil der Partei beeilte sich denn auch, diesen Forderungen der Scharfmacher nachzukommen. Das „Hamburger Echo“, das in diesem Treiben führend vorangehe, behauptete, daß die Opponenten nur noch das löbliche Handwerk der Haarspalterei betrieben. Eigensinn setze sich über alle politische Vernunft hinweg. Die ganze Art der Rede von Ledebour sei nicht so gewesen, daß die Wahrung der Gerechtigkeit und Menschlichkeit hervortrat, sondern der eigensinnige Wille, einen Skandal zu provozieren. Ein anderes Blatt, die „Bergwacht“ in Waldenburg, schrieb, daß sie auf das tiefste empört über den Skandal sei, den Ledebour verursacht habe.

Noch schärfer wurden die Auseinandersetzungen in der Partei, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Budget bewilligt hatte. Mochte man immerhin noch die Bewilligung der Kriegskredite als Ausnahmeerscheinungen hinnehmen, die verschwinden würden, wenn der Krieg vorüber war, so wurde die Zustimmung zum Etat von allen Seiten und mit Recht so gedeutet, daß die Fraktion end-gültig mit der bisherigen Politik der Partei ge-brochen hatte. Die Beschlüsse der Parteitage hatten die Ablehnung des Etats als grundsätzliche Frage festgelegt, und das war besonders in Magdeburg zum Ausdruck gekommen. Nunmehr sollte die Taktik bestimmt werden nicht mehr von den Grundsätzen der Partei, sondern von den parlamentarischen Bedürfnissen des Augenblicks. Aus der proletarischen Partei, die im schärfsten Gegensatz zur Bourgeoisie stand und bisher davon durchdrungen war, daß nur im Kampf mit diesem Gegner um den Sozialismus gerungen werden konnte, war eine Reformpartei geworden, die in friedlichen Verhandlungen mit den kapitalistischen Mächten einige Vorteile für die Arbeiterschaft herauszuschlagen hoffte. So wurde die Zustimmung zum Budget von der Partei, so wurde sie auch von der bürgerlichen

Presse gewürdigt. Das „Berliner Tageblatt“ nannte diese Reichstagstagung das große Ereignis, das in die Friedenszeit hinüberwirken und für die künftige Gestaltung der inneren Reichspolitik vielleicht die Richtung angeben würde. Der „Hannoversche Kurier“ erklärte, daß mit der Zustimmung zum Etat der entscheidende Schritt von der verneinenden zu der mitarbeitenden Sozialdemokratie geschehen sei. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb, daß diese Abstimmung ein historisches Ereignis sei, das für unsere ganze innere politische Entwicklung von Bedeutung sein werde.

In unendlich vielen Artikeln bemühten sich die Bewilliger des Budgets, ihre Tat der Arbeiterklasse mundgerecht zu machen und nachzuweisen, daß erstens die Bewilligung des Kriegsbudgets den Parteitagbeschlüssen nicht widerspreche, und daß zweitens selbst August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Marx und alle anderen Meister des Sozialismus in dieser Situation nicht anders gehandelt haben würden. Demgegenüber stellten die oppositionellen Parteiblätter noch einmal und mit Nachdruck fest, daß die Parteitage von Lübeck, Nürnberg und Magdeburg als den Gesamtwillen der sozialdemokratischen Partei die Verweigerung des Budgets an die Regierung erklärt hätten. Die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit sei durchaus nicht zu billigen, sie werde in weitesten Kreisen der Parteigenossen auf schärfste Gegnerschaft stoßen. Es war selbstverständlich, daß diese Kritik an der Budgetabstimmung sich in der mildesten Form halten mußte, hatte doch eine Anzahl von Zensoren der Parteipresse ausdrücklich untersagt, gegen die Bewilligung der Kriegskredite etwas zu schreiben.

Im März versammelten sich in Bern die Vertreterinnen der sozialistischen Frauen aus einer Anzahl von Ländern zu einer Konferenz. Der deutsche Parteivorstand und die französische Parteileitung hatten es abgelehnt, offiziell Delegierte zu entsenden. Dagegen hatten die englische Arbeiterpartei, das russische Zentralkomitee, das Organisationskomitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Vertretungen entsandt. Hauptgegenstand der Beratungen war „die internationale Friedensaktion der sozialistischen Frauen“. Es wurde eine längere Resolution angenommen, worin es hieß, daß der Weltkrieg seine Ursachen im kapitalistischen Imperialismus habe und im unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt stünde. An die Stelle des Klassenkampfes sei der Burgfriede getreten, der die Arbeiterklasse bei der Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe der Befreiung des Proletariats als Werk der vereinigten Proletarier aller Länder hindere. Die Konferenz fordere die sofortige Beendigung des Krieges und einen Frieden ohne Annexionen, ohne Eroberungen, der das Recht der Völker und der Nationalitäten auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkenne und keinen der kriegführenden Staaten demütigende, unerträgliche Bedingungen auferlege. Eine baldige Beendigung des Weltkrieges könne nur durch den klaren, unerschütterlichen Willen der breitesten Volksklassen erzwungen werden. Die Frauenkonferenz rufe daher die sozialistischen, die proletarischen Frauen aller Länder auf, sofort und ohne Furcht vor Verfolgungen durch Massenkundgebungen,

jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewußtsein und ihren Friedenswillen zu bekunden. Die sozialistischen Parteien müßten die Führung der Völker im Kampfe um den Frieden übernehmen, die Friedensaktion der sozialistischen Frauen müsse Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordes sein. Sie müsse einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationale.

Als zweiten Punkt der Tagesordnung erörterte die Konferenz die Notwendigkeit einer Bewegung gegen den Nationalismus und für den Internationalismus. Einstimmig protestierte die Konferenz gegen die Verhaftung der russischen sozialdemokratischen Dumaabgeordneten und der Genossin Luxemburg. Gegen eine russische Stimme wurde eine Resolution der englischen Delegation angenommen, die unbeschadet der grundsätzlichen Unterschiede in der sozialistischen und bürgerlichen Auffassung der Friedensfrage den nichtsozialistischen Friedensfreunden und insbesondere dem bevorstehenden internationalen Friedenskongress der Frauen im Haag die Sympathie der Konferenz aussprach. Schließlich wurde das folgende Manifest beschlossen:

Frauen des arbeitenden Volkes!

Wo sind Eure Männer? Wo sind Eure Söhne?

Seit acht Monaten stehen sie draußen im Felde. Sie sind ihrer Arbeit, ihrem Heim entrissen: Jünglinge, die Stütze und Hoffnung ihrer Eltern, Männer in der Blüte ihrer Jahre, Männer mit ergrauendem Haar, die Ernährer ihrer Familien. Sie alle tragen den bunten Rock, hausen in den Schützengräben, sind kommandiert zu vernichten, was fleißige Arbeit aufgebaut hat.

Millionen ruhen bereits in den Massengräbern. Hunderttausende und aber Hunderttausende liegen in den Lazaretten — mit zerfetzten Leibern, mit zerschmetterten Gliedern, mit erblindeten Augen und zerstörtem Hirn, gepackt von Seuchen oder niedergeworfen von Erschöpfung.

Verbrannte Dörfer und Städte, zertrümmerte Brücken, vernichtete Wälder und zerwühlte Aecker sind die Spuren ihrer Taten.

Proletarierfrauen!

Man hat Euch gesagt, Eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, Euch, die schwachen Frauen, Eure Kinder, Euer Haus und Euer Herd zu schützen.

Wie ist die Wirklichkeit?

Auf den Schultern der „schwachen“ Frauen ist doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid Ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern und frieren, das Dach über Eurem Kopf droht man Euch zu nehmen, Euer Herd ist kalt und leer.

Man hat Euch geredet von der einen großen Brüder- und Schwesternschaft zwischen hoch und niedrig, von dem Burgfrieden zwischen arm und reich. Nun, der Burgfriede zeigt sich darin, daß der Unternehmer Eure Löhne drückt, der Händler und gewissenlose Spekulant die Preise steigert, der Hauswirt Euch auf die Straße zu setzen droht. Der Staat hat karge Hand, die bürgerliche Wohltätigkeit kocht Bettelsuppen und empfiehlt Euch zu sparen.

Was ist der Zweck dieses Krieges, der Euch so furchtbare Leiden bringt?

Man sagt: das Wohl, die Verteidigung des Vaterlandes.

Was ist das Wohl des Vaterlandes?

Sollte es nicht das Wohl vieler Millionen bedeuten, der Millionen, die der Krieg zu Leichen, zu Krüppeln, zu Arbeitslosen und zu Bettlern, zu Witwen und zu Waisen macht?

Wer gefährdet das Wohl des Vaterlandes? Sind es jene Männer, die jenseits der Grenze in anderer Uniform stecken, die so wenig wie Eure Männer den Krieg gewollt haben, noch wissen, weshalb sie ihre Brüder morden sollen? Nein! Gefährdet ist das Vaterland durch alle, die aus der Not der breiten Massen Reichtum schöpfen und ihre Herrschaft auf der Unterdrückung aufbauen.

Wem nützt der Krieg?

Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation.

Den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Haß unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Der Krieg nützt den Kapitalisten überhaupt. Hat nicht die Arbeit der enterbten und ausgebeuteten Massen Waren aufgehäuft, die jene nicht verbrauchen dürfen, die sie erzeugten? Sie sind ja arm, sie können nicht dafür zahlen! Arbeiterschweiß hat diese Waren geschaffen, Arbeiterblut soll ihnen neue Absatzmärkte im Ausland erkämpfen. Kolonialländer sollen erobert werden, wo die Kapitalisten die Schätze des Bodens rauben und billigste Arbeitskräfte ausbeuten.

Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen.

Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist!

Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen!

Die Männer der kriegführenden Länder sind zum Schweigen gebracht worden. Der Krieg hat ihr Bewußtsein getrübt, ihren Willen gelähmt, ihr ganzes Wesen entstellt.

Aber Ihr Frauen, die Ihr neben der nagenden Sorge um Eure Lieben im Felde daheim Not und Elend erträgt, worauf wartet Ihr noch, um Euren Willen zum Frieden, Euren Protest gegen den Krieg zu erheben?

Was schreckt Ihr zurück?

Bisher habt Ihr für Eure Lieben geduldet, nun gilt es, für Eure Männer, für Eure Söhne zu handeln.

Genug des Mordens!

Dieser Ruf erschallt in allen Sprachen. Millionen von proletarischen Frauen erheben ihn. Er findet Widerhall in den Schützengraben, wo das Gewissen der Volkssöhne sich gegen das Morden empört.

Frauen des werktätigen Volkes!

In diesen schweren Tagen haben sich Sozialistinnen aus Deutschland, England, Frankreich und Rußland zusammengefunden. Eure Nöte, Eure Leiden haben ihre Herzen bewegt. Um Eurer und Eurer Lieben Zukunft willen rufen sie Euch zum Friedenswerke auf. Wie über die Schlachtfelder hinweg sich ihr Wille zusammenfand, so müßt auch Ihr Euch aus allen Ländern zusammenschließen, um den einen Ruf zu erheben:

Frieden! Frieden!

Der Weltkrieg hat Euch das größte Opfer auferlegt! Die Söhne, die Ihr in Schmerz und Leid geboren, unter Mühe und Sorgen erzogen, die Männer, die Eure Gefährten im harten Lebenskampfe sind, raubt er Euch. Im Vergleich mit diesen Opfern sind alle anderen klein und nichtig.

Die ganze Menschheit blickt auf Euch, Ihr Proletarierinnen der kriegführenden Länder. Ihr sollt die Heldinnen, Ihr sollt die Erlöserinnen werden!

Vereinigt Euch in einem Willen, in einer Tat!

Was Eure Männer, Eure Söhne noch nicht beteuern können, verkündet Ihr es millionenfach:

Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern. Nur der einige Wille dieses Volkes kann dem Morden Einhalt gebieten.

Der Sozialismus allein ist der künftige Menschheitsfriede.

Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatomben von Menschen opfert!

Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus!

Bern, im März 1915.

Die internationale sozialistische Frauenkonferenz an der teilgenommen haben Genossinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Polen, Italien, Holland und der Schweiz.

Im April erschien das erste Heft der „Internationale“, Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, herausgegeben von Rosa Luxemburg und Franz Mehring. In der Einführung wurde gesagt, daß diese Monatsschrift ihre Entstehung der Genossin Luxemburg verdankte, die ein Opfer des Burgfriedens geworden sei und infolgedessen ihr Werk nicht selbst zu Ende führen könne:

„Unsere Aufgabe ist die gleiche wie die Aufgabe der ersten internationalen Monatsschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der Internationale und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es von neuem, die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationskampfes bewährt hat.“

Das Bekenntnis zu einer praktischen Theorie ist das einfache Programm in dieser Zeitschrift.“

Das erste Heft enthielt einen Artikel von Rosa Luxemburg über den Wiederaufbau der Internationale, ferner Beiträge von Johannes Kämpfer (Karski), Paul Lange, Käthe Duncker, Klara Zetkin, Heinrich Ströbel, A. Thalheimer und Franz Mehring.

Hatte es sich bisher schon gezeigt, daß die Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei durchaus keinen einheitlichen Charakter trug, so erhielten die Gegensätze innerhalb der Opposition durch diese Zeitschrift sozusagen ihre theoretische Begründung. Sie hielt es, wie die „Leipziger Volkszeitung“ damals feststellte,

weniger für ihre Aufgabe, die Rechte, als vielmehr einen Teil der Linken in der Partei zu bekämpfen, weil er nach Ansicht der „Internationale“ nicht scharf genug gegen die Fraktionspolitik vorging. Selbstverständlich fand auch diese Zeitschrift keine Gnade vor den Augen der Zensur. In Düsseldorf, am Druckort, wurden eifrige Haussuchungen abgehalten, ohne daß es gelang, die Verbreitung der „Internationale“ zu hindern.

Die abflauende Kriegsstimmung glaubte die Regierung wieder neu beleben zu können, als Italien in den Krieg eintrat, und der rechte Flügel der Fraktion leistete ihr dabei eifrigen Beistand. In der Reichstagssitzung vom 28. Mai führte Ebert aus, daß Italien keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffs- und Eroberungskrieg führe. In dieser Stunde gesteigerter Gefahr sei zu wiederholen, was am 4. August erklärt worden sei, einmütig werde das deutsche Volk seine ganze Kraft einsetzen, um dieser neuen Gefahr Herr zu werden. Darauf folgte ein schwacher Angriff auf die Annexionisten und die Behauptung, daß auch seine Gesinnungsfreunde gegen jeden Eroberungskrieg seien. Das rief die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf den Plan, die Herrn Ebert zum Vorwurf machten, daß er den Burgfrieden verletzt habe. Herr Schiffer, der spätere Ministerkollege der Rechtssozialisten, führte aus, daß genügende Sicherheiten geschaffen werden müßten und daß die militärische Situation auszunützen und auszuschöpfen sei unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung realer Sicherheit. Statt nunmehr festzustellen, daß das ein Beweis für die Eroberungsziele der bürgerlichen Kriegspolitik sei, berief sich Scheidemann zum Schluß dieser Debatte auf die Thronrede vom 4. August, worin es geheißzen hätte: wir führen keinen Eroberungskrieg, sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei und die Gegner zum Frieden geneigt seien, müsse Frieden gemacht werden. Durch solche nichtssagenden Bemerkungen ist freilich der Kriegswille der Annexionisten nicht im mindesten eingeschränkt worden.

Hatte bis dahin die Opposition der Partei ohne jeden Plan gearbeitet und lediglich von der Grundlage des sozialdemokratischen Programms und der Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage aus die Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit bekämpft, so machte es sich bald notwendig, daß ein gewisser Zusammenschluß sich vollzog. Der Parteivorstand hat später behauptet, daß schon damals eine Organisation der Opposition bestanden habe und daß von ihr die Spaltung der Partei planmäßig vorbereitet worden sei. Das ist nicht richtig. Erst durch die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, durch die von den Parteiinstanzen angewandte Politik der Gewalt und der List kam es von selbst dazu, daß die oppositionellen Elemente in der Partei sich zu sammeln begannen. Als das erste Ergebnis dieser verständlichen Regungen ist das Schreiben zu betrachten, das im Juni 1915 an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichtet wurde. Es fand sehr schnell Hunderte von Unterschriften von solchen Genossen, die führende Stellungen in der Arbeiterbewegung inne hatten. Das Schreiben ist auch als Flugblatt in zahllosen Exemplaren verbreitet worden. Es lautete:

Berlin, den 9. Juni 1915.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands!
An den Vorstand der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion, Berlin!

Werte Genossen!

Die Ereignisse der letzten Wochen zwingen uns zu diesem Schreiben. Mit dem 4. August 1914 hat die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie eine Politik begonnen, die nicht nur das Versagen der Partei in einem unvergleichlichen geschichtlichen Augenblick, sondern eine immer schroffere Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen bedeutet.

Die verhängnisvollen Wirkungen dieser Abkehr ergriffen unerbittlich von der äußeren Politik aus die gesamte innere Politik der Partei, die damit auf beiden Gebieten aufhörte, als selbständiger Faktor zu existieren. Die Anerkennung des Burgfriedens war das Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes, der nicht in behördlichen und parlamentarischen Geheimkonventikeln, noch durch eine Hintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel geführt werden kann.

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion wich jedem ernsthaften Kampfaus, selbst dem für die Koalitionsfreiheit, für die Wahlreform. Sie lehnte es ab, auch nur die Aufhebung des Belagerungszustandes zu beantragen, und verwandelte damit die aufgezwungene Rechlosigkeit in eine freiwillig übernommene, um dann durch ihren Redner der untätigen Hoffnung Ausdruck zu geben, eine Milderung der Zensur lasse sich vielleicht von einer Fürsprache beim Kaiser erreichen.

Von Session zu Session wurden die Hoffnungen auf eine Aenderung der Fraktionspolitik vertrötet und verschoben. Und immer von neuem enttäuscht. Der Mai brachte die Vollendung des Zusammenbruchs.

Immer klarer war zutage getreten, daß der Krieg nicht der Verteidigung der nationalen Unversehrtheit dient. Immer deutlicher hatte sich sein imperialistischer Eroberungscharakter offenbart. Immer ungeniertere Bekenntnisse zur Annexionspolitik wurden abgelegt. Zu den Aeußerungen einflussreicher Drahtzieher des Kapitalismus traten Kundgebungen mächtiger kapitalistischer Wirtschaftsverbände, Beschlüsse der herrschenden bürgerlichen Parteien und im Februar die vom Herrenhaus mit einhelliger Zustimmung aufgenommene Rede des Herrenhauspräsidenten, die die Möglichkeit eines sofortigen Friedens unter Aufrechterhaltung des bisherigen deutschen Besitzstandes feststellte, aber die Fortsetzung des Krieges zu Eroberungszwecken für geboten erklärte, eine Rede, durch die sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion dennoch nicht an der Bewilligung neuer zehn Milliarden Kriegskredite und des Budgets hatte hindern lassen.

Die übergroße Masse der Parteigenossen daheim wie im Felde erwartete, daß die Reichstagsfraktion wenigstens jetzt endlich im Mai, nach langen 10 Monaten eines furchtbaren, in Dauer und Ausgang unübersehbaren Krieges in einer nachdrücklichen unzweideutigen Kundgebung die schleunige Beendigung des Krieges fordern und dem entschlossenen Friedenswillen der Sozialdemokratie Ausdruck verleihen würde — entsprechend dem vom deutschen Parteitag noch ausdrücklich gebilligten Beschluß des Stuttgarter Kongresses, der die Partei verpflichtet, den Krieg zur Aufrüttelung der Massen im Klassenkampf auszunützen und so für seine rasche Beendigung zu wirken.

Die Erwartung der Massen ist wieder unerfüllt geblieben.

Wie die Fraktionsmehrheit kein Wort des Protestes gegen den Bruch der belgischen Neutralität gefunden hatte, wie sie es ablehnte, ihre Stimme zu erheben gegen die Torpedierung der Lusitania, gegen das Vergeltungsprinzip, das zu einem Wettlauf der Grausamkeit führt und die Zivilbevölkerung immer tiefer in die Schrecknisse des Krieges reißt, wie sie es unterließ, nach dem Beispiel unserer serbischen, russischen, englischen und italienischen Genossen die Schuldigen am Weltkrieg im eigenen Lande zu bekämpfen, und wie sie half, dem imperialistischen Unternehmen den Deckmantel des Patriotismus umzuhängen, so hat sie auch hier völlig versagt. Wenn der sozialdemokratische Redner am 29. Mai in einigen Wendungen von Friedenssehnsucht sprach und für einen Frieden ohne Annexions eintrat, so nahmen doch Form und Begleitumstände von vornherein dieser Rede den Charakter einer ersten Friedenskundgebung. Und was sich nach ihr abspielte, stempelte die ganze „Aktion“ für In- und Ausland zum Gegenteil einer Friedenskundgebung.

Die volle Bedeutung dieser Haltung der Fraktionsmehrheit ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr das Kriegsziel der Regierung ganz autoritativ bekannt war. Unverblümt hatte der Reichskanzler in der Reichstagsitzung vom 28. Mai den Eroberungskrieg proklamiert, zu dessen Programm, wie die Fraktion wußte, die offene Annexion russischer und französischer Gebietsteile und unter dem Etikett der zwangsweisen wirtschaftlichen Angliederung die versteckte Annexion Belgiens gehört. Auf diese Proklamation galt es, die sozialdemokratische Antwort zu erteilen. Die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit jedoch fand darauf, von jenen unerheblichen Redewendungen abgesehen, nur ein erneutes Bekenntnis zur Politik des 4. August, das heißt zur Willfährigkeit gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen; und das, obwohl Graf Westarp sie unter Beihilfe der bürgerlichen Parteien durch den — freilich von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion unterstützten! — Handstreich seines Vertragungsantrages gerade eben die Junkerpeitsche hatte fühlen lassen. Und auf die alarmierenden Eroberungsfanfaren des konservativen und nationalliberalen Redners fand sie nur eben eine nochmalige Unterstreichung dieses Bekenntnisses und die Berufung auf denselben Reichskanzler, dessen Annexionsziele vor den Augen der Welt enthüllt waren.

Der dringendste Anlaß war gegeben, sich endlich von der Regierungs-Kriegspolitik loszusagen und ihr den schärfsten Kampf zu erklären. Die endliche rücksichtslose Hervorkehrung der sozialistischen Interessen und der proletarisch-internationalen Friedensziele war geboten; aber eine erneute Verpflichtung zur Politik des Durchhaltens, eine wiederholte Solidaritätserklärung gegenüber den herrschenden Klassen und der Regierungs-Kriegspolitik erfolgte.

Auch im Jahre 1870 waren die sozialdemokratischen Abgeordneten durch scharfe Gegensätze getrennt; aber geschlossen standen sie gegen die Regierung, sobald sich die Annexionspläne offen herauswagten. Heute liegt das offizielle Annexionsprogramm der Regierung und aller bürgerlichen Parteien vor. Dennoch begnügt sich die Fraktionsmehrheit mit einigen nichtigen Wendungen über Friedenswünsche und Annexionspolitik, um sich desto nachdrücklicher auf das Durchhalten einzuschwören.

Damit ist der Schlüsselpunkt unter die unheilvolle Entwicklung gesetzt, die am 4. August begann. Die Reichstagsfraktion, in der auch die meisten Mitglieder des Parteivorstandes sitzen, hat den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben. Und nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreudigkeit, sondern weil

ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktion — ebenso wie der preußischen Landtagsfraktion und wie andere einflussreiche Genossen — in konsequenter Fortbildung der Politik des Durchhaltens, das heißt der hemmungslosen Völkerzerfleischung, auch dieser Eroberungspolitik mit vollem Bewußtsein anhängt.

Besonders dreist hat vor einigen Tagen die Baumeistersche Internationale Korrespondenz (I. K.), die vom Einfluß der auch in der Reichstagsfraktion überaus mächtigen Generalkommission getragen wird, dieser Parteiströmung Ausdruck verliehen. Sie stimmt der Schifferschen Beurteilung von Eberts Rede zu: die Betonung des Durchhaltens sei ihr wesentlicher Sinn, die Fraktion werde sich von dieser Losung auch durch die Meinungsverschiedenheiten über das Kriegsziel nicht abbringen lassen — eine Beurteilung, der in der Reichstagsitzung vom 29. Mai die Fraktionsmehrheit begeistert Beifall rief! Und sie versichert, gegen die Methode der zwangsweisen „wirtschaftlichen Angliederung“, d. h. der verkappten Annexion Belgiens sei nichts einzuwenden!

Noch einmal stehen die leitenden Parteinstanzen am Scheidewege. Wollen sie, was an ihnen liegt, die Partei jener immer deutlicher hervortretenden Strömung noch länger überantworten oder nicht?

In der Hand der deutschen Sozialdemokratie ruht noch immer die Macht zu einer welthistorischen Entscheidung. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die ihr bedeutendes Gewicht in die Wagschale des Friedens wirft, hat gerade jetzt mit verschärftem Nachdruck die sofortige Bekanntgabe der englischen Friedensbedingungen gefordert und den Kampf gegen die Annexionspolitik des Drei- oder Vierverbandes aufgenommen. Hervé und seine Gesinnungsgenossen sehen sich einer immer stärkeren Bewegung unter den französischen Sozialisten gegenüber, einer Bewegung für einen baldigen Frieden ohne Annexion und „Angliederung“, einer Bewegung, deren Drängen sie vergeblich zu beschwichtigen suchen. Das Beispiel der italienischen Bruderpartei läßt unsere Herzen höher schlagen. Aus England, aus Frankreich, aus Italien schallen sozialistische Friedensstimmen immer eindringlicher zu uns. Von der Haltung der deutschen Sozialdemokratie hängt die Weiterentwicklung des sozialistischen Kampfes gegen den Krieg in jenen Ländern wesentlich ab. Treibt die Leitung der deutschen Sozialdemokratie jetzt weiter im Kielwasser der Eroberungspolitik, rettet sie sich nicht jetzt endlich auf den Boden des internationalen proletarischen Kampfes gegen den Krieg und die imperialistischen Raubgelüste zurück, so versäumt sie die letzte Gelegenheit, sich von der vollen Mitschuld daran zu entlasten, daß dieser Krieg als erbarmungsloser Vernichtungskrieg bis zum Weißbluten der Völker fortgesetzt und der auf ihn folgende Friede nur die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges sein wird.

Der Augenblick heischt gebieterisch sofortiges Handeln. In den letzten Stunden sind der König und der Kronprinz von Bayern öffentlich als Befürworter der Eroberungspolitik hervorgetreten. Keinem, der noch länger zögert, kann fürderhin Gutgläubigkeit und Unkenntnis zugebilligt werden. Der Tatbestand liegt unzweideutig; die Situation ist vom letzten Nebel geklärt. Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteierstörung.

Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grund-

sätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.

Begnügte sich dieses Schreiben damit, innerhalb der Organisation die Auffassungen der Opposition zu verbreiten und gegen die Kriegspolitik der Parteinstanzen zu arbeiten, so wandte sich das kurz darauf veröffentlichte Manifest von Eduard Bernstein, Hugo Haase und Karl Kautsky sofort an die breiteste Öffentlichkeit. Es erregte naturgemäß das größte Aufsehen, es war die erste Kampfansage der Opposition an die Mehrheiten der Parteinstanzen. Der Aufruf, der zuerst in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, hatte folgenden Wortlaut:

Das Gebot der Stunde.

„Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die deutsche Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Tragweite ist.

Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse, sowie Vereinigungen, denen keine größere Bedeutung beigelegt wurde, systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung, sowie von einflussreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Krieg den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken. Noch ist es in aller Erinnerung, daß der Präsident des preußischen Herrenhauses, Wedel-Piesdorf in der Sitzung des Herrenhauses vom 15. März 1915 erklärte: Deutschland stehe jetzt als Sieger da:

„Und wenn wir nichts weiter wollten, als den Angriff der Feinde abschlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit aber kann sich Deutschland nicht befriedigt erklären. Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben, an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern, wir können das Schwert erst wieder in die Scheide stecken, wenn Deutschland eine Sicherung erlangt hat dagegen, daß in ähnlicher Weise wie diesmal die Nachbarn über uns herfallen.“

In der Reichstagssitzung vom 29. Mai 1915 haben die Abgeordneten Graf v. Westarp als Vertreter der Konservativen und Schiffer als Vertreter der Nationalliberalen unumwunden sich für Annexionen ausgesprochen; der erstere unter Berufung auf eine Erklärung des deutschen Reichskanzlers vom Tage zuvor, die dahin ging, Deutschland müsse alle nur möglichen „realen Garantien und Sicherheiten“ dafür schaffen, daß keiner seiner Feinde, „nicht vereinzelt, nicht vereint“, wieder einen Waffengang wagen werde. Diese Auslegung der Worte des Reichskanzlers hat von der Reichsregierung keine Zurückweisung erfahren.

Es ist fernerhin bekanntgeworden, daß sechs große Wirtschaftsvereinigungen, voran der großkapitalistische Zentralverband deutscher Industrieller und die Kampforganisation der Agrarier, der Bund der Landwirte, die der Politik des Deutschen Reiches so oft schon die Richtung gewiesen haben, unter dem 20. Mai 1915 eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet haben, worin sie fordern: Gewinnung eines großen Kolonialreiches, ausreichende Kriegsschädigung und Annexionen in Europa, die allein im Westen über zehn Millionen Menschen — mehr als sieben Millionen Belgier und über drei Millionen Franzosen — zwangsweise unter

deutsche Herrschaft stellen würden. Wie diese Zwangsherrschaft gedacht ist, kennzeichnet der Satz der Eingabe, wonach Regierung und Verwaltung in den annektierten Ländern so geführt werden müssen, daß „die Bewohner keinen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches erlangen“. Das heißt mit anderen Worten, diese gewaltsam annektierte Bevölkerung soll politisch rechtlos gemacht und gehalten werden. Und weiter wird gefordert, aller Besitz, der einen starken wirtschaftlichen und sozialen Einfluß gewähre, „müsse in deutsche Hände übergehen“, im Westen besonders der industrielle Besitz aller großen Unternehmungen, im Osten besonders der landwirtschaftliche große und Mittelbesitz.

Mehr noch. In den allerletzten Tagen hat ein deutscher Bundesfürst, der König von Bayern, in einer Ansprache in Fürth Forderungen in bezug auf die Ausdehnung unserer Grenzen im Westen ausgesprochen, „durch die wir für Süd- und Westdeutschland günstigere Verbindungen zum Meere bekommen“.

Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerstand sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt. Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem Aussprechen akademischer Friedenswünsche bewenden ließe. Zu deutlich haben wir es erfahren müssen, daß man auf solche Bekundungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenreichsten Beschlüssen.

Dürfen wir dieses Verhältnis fortbestehen lassen, das uns die Möglichkeit raubt, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse für eine Politik geltend zu machen, die nach unserer innersten, auf die Erfahrungen der Geschichte gestützten Ueberzeugung das Interesse des deutschen Volkes und mit diesem das aller beteiligten Völker gebietet?

Ungeheuer sind die Opfer, die dieser Krieg den in ihn hineingerissenen Völkern schon verursacht hat und die jeder Tag vermehrt. Die Weltgeschichte kennt keinen zweiten Krieg, der auch nur annähernd gleich mörderisch gewirkt hätte. Es ist die Grausamkeit barbarischer Zeitalter, verbunden mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation, welche die Blüte der Völker hinrafft. Nicht minder unerhört sind die Opfer an Gütern, die der Krieg den Völkern entreißt. Weite Gebiete werden verwüstet, und Summen, die für Kulturzwecke in einem Jahre auszugeben man sich gescheut hat, werden in diesem Kriege in einer Woche für die Tötung von Menschen und die Vernichtung von Grundlagen künftiger Wohlfahrt ausgegeben. Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.

In weiten Kreisen unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Kriege liegt, macht sich denn auch immer stärkere Friedenssehnsucht geltend. Während die Herrschenden davon

zurückschrecken, diesem Friedensbedürfnis zu entsprechen, blicken Tausende und aber Tausende auf die Sozialdemokratie, die man als die Partei des Friedens zu betrachten gewohnt war, und erwarten von ihr das erlösende Wort und das ihm entsprechende Verhalten.

Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht. Das Proletariat erwartet sicherlich, daß ebenso wie im Jahre 1870 sich bei einer ähnlichen Situation alle Sozialdemokraten, trotz ihrer Meinungsverschiedenheiten beim Ausbruch des Krieges, zu einem einmütigen Handeln zusammenfanden, die Sozialdemokratie auch jetzt in gleicher Einmütigkeit zusammenstehen wird.

Wir wissen, daß die Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung. Diese Grundlage zu schaffen, ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stofz zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volke und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoz.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben. Mit den schönsten Ueberlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unsere Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als treibende Kraft die Politik in der Richtung vorwärtszudrängen, die wir als die richtige erkannt haben.

Eduard Bernstein. Hugo Haase. Karl Kautsky.

Auf die Veröffentlichung des „Gebot der Stunde“ erfolgte eine Erklärung der Mehrheit der Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion, worin es hieß:

„Der Genosse Haase, der das Amt eines Vorsitzenden der Partei und der Reichstagsfraktion in seiner Person vereinigt, hat in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne eines Aufrufs gestellt oder irgendeine Mitteilung von der Absicht seines Vorgehens gemacht.

Getreu unserer am 4. August abgegebenen Erklärung, daß wir jeden Eroberungskrieg verurteilen, haben wir schon seither jenen Eroberungsäußerungen entgegen gewirkt und den Friedensgedanken gefördert. An der prinzipiellen Geneigtheit der beiden Körperschaften, dieses auch fernerhin zu tun — selbstverständlich unter Wahrung der Interessen des eigenen Landes und Volkes als höchsten Gebotes der Stunde —, konnte daher kein Zweifel bestehen.

Es lag sonach nicht der mindeste Anlaß zu einem derartigen Pronunziamento vor. Wenn darin von der Einmütigkeit der Partei geredet wird, so sind wir der Ueberzeugung, daß diese durch nichts schwerer gefährdet wird als durch ein solches Vorgehen.

Hugo Haase antwortete darauf:

Mir wird vorgeworfen, daß ich in keiner der beiden Körperschaften Anträge auf eine Aktion im Sinne meines Aufrufs gestellt oder irgendeine Mitteilung von der Absicht meines Vorgehens gemacht habe.

Num ist allgemein bekannt, daß ich im Sinne jenes Artikels seit Kriegsausbruch unaufhörlich im Vorstande der Partei und der Fraktion tätig gewesen bin.

Der erste Vorwurf geht also fehl; und der zweite mutet recht sonderbar an. Er erinnert sehr stark an die Gracchen, die sich über Aufruhr beklagen. Seit Monaten haben einige Mitglieder des Vorstandes, die jetzt Stellung gegen mich nehmen zu müssen glauben, Artikel und Offene Briefe in die Welt gesetzt, ohne dem Vorstand der Partei oder der Fraktion vorher Mitteilung davon zu machen; sie haben sich bemüht, die Partei für gewisse Parolen, so die Parole des Durchhaltens, zu gewinnen, ohne daß der Vorstand vorher davon in Kenntnis gesetzt worden war. Keine öffentliche Zensur ist ihnen deswegen von irgendeinem Vorstandsmitglied erteilt worden. Danach scheint mehr der Inhalt des Artikels, als die Tatsache der Veröffentlichung vor der Mitteilung an den Vorstand für die neue Methode maßgebend zu sein.

Die Mitglieder des Partei- und Fraktionsvorstandes, die bisher geschrieben, was sie im Interesse der Partei zu schreiben für nötig oder nützlich hielten, übten damit ihr gutes Recht aus, das ich ihnen nie bestritten habe, wenn ich auch an ihren Ausführungen Kritik übte, soweit ich sie für falsch hielt. Das, was den anderen recht war, muß mir billig sein, und ich lehne es jedenfalls ab, mir das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken zu lassen.

Die Einmütigkeit der Partei wird durch Entrüstungspolitik nicht gefördert; wohl aber wirkt im Interesse des Zusammenschlusses der Partei, wer Meinungsverschiedenheiten sachlich erörtert; und daß der Artikel „Das Gebot der Stunde“ streng sachlich gehalten ist, hat mir noch jeder zugegeben, der mit mir darüber gesprochen hat.

Die Mehrzahl der Parteiblätter durfte „Das Gebot der Stunde“ überhaupt nicht abdrucken. Die „Leipziger Volkszeitung“ wurde wegen der Veröffentlichung des Aufrufs auf eine Woche verboten. Das konnte die Wirkung dieser Kundgebung nicht beeinträchtigen. Das „Gebot der Stunde“ lebt in der Geschichte der Opposition gegen die sozialdemokratische Kriegspolitik als eines ihrer wichtigsten Denkmale fort.

Das Bekenntnis der Annexionisten.

Die Wirkung des „Gebot der Stunde“. — Friedensaufruf des Parteivorstandes und Eingabe an den Reichskanzler. — Die Leitsätze zu den Kriegszielen. — Die Internationale Konferenz von Zimmerwald. — Das Annexionsbekenntnis der bürgerlichen Parteien.

Mit der Veröffentlichung des „Gebot der Stunde“ war endlich für Millionen Proletarier das erlösende Wort gesprochen worden. Wohl hatte auch Karl Liebknechts Auftreten im Reichstag tiefgehende Wirkungen in der Öffentlichkeit ausgeübt; aber indem er sich mit Bewußtsein abseits der Partei stellte, verlor er die Fühlung mit den Massen, erschienen seine Aktionen als verfrüht und überstürzt, trug seine Haltung mehr putschistischen als klassenorganisatorischen Charakter. Schon das Massenschreiben an den Parteivorstand zeigte, daß nunmehr die Zeit gekommen war, wo mit der Kriegspolitik der Instanzenmehrheit gebrochen werden mußte. Und das „Gebot der Stunde“ hat das Verdienst, den entscheidenden Augenblick richtig erkannt zu haben. Wir sehen also schon bei dieser Gelegenheit die Tendenzen, die später zur Trennung zwischen Unabhängiger Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei geführt haben. Haase, der wissenschaftlich geschulte Sozialist und erfahrene Politiker, wußte, daß eine Aktion nur dann mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden konnte, wenn die Massen der Arbeiter hinter ihr standen; Liebknecht dagegen schleuderte erst die Parolen hinaus und glaubte damit das Proletariat für seine Aktionen gewinnen zu können. Diese verschiedenartige Auffassung vom Wesen des proletarischen Kampfes ließ später die Unabhängige Sozialdemokratie zur größten revolutionären Partei der Welt werden, wogegen die Kommunistische Partei zur Sekte erstarrte, bis ihr schließlich durch die von der Moskauer Internationale verursachte Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie wieder einiges Leben eingeflößt wurde.

In den späteren Darstellungen des Parteivorstandes ist behauptet worden, daß sich die Opposition schon damals selbständig organisiert habe, daß sowohl das Massenschreiben an den Parteivorstand, wie das „Gebot der Stunde“ wohl vorbereitete Aktionen dieser Sonderorganisation dargestellt hätten, und daß von ihr mit Absicht die Spaltung der Partei herbeigeführt worden sei. Das ist durchaus falsch. Es lag in der Natur der Sache, daß die Anhänger der Opposition in den einzelnen Parteiorten zusammenkamen und auch für das ganze Reich miteinander in Verbindung traten. Aber das alles hatte gerade den Zweck, die Einheit der

Partei zu erhalten und ihre Politik auf die alten sozialdemokratischen Grundsätze zurückzuführen. Einzelne Genossen, wie Julian Borchardt in den „Lichtstrahlen“, haben wohl mit dem Gedanken der Spaltung gespielt und schon damals mit der Einstellung der Beitragszahlung an den Parteivorstand gedroht; aber in der Praxis bekannten doch auch sie sich immer zur Einheit der Partei und wollten im Rahmen der Partei ihre oppositionellen Absichten verwirklichen. Geschichtliche Tatsache dagegen ist es, daß die Spaltung der Partei zuerst von den Mehrheitsinstanzen begonnen worden ist; so in Württemberg, wo ganze Organisationen aus der Partei einfach ausgeschlossen wurden, weil sie die offizielle Kriegspolitik nicht unterstützen wollten, oder in Bremen, wo die in der Minderheit gebliebenen Sozialpatrioten gegenüber der oppositionellen „Bremer Bürger-Zeitung“ ein eigenes Blatt herausgaben. Und erst, als die Opposition von den Instanzen aus der alten Partei hinausgedrängt worden war, war sie gezwungen, sich eine selbständige Organisation zu geben.

Die Besprechung des „Gebot der Stunde“ mußte sich in den oppositionellen Parteiorganen auf ein geringes Maß beschränken, weil die Zensur jede freie Meinungsäußerung aufs schärfste verfolgte. In der bürgerlichen Presse hub selbstverständlich ein großes Lärmen über den Bruch des Burgfriedens an, und auch der sozialpatriotische Teil der Parteipresse ließ es an Scheltworten gegen die Unterzeichner des Aufrufs nicht fehlen.

Auch die Mehrheit des Parteivorstandes und der Fraktionsvorstand wandten sich gegen den Aufruf. Sie erließen eine Erklärung unter der Ueberschrift „Gegen die Parteizerrüttung“, worin sie behaupteten, daß sie vom Beginn des Krieges gegen eine imperialistische Eroberungspolitik gewesen seien. Schließlich machte auch die Generalkommission der Gewerkschaften gegen das Massenschreiben an den Parteivorstand und gegen das „Gebot der Stunde“ mobil. Im „Korrespondenzblatt“ veröffentlichte sie einen Artikel, worin es hieß, daß durch das Schreiben alles über den Haufen geworfen worden sei, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Zwischendurch hatte sich Hugo Haase der heftigsten Angriffe der sozialpatriotischen Presse zu erwehren. Zwar wurde dort das „Gebot der Stunde“ nicht abgedruckt, aber unter den niedrigsten Verdächtigungen und Schmähungen wurden die Leser über den Inhalt und den Zweck des Aufrufs irreführt. An der Spitze dieser gehässigen Kampfesweise stand das „Hamburger Echo“. Mit Recht konnte Haase in einem Artikel gegen dieses Blatt sagen: „Wenn ein verbissener politischer Gegner eine solche Methode des Kampfes gegen uns anwendet, so gehen wir mit kühlem Lächeln oder einer Handbewegung der Verachtung darüber hinweg, aber ein Gefühl tiefer Scham ergreift uns, daß ein Mitarbeiter des „Hamburger Echo“ auf ein so niedriges Niveau hat herunterkommen können.“

Am 30. Juni und am 1. Juli tagte der Parteiausschuß in Berlin. Die Sitzung wurde mit den Verhandlungen über den Parteistreit ausgefüllt. Am Ende der Beratungen wurde eine Resolution beschlossen, in der die Haltung des Parteivorstandes und der

Fraktionsmehrheit gebilligt und ihre Bemühungen zur Anbahnung einer Verständigung mit den Bruderparteien der führenden Länder anerkannt wurde. Die angeblich von einer Zentralstelle aus geleitete unterirdische Miniarbeit, die der Parteimehrheit den Willen der Minderheit aufdrängen wolle, wurde verurteilt. Die Veröffentlichungen des Aufrufes „Das Gebot der Stunde“, so heißt es zum Schluß, stehe nicht im Einklang mit den Pflichten eines Vorsitzenden der Partei. Gegen den ersten Absatz der Resolution stimmten 8, gegen den zweiten 7 und gegen den dritten 12 Mitglieder des Parteausschusses.

Um zu zeigen, daß der Parteivorstand seine Pflicht zur Herbeiführung des Friedens erfülle, erließ er Ende Juni einen Aufruf, von dem er behauptete, daß er bereits am 7. Mai beschlossen worden sei. Nur wegen des Eingreifens Italiens in den Krieg sei die Veröffentlichung bisher unterblieben. Die deutsche Sozialdemokratie habe durch ihre berufenen Vertretungen den sozialistischen Grundsätzen und den Beschlüssen der internationalen Kongresse getreu für den Frieden gewirkt. Mit schmerzlichem Bedauern müsse demgegenüber konstatiert werden, daß bisher alle Versuche einer internationalen Verständigung vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs gescheitert seien. Deutschland, das sich bisher aller seiner Feinde siegreich erwehrt und bewiesen habe, daß es unbesiegbar sei, sollte den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens tun. Die deutsche Regierung wurde aufgefordert, ihre Bereitwilligkeit kundzutun, in Friedensverhandlungen einzutreten. Von den Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern werde erwartet, daß sie im gleichen Sinne auf ihre Regierung einwirkten.

Zu gleicher Zeit richteten die Vorstände der Partei und der Reichstagsfraktion an den Reichskanzler eine Eingabe, die sich gegen die Ziele der Annexionisten wandte. Es hieß darin, daß die Sozialdemokratische Partei unterm 4. August 1914 mit der Gesamtheit des deutschen Volkes sich in Reih und Glied gestellt habe, um seine nationale Existenz und Unabhängigkeit zu verteidigen. Sie habe in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden zu ihrem Lande gestanden und werde dies weiter tun, bis das Ziel der Sicherung erreicht sei und die Gegner zum Frieden geneigt seien. Der Krieg dürfe aber nur zur Abwehr der Feinde und nicht zum Zwecke einer Eroberung geführt werden.

Das Manifest mußte ebenso wie die Eingabe wirkungslos bleiben, weil es sich nicht darum handelte, schöne Worte für den Frieden zu prägen, sondern darum, mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes die Weiterführung des Krieges, der immer mehr zum Eroberungskrieg wurde, zu verhindern. Aber gerade das taten die Mehrheiten der Instanzen nicht. Durch die Bewilligung der Kriegskredite, die immer weiter fortgesetzt wurde, durch die Unterstützung der Durchhaltestimmung übernahmen sie die Mitverantwortung für die Verlängerung des Krieges, verhinderten sie die Herbeiführung des Friedens.

Das wurde in einem Flugblatt festgestellt, das von 90 Groß-Berliner Unterzeichnern des Protestschreibens vom 9. Juni zugleich

im Namen vieler Unterzeichner von auswärts herausgegeben wurde. Es hieß darin, daß alles, was in dem Friedensmanifest an platonischen Friedenswünschen enthalten sei, in die Gegenwirkung umgebogen werde durch die Angriffe auf die Bruderparteien in den gegnerischen Ländern und durch die planmäßige Vertuschung der gegenwärtigen, einem baldigen Friedensschluß abträglichen Politik der Reichsregierung. Wolle der Parteivorstand den ausländischen Parteien ein Muster geben, so müsse er den einzigen Weg einschlagen, der zu einem dauernden Frieden und zum Wiederaufbau der Internationale führen könne, indem er den Imperialismus als schuldigen Urheber des Weltkrieges da bekämpfe, wo er ihn allein wirksam bekämpfen könne, nämlich im eigenen Hause. Das Flugblatt schloß: „Daran halten wir fest, überzeugt, daß die Treue, die wir den Grundsätzen und Ueberlieferungen der deutschen Sozialdemokratie bewahren, nur dazu dienen kann, die Einheit und Reinheit der Partei zu sichern.“

Während so die deutschen Parteinstanzen in ihrer Mehrheit noch immer hinter dem Kriegswagen des Imperialismus einherliefen, sammelten sich schon die Kräfte der internationalen Arbeiterklasse, um auf neuer Grundlage das Proletariat wieder zusammenzuführen. Ende Juni traten auf Veranlassung der italienischen sozialistischen Partei in der Schweiz eine Anzahl dort tätiger Genossen, Schweizer, Italiener, Russen, Polen, Deutsche, Oesterreicher und Ungarn zu einer gemeinsamen Beratung über die Probleme des Krieges zusammen. Sie setzten ein Exekutivkomitee ein, das sich mit einem Manifest an die Arbeiter der ganzen Welt wandte. Insbesondere die schweizerischen Arbeiter wurden aufgefordert, sich zusammenzuschließen, gleichviel zu welcher Rasse und Nationalität sie auch gehören mochten.

Inzwischen ließ es der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie ruhig geschehen, daß in der ihm nahestehenden Provinzpresse der Haß gegen die anderen Völker immer aufs neue geschürt wurde. So schrieb Ernst Heilmann, der Chefredakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, seinem Blatte aus dem Felde, daß es keine sozialistische Verständigung gäbe, die diesen furchtbaren Mordkrieg beilegen könnte, ihn ende nur der Sieg der stärkeren Gewalt:

„So zerschmetternd müssen die Feinde geschlagen werden, daß ihr Ring zerbricht, die Koalition birst. Die Friedensbedingungen sollen hier milde, dort hart, die Wiederkehr des Einkreisungsbundes unmöglich machen... Dazu hilft uns gegen diese Feinde nur eines: Den Daumen aufs Auge und die Knie auf die Brust, und greinen uns ein paar Heilige dazwischen, wie furchtbar das Schicksal der französischen Arbeiter sei, so erwidern wir ihnen: die französischen Arbeiter bleiben Männer, auch wenn wir mit ihnen Kugeln wechseln, ihr aber seid — alte Weiber. Mögen darum die ewig schwankenden Gestalten plötzlich den Verrina der Internationale spielen wollen — ich gehe zum Hindenburg.“

Aehnlich schrieb Wolfgang Heine. Er begnügte sich aber nicht damit, die Opponenten zum hundertsten Male als Quertreiber zu beschimpfen, sondern er wandte sich auch gegen das Friedensmanifest des Parteivorstandes:

„Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die tatsächliche Lage des Krieges genau so gut gekannt hat wie andere Leute, und wenn man deshalb in dieser Aufforderung an die Regierung nichts als eine schöne Geste sieht, bestimmt, Parteigenossen, und vielleicht auch ausländische Sozialisten zufriedenzustellen.“

So konnte der „Vorwärts“ am 8. August, rückschauend auf diese Auseinandersetzungen in der Partei, auf die Handlungen ihrer verantwortlichen Körperschaften und auf die Ausführungen ihrer hervorragendsten Wortführer, die Stellung der Partei so kennzeichnen:

„Sie empfängt das Gesetz ihres Handelns nicht mehr nach ihren Grundsätzen und Prinzipien, sondern von ihren bisherigen Gegnern. Deren Entschließungen und Entscheidungen sind es, die in letzter Linie die Haltung der Sozialdemokratie bestimmen. Nicht ihre Grundsätze leiten mehr die Partei, sondern nur die Furcht vor der Isolierung, die Angst, den Anschluß an die bürgerlichen Parteien, das Wohlwollen der Regierung zu verlieren. . . . Wie immer man nun über diese Stellung, in die die Partei zum Teil bewußt, zum Teil, hoffen wir, unbewußt, von ihren Führern hineinmanöviert worden ist, denken mag, sicher ist wohl das Eine: Diese Stellung ist grundverschieden selbst von der, die die Partei auch in ihrer Majorität am 4. August eingenommen hat.“

Am Schluß des Artikels sagte der „Vorwärts“, daß die Partei jetzt vor ihrer Schicksalsstunde stehe, und die Entscheidungen, die die leitenden Instanzen zu fällen haben würden, seien von so ernster Bedeutung, wie nie zuvor. Nicht um die Stellung zum Kriege und zu einzelnen Regierungsmaßnahmen allein handele es sich, es handele sich um mehr: um die Bewahrung des Charakters der Partei, ihrer Eigenheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht nur in der schweren Zeit des Krieges, sondern auch in der nicht minder schweren, die uns dann bevorstehe. Die gesamte künftige Politik der Partei stehe zur Entscheidung: Aufgeben der bisherigen Parteigrundsätze und der Parteitaktik, Zusammenwirken der Partei mit den bürgerlichen Parteien in gemeinsamer Blockpolitik, Einreihung der Partei als wesensgleiche unter gleiche in das Getriebe des bürgerlichen Parlamentarismus. Das letzte Wort darüber freilich werde die Geschichte sprechen. Inzwischen hat die Geschichte gesprochen, und sie hat ihr Urteil gegen die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie gefällt.

Am 14. August traten Reichstagsfraktion und Parteiausschuß wiederum zusammen. Drei Tage lang verhandelte man über die Kriegsziele. Die Mehrheit war für unbedingtes „Durchhalten bis zum Siege“, und sie suchte alle Bestrebungen zu hintertreiben, die die deutsche Regierung zur Anbahnung des Friedens hätte veranlassen können. Von der Opposition lagen drei Resolutionen vor, die sich besonders gegen Annexionen aussprachen. Haase stellte folgenden Antrag:

„Die Sozialdemokratie verwirft mit der größten Entschiedenheit jede gewaltsame Antastung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Volkes. Sie wendet sich mit aller Kraft gegen jede Annexionspolitik, insbesondere den Versuch, Belgien zu vergewaltigen, in welcher Form es auch immer sei.“

Dieser Antrag wurde von der Fraktion mit 59 gegen 37 Stimmen, vom Parteiausschuß mit 25 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Ein ähnliches Schicksal erlebten ein Antrag Hoch, der inhaltlich dasselbe wollte, und ein Antrag Henke, der von der Regierung Friedensbemühungen bei völligem Verzicht auf Annexionen verlangte. Die von Eduard David vorgelegten Leitsätze fanden dagegen die Zustimmung der Mehrheit. Der erste Absatz sprach sich zwar gegen Annexionen aus, aber gegen die Annexionen der anderen Staaten, und lehnte besonders die Forderung der Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich ab. Im zweiten Absatz wurden eine Anzahl Sicherungen zur wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit des deutschen Volkes verlangt. Der dritte Absatz wandte sich gegen die Schwächung und Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns und der Türkei, der vierte Absatz sprach sich gegen die „Pläne kurzsichtiger Eroberungspolitiker“ aus, und im letzten Absatz wurde die Schaffung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes gefordert. Diese Leitsätze wurden von der Fraktion mit 74 gegen 26, vom Parteiausschuß mit 30 gegen 8 Stimmen angenommen. Sie entsprachen weder in ihrem Inhalt noch in ihrer Form den Anforderungen, die in dieser Situation an die Sozialdemokratische Partei gestellt werden mußten, wenn durch sie wirklich etwas zur Wiederherstellung des Friedens geschehen sollte. Sie sind darum auch ohne jede Wirkung geblieben.

So gelinde die Instanzen die Regierung behandelten, um so schärfer gingen sie gegen die Opposition vor. Sie wandten sich in einer besonderen Erklärung gegen die von Karl Liebknecht eingebrachten Kleinen Anfragen und stellten fest, daß er sie, ohne die Partei zu befragen, eingebracht habe.

In der Reichstags-sitzung vom 20. August wurden wiederum Kriegskredite bewilligt. Der „Vorwärts“ vom 24. August 1915 berichtete über die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion folgendes:

„Es stimmten in der Fraktion gegen die erste Kreditvorlage 14, gegen die zweite 17, gegen die dritte 23 und gegen die vierte Kriegskreditvorlage 36 Abgeordnete. Von diesen 36 stimmten am 20. August im Plenum 3 für die Vorlage, Liebknecht dagegen, 32 von ihnen befanden sich bei der Abstimmung außerhalb des Saales. Von diesen können wir folgende 29 Abgeordnete namhaft machen, die aus grundsätzlichen Bedenken sich aus dem Sitzungssaal vor der Abstimmung entfernt hatten: Albrecht, Antrick, Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Cohn-Nordhausen, Dittmann, Emmel, Erdmann, Fuchs, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Peirottes, Raute, Rühle, Schwartz-Lübeck, Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.“

Dazu teilte der Abg. Dittmann in der „Bergischen Arbeiterstimme“ noch mit:

„In der Fraktion haben folgende Genossen gegen die Kriegskredite gestimmt: Albrecht, Antrick, Baudert, Bernstein, Bock, Brandes, Büchner, Dr. Cohn, Dittmann, Emmel, Erdmann, Edmund Fischer, Fuchs, Geyer, Haase, Dr. Herzfeld, Hoch, Horn, Hofrichter, Henke, Kunert, Ledebour, Leutert, Liebknecht, Peirottes, Rühle, Reifhaus, Raute, Simon, Stadthagen, Stolle, Stubbe, Schwartz, Vogtherr, Wurm, Zubeil. Von der Minderheit der Märztagung schlugen sich Davidsohn und Schmidt-Meißner zur Mehr-

heit, während die Minderheit durch folgende Genossen verstärkt wurde: Erdmann, Edmund Fischer, Reizhaus, Stubbe, Wurm. Der Genosse Dr. Cohn war während der Märztagung krank, hatte aber später erklärt, daß er mit der Minderheit gestimmt hätte. Die Abstimmung im Reichstag kam unerwartet rasch, so daß einige Mitglieder der Mehrheit nicht im Saale waren, während Mitglieder der Minderheit, die im Saale waren, sich nicht mehr entfernen konnten.“

Hatten die militärischen und zivilen Gewalten bisher schon keine Milde gegenüber der Opposition geübt, so gingen sie jetzt mit rücksichtsloser Brutalität gegen sie vor. Die Zensur wurde so schroff gehandhabt, daß eine Reihe von Parteiblättern die Berichterstattung über die Auseinandersetzungen in der Partei einstellen mußten. Unzählige Parteigenossen, die sich gegen die Kriegspolitik ausgesprochen hatten, wurden ins Gefängnis geworfen. Auch Klara Zetkin, die greise Vorkämpferin der Frauenbewegung, verfiel diesem Schicksal. Der Redakteur Niebuhr in Elberfeld erhielt wegen irgendeines Verstoßes gegen den Militarismus drei Monate Gefängnis, wurde von dort aus in den bunten Rock gesteckt und so drangsaliert, daß er sich eine schwere Erkrankung zuzog, die ihn in ein frühes Grab brachte. Gegen viele Genossen in leitenden Stellen wurden Redeverbote verhängt.

Was aber die Militärgewalt nicht unterdrücken konnte, das war der begeisterte Widerhall, den der von der Schweiz ausgegangene Ruf zur erneuten Sammlung des internationalen Proletariats fand. In Zimmerwald, einem Vorort von Bern, trafen sich im Dezember 1915 Vertreter sozialistischer Parteien und Gruppen aus kriegführenden und neutralen Ländern. Es nahmen an der Konferenz Genossen aus Italien, aus Frankreich, aus der Schweiz, aus Rußland, Schweden, Deutschland und vom Balkan teil. Aus Deutschland waren die Genossen Ledebour und Adolf Hoffmann erschienen. Nach viertägiger Beratung über die internationale Lage wurde einstimmig beschlossen, eine Kundgebung in französischer und deutscher Sprache zu veröffentlichen, die von je zwei Sozialdemokraten beider Nationen unterschrieben werden sollte. Die Beteiligung an der Konferenz konnte aus naheliegenden Gründen nicht sehr zahlreich sein. Es beteiligten sich an ihr 37 Personen: aus Frankreich 2, aus Italien 5, aus Schweden 2, aus Holland 1, aus der Schweiz 3, aus Deutschland 10. Vom Exekutivkomitee der Sozialistischen Föderation der Balkanstaaten waren 2 Mitglieder erschienen, ferner 12 Delegierte der ausländischen Zentren und Redaktionen der sozialistischen Organisationen Rußlands und Polens, darunter Lenin, Axelrod und Radek. Die Engländer waren durch ihre Regierung an der Beschickung verhindert worden. Die Verhandlungen der Konferenz waren streng vertraulich. Das Ergebnis der Beratungen war ein Manifest an das Proletariat, ein Aufruf zum Kampfe für den Frieden. Es wurde eine internationale sozialistische Kommission mit dem Sitz in Bern gewählt. Sie sollte den Verkehr der einzelnen Parteien untereinander erleichtern, ohne das Internationale Sozialistische Bureau zu ersetzen.

Der Aufruf, der kurz darauf veröffentlicht wurde, verweist auf den imperialistischen Charakter des Krieges und fordert zum Kampf für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf.

Auf dem Boden der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes müsse sich das Proletariat wieder zusammenfinden, die zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung aufrufen. Unterzeichnet war der Aufruf für die deutsche Delegation von Ledebour und Adolf Hoffmann, für die französische Delegation von A. Bourderon und A. Merrheim, für die italienische Delegation von G. L. Modigliani und Const. Lazzari, für die russische Delegation von N. Lenin, Paul Axelrod und M. Bobroff, für die polnische Delegation von Labinski, Karski und Hanecki, für die interbalkanische Föderation von Racovski, für die skandinavische Delegation von Höglund und Ture Norman, für die holländische Delegation von Roland Holst, für die Schweizer Delegation von Grimm und Charles Naine.

Dem deutschen Parteilvorstand war es nicht recht, daß sich ohne seine Genehmigung auch einige deutsche Parteigenossen an der Zimmerwalder Konferenz beteiligt hatten. Er richtete ein vertrauliches Rundschreiben an die Parteiorganisationen, worin er beteuerte, daß die Leitung der deutschen Sozialdemokratie bisher alles getan hätte, was in ihren Kräften stand, um einen baldigen Frieden zu erzielen, daß sie aber mit ihren Bestrebungen im Auslande bisher leider wenig Gegenliebe gefunden habe. Es sei die Aufgabe der berufenen Parteileitung, mit den Bruderparteien Verhandlungen zu führen, die Teilnahme einzelner Parteigenossen an internationalen Konferenzen sei nur geeignet, die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit dem Auslande zu erschweren. Der Parteilvorstand lehne jede Verantwortung für die Zimmerwalder Konferenz ab. Er mache ferner aufmerksam auf einen Aufruf des Bureaus des internationalen Verbandes sozialistischer Jugendorganisationen, in dem u. a. gesagt werde: „Der Boden für eine revolutionäre Empörung ist gegeben, säen wir.“ Die Parteigenossen, besonders die in der Jugendbewegung tätigen Genossen sollten vor jedem unüberlegten Tun gewarnt werden. So hat sich der Parteilvorstand schon bei dieser Gelegenheit gegen jeden wirklichen Versuch einer internationalen Verständigung des Proletariats gewandt.

Der Herbst 1915 ging unter den heftigsten Auseinandersetzungen in der Partei vorüber. Die Wortführer der Sozialpatrioten stellten sich immer offener in den Dienst der offiziellen Kriegspolitik; sie schrieben zusammen mit den Vertretern des Unternehmertums dicke Bücher über die Harmonie der Klasseninteressen, sie fuhren als gerngesehene Gäste der Heeresleitung im Auto an der Front herum, während zu gleicher Zeit die Vorkämpfer einer proletarischen, sozialistischen Politik in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachteten, die härtesten Urteile über Flugblattverbreiter gefällt wurden. Das alles hinderte freilich nicht, daß die Opposition sich immer stärker regte und von den Parteiinstanzen immer stürmischer die Abkehr von ihrer Kriegspolitik verlangt wurde. Die gespannte Situation in der Partei drängte zur Entladung, und sie kam in der nächsten Tagung des Reichstags im Dezember 1915.

Einige Wochen vorher hatte Karl Kautsky in der „Neuen Zeit“ auseinandergesetzt, daß die Fraktionsminderheit sich an die Fraktionsdisziplin nicht halten dürfe, sondern ihrer Ueberzeugung

Ausdruck geben müsse. Er verlangte, daß bei der nächsten Kreditvorlage die Minderheit auch im Plenum dagegen stimmen solle. Diese Ausführungen entfesselten eine lebhaft diskussion in der Parteipresse und in den Organisationen. Die „Leipziger Volkszeitung“ unterstützte die Anregungen Kautskys. Am 27. November führte sie aus:

„Wir wollen die Einheit der Partei erhalten wissen; wir haben das bei mehreren Gelegenheiten sehr unzweideutig gesagt und durch unsere ganze Haltung zu erkennen gegeben, daß unserer Meinung nach ein jeder Sozialdemokrat bereit sein muß, um der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung große Opfer zu bringen. Wir haben energisch jede Propaganda der Parteispaltung abgewiesen. Aber wir müssen es ebenso deutlich heute aussprechen, daß wir weiteres Schweigen der Minderheit der Fraktion zu abermaliger Fortsetzung der Nichts-als-Durchhaltepolitik der Fraktionsmehrheit für unerträglich halten. Wir meinen, daß angesichts dessen, was jetzt auf dem Spiele steht, die Minderheit der Fraktion das Recht in Anspruch nehmen muß, ihren Standpunkt im Reichstag öffentlich kundzugeben und daß die Mehrheit ihr dieses Recht zubilligen muß.“

Wenn sie das tut, so ist die Einheit der Partei nicht gefährdet. Schlimmer als das Aussprechen dessen, was ist, gefährlicher für die Partei und ihre Einheit wird auf die Dauer dieser Zustand, wo ein Teil der Partei, der auf alle Fälle eine große, bedeutende Minderheit darstellt, aller gesetzlichen Mittel beraubt ist, seine Meinung vor der Öffentlichkeit darzulegen.“

Die Fraktion hatte sich nun endlich dazu bereifinden lassen, eine Interpellation über den Frieden einzubringen. Der Reichskanzler wurde angefragt, unter welchen Bedingungen er geneigt sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Schon die Formulierung dieser Interpellation ließ darauf schließen, daß es der Fraktionsmehrheit gar nicht darauf ankam, gegen die Kriegspolitik der Regierung etwa wirksam vorzugehen. Und wenn darüber noch Zweifel bestehen sollten, so wurden sie durch die Ausführungen von Scheidemann, der die Interpellation begründete, zerstreut. Er klopfte auf das deutsche Schwert und führte aus, daß Deutschland militärisch so stark sei, daß es jetzt Frieden schließen könne. Der Reichskanzler hatte demgegenüber ein leichtes Spiel. Er führte aus, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, um Frieden zu betteln. Deutschland habe genug Lebensmittel, um den Krieg noch recht lange und, wie er hoffe, bis zum Siege Deutschlands weiterzuführen. Was der Reichskanzler offiziell nicht sagte, das holte der Zentrumsabgeordnete Spahn nach, der im Namen aller bürgerlichen Parteien folgendes erklärte:

„Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausharren im Kriege verschwören, wir warten in voller Einmütigkeit mit ruhiger Entschlossenheit und — lassen Sie mich einfügen — im Gottvertrauen — die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen.“

Hier war also das offene Bekenntnis zu Annexionen, das im Namen aller bürgerlichen Parteien abgegeben wurde, deren

stürmischen Beifall fand, und mit dem die Regierung sicher im vollen Einverständnis stand. Nunmehr wäre es die Pflicht der gesamten sozialdemokratischen Fraktion gewesen, sich gegen diese Annexionspläne zu erheben und endgültig den Bruch mit der deutschen Kriegspolitik vorzunehmen. Das sollte verhindert werden. Die bürgerlichen Parteien stellten einen Schlußantrag und unter starkem Lärm wurde er vom Präsidenten als angenommen erklärt. Es kam zu einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, in der Genosse Haase folgendes erklärte:

„... Meine Herren, gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, vieldeutigen Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, daß unser Volk und die Welt erfahren, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist.“

Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anschauungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne, und ich weiß mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemetzel, das ja alle bedauert haben, schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet, durchtränkt von Tränen und Blut? Wir verlangen eine Absage an alle Eroberungspläne, von welcher Seite sie auch kommen und in welcher Form sie sich auch äußern. Wir wollen den Frieden.“

In der Debatte wies Ledebour nach, daß die bürgerliche Mehrheit durch den Schlußantrag die größte Partei, die Sozialdemokratie, vergewaltigt habe, die Partei, die in diesem Augenblicke nicht nur ihre vier Millionen Wähler hinter sich habe, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach die große Mehrheit des Volkes. Liebknecht sagte, daß das, was er seit jeher als Lüge und Regierungsmanöver bezeichnet habe, der Burgfriede, heute in Wahrheit als Lüge enthüllt sei.

Die Besprechung über die Interpellation wurde von neuem aufgenommen. Es sprach jetzt Landsberg. Statt einer offenen Kampfansage an die Annexionisten bekam man aus seinem Munde deren offene Unterstützung zu hören. Er stellte es so dar, als wenn Bethmann Hollweg nichts mit den Eroberungsabsichten der bürgerlichen Parteien zu tun habe, und daß deshalb die deutsche Regierung das Recht hätte, alle Annexionsabsichten abzuleugnen. Als Liebknecht dazwischenrief, daß an den Annexionsabsichten der Regierung kein Zweifel herrschen könne, schleuderte Landsberg ihm die bezeichnenden Worte zu: „Aber ich bitte Sie, meine Herren, geben Sie doch nicht dem Auslande Waffen in die Hand.“ Und er schloß seine Rede mit heftigen Angriffen auf die Opposition in der eigenen Partei. Es konnte nicht wundernehmen, daß die Rede bei den bürgerlichen Parteien stürmischen Beifall fand.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Gewitterstimmung in der Reichstagsfraktion. — Erklärung der Minderheit zu den neuen Kriegskrediten. — Die Parteinstanzen gegen die Minderheit. — Ausschluß Karl Liebknechts aus der Fraktion. — Die Minderheit gegen den Notetat. — Ausschluß der Minderheit und Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Vor der Abstimmung über die fünften Kriegskredite gab Genosse Haase in der Fraktion für die Minderheit die Erklärung ab, daß sie gegen sie stimmen und eine Erklärung dazu abgeben würde. Diese Haltung der Fraktionsminderheit war besonders durch die herausfordernde Rede Landsbergs veranlaßt worden. Die Erklärung war unterzeichnet von den Genossen Albrecht, Antrick, Baudert, Bernstein, Bock, Brandes, Büchner, Dr. Oscar Cohn, Dittmann, Emmel, Ewald, Fuchs, Geyer, Haase, Dr. Herzfeld, Henke, Hoch, Hofrichter, Horn (Sachsen), Hugel, Kunert, Ledebour, Dr. Liebknecht, Raute, Reifzaus, Rühle, Schwartz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm und Zubeil.

Der Parteivorstand suchte dem heraufsteigenden Gewitter dadurch zu begegnen, daß er der Parteipresse einen Artikel zusandte, der die Ueberschrift trug: „Es geht um die Einheit der Partei.“ Im Widerspruch mit den Tatsachen wurde darin behauptet, daß kein Mensch in der Partei bisher daran gedacht habe, den Vertretern der Minderheit aus den Bekundungen ihres abweichenden Standpunktes in der Presse und im Rahmen der Parteiorganisation einen Vorwurf zu machen. In Wirklichkeit hat der Parteivorstand nicht nur kaltlächelnd gebilligt, daß die Heine, die Lensch, die Cunow, die Winnig die Minderheit mit den ärgsten Schimpfworten belegten, er hatte sich bisher auch noch wenig gerührt, um die Opfer der zivilen und militärischen Kriegsjustiz zu schützen. Nun verlangte er, daß eine einheitliche Kampffront gebildet werden solle, daß die Parlamentstribüne nicht dazu benutzt werde, die Parteidifferenzen auszutragen.

Demgegenüber stellte die Presse der Opposition fest, daß der Parteivorstand es nicht für nötig gehalten hatte, auch nur mit einem Wort auf all das einzugehen, was an Gründen für die Notwendigkeit des selbständigen Auftretens der Minderheit vorgebracht worden war. Der Erlaß zeige alle üblen Eigenschaften einer Polemik, die den Gegner nicht zu Wort kommen läßt, die die Oeffentlichkeit über das, was bekämpft wird, möglichst im Unklaren läßt, um den Gegner dadurch um so sicherer ins Unrecht zu setzen.

Es kam bald darauf heraus, daß die Mehrheit des Parteivorstandes die parteiamtlichen Einrichtungen mißbraucht hatte... Eine Sitzung

des Parteivorstandes, in der ein Beschluß zu einer Veröffentlichung des Erlasses hätte gefaßt werden können, hatte nicht stattgefunden. Die Genossen Haase, Wengels und die Genossin Zietz, die Mitglieder des Parteivorstandes waren, wurden zu einer solchen Sitzung nicht geladen. Es handelte sich also nicht um eine Erklärung des Parteivorstandes, sondern höchstens um eine Meinungsäußerung des Rumpfparteivorstandes.

In der Reichstagsitzung vom 29. Dezember sollte über die fünfte Kreditvorlage im Betrage von 10 Milliarden Beschluß gefaßt werden. Ebert gab eine Erklärung ab, die im Geiste der Reden von Scheidemann und Landsberg gehalten war und die Zustimmung zu den Krediten enthielt. Nunmehr gab Fritz Geyer im Namen von 20 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die Militärdiktatur, die rücksichtslos alle Friedensbestrebungen unterdrückt und die freie Meinungsäußerung zu ersticken sucht, macht es uns unmöglich, außerhalb dieses Hauses unsere Stellung zu der Kreditvorlage zu begründen. Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschlossenheit auch gegen das verhängnisvolle Treiben der Annexionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das stärkste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind. Diese gefährliche Politik hat der Reichskanzler am 9. Dezember, als er zu der sozialdemokratischen Interpellation das Wort ergriff, nicht von sich gewiesen, er hat ihr vielmehr Vorschub geleistet, und die sämtlichen bürgerlichen Parteien haben in Unterstützung seiner Ausführungen ausdrücklich Gebietsverwahrungen gefordert. Erfolgversprechende Friedensverhandlungen sind aber nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk verzwangt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenthalben Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird. Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns, wohl aber geht unser Reich wie das übrige Europa bei Fortsetzung des Krieges der Gefahr der Verarmung und der Verwüstung seiner Kultur entgegen. Der deutschen Regierung käme es zu, da Deutschland sich mit seinen Verbündeten in günstigerer Kriegslage befindet, den ersten Schritt zum Frieden zu tun. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist sie aufgefordert worden, den Gegnern ein Friedensangebot zu machen. Der Reichskanzler hat dies jedoch schroff abgelehnt. Der entsetzliche Krieg geht weiter, jeder Tag schafft neue unsägliche Leiden. Eine Politik, die nicht alles tut, um diesem namenlosen Elend Einhalt zu gebieten, eine Politik, die in ihrer gesamten Betätigung in schreiendem Gegensatz zu den Interessen der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung steht, durch unser parlamentarisches Verhalten zu unterstützen, ist uns unmöglich. Es gilt, dem in allen Ländern hervortretenden und wachsenden Friedensbedürfnis einen kräftigen Antrieb zu geben. Unseren Friedenswillen und unsere Gegnerschaft gegen Eroberungspläne können wir nicht vereinbaren mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten. Wir lehnen die Kredite ab.“

Die Erklärung Geyers, die ruhig und würdig vorgetragen wurde, machte im Hause sichtlichen Eindruck. Am Schlusse erhielt er noch über den Kreis der 20 hinaus lebhaften Beifall. Denn in der Fraktion hatten wohl 43 Genossen gegen die Bewilligung der Kredite

gestimmt, aber nur 20 fanden den Mut, sich der Sonderaktion anzuschließen. Die bürgerlichen Parteien schwiegen still. Bei der Abstimmung stimmten die 20 dagegen, etwa 22 andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion verließen den Saal. Nach Beendigung der Plenarsitzung hielt die Fraktion eine Sitzung ab, die sich mit dem Sondervotum der 20 befaßte. Die Fraktionsmehrheit erließ folgende Erklärung:

Die Fraktion hat sich am Montag mit der von einer Anzahl Genossen angekündigten Sonderaktion im Reichstage beschäftigt. In der eindringlichsten Weise wurde den in Betracht kommenden Genossen vorgestellt, in wie schlimmer Weise sie die Einheit der Partei gefährden, wenn sie ihr Vorhaben verwirklichen. Es wurde zum Schluß der Debatte festgestellt, daß die Fraktion noch am 2. Februar 1915 mit 93 gegen nur 4 Stimmen beschlossen hat, daß unter allen Umständen im Plenum einheitlich abgestimmt werden muß. Ein am 30. November 1915 gestellter Antrag, der für die Minderheit Aktionsfreiheit im Plenum forderte, vereinigte nur 29 Stimmen auf sich. Dagegen wurde ein Antrag, der das selbständige Auftreten der Minderheit erneut für unzulässig erklärt, „weil es gegen die dringend notwendige Einheit der Partei verstößt“, mit allen gegen nur 27 Stimmen angenommen. Genosse Haase erklärte, daß er sich dem Vorgehen der Minderheit anschließen werde und infolgedessen sein Amt als Fraktionsvorsitzender niederlege. — Am Dienstag gaben 20 Mitglieder der Fraktion eine besondere Erklärung im Reichstag ab und setzten sich damit über die Fraktionsbeschlüsse hinweg. Die Fraktion trat sofort nach dem Plenum erneut zusammen, um Stellung zu der nunmehr vollzogenen Tatsache des Disziplinbruchs zu nehmen. Die Aussprache endete mit der Annahme folgender Resolution:

„Die Fraktion erblickt in der Sonderaktion einen Disziplinbruch bedauerlichster Art. Die Sonderaktion zerstört die Einheit der parlamentarischen Aktionen in der schwierigsten politischen Lage und ist darum auf das schärfste zu verurteilen.

Die Fraktion lehnt die Verantwortung für jede Sonderaktion und für alle sich daraus ergebenden politischen Wirkungen ab.“

Diese Resolution wurde mit 63 gegen 15 Stimmen angenommen.

Die Minderheit der Fraktion erklärte dazu das folgende:

„Die Fraktionsmehrheit hält an dem durchaus verfehlten Standpunkt fest, daß das Verhalten der Minderheit einen Disziplinbruch darstelle. In Wahrheit hat die Minderheit lediglich ihre Pflicht erfüllt. Die Fraktionsmitglieder sind Vertreter der Gesamtpartei. Die von der Ansicht der jetzigen Fraktionsmehrheit abweichende Anschauung kann außerhalb des Parlaments zurzeit nicht zur Geltung kommen. Deshalb war die Minderheit in die Notwendigkeit gesetzt, die Gründe für ihre Abstimmung da darzulegen, wo es allein noch möglich ist, auf der Tribüne des Parlaments. Dadurch hat sie gegen keinen Parteitagbeschlusz verstolzen. Sie ist überzeugt, daß sie vielmehr im Sinne der auf den Parteitagen gefaßten Beschlüsse gehandelt hat. Die Einheit der Partei wird durch das Vorgehen der Minderheit in keiner Weise gefährdet, sondern im Gegenteil gestärkt. Denn es steht außer allem Zweifel, daß eine große Anzahl Parteigenossen auf das schwerste enttäuscht wären, wenn nicht endlich im Reichstag das ausgesprochen wäre, was sie selbst infolge der jetzigen Umstände nicht öffentlich sagen können. Diese Genossen werden durch das Vorgehen der Minderheit wieder stärker an die Partei gefesselt. Damit wird die Geschlossenheit der Partei für die Zukunft gefestigt. Das Vorgehen der Parteiminderheit spaltet nicht, sondern fördert die Einheit der Partei.“

Wie aus diesen Erklärungen hervorgeht, hatte Haase sein Amt als Fraktionsvorsitzender niedergelegt. Hoch legte gleichfalls sein Amt im Fraktionsvorstand nieder.

Die Sonderaktion der Minderheit entfesselte naturgemäß lebhaftere Diskussionen in der Presse und in den Organisationen. Die sozialpatriotischen Blätter entrüsteten sich über den verbrecherischen Schritt gegen die Einheit der Partei und malten besonders die Wirkung aus, die diese Aktion auf das Ausland haben werde. Die Blätter der Opposition verkannten den Ernst der Stunde durchaus nicht. Zum ersten Mal, seitdem die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag größere Bedeutung besitze, habe eine Anzahl ihrer Mitglieder offen einen von der Mehrheit abweichenden Standpunkt eingenommen. Das sei ohne Zweifel ein Schritt, den nur die dringendste Notwendigkeit zu rechtfertigen vermöge. Es sei ein Bruch mit der Tradition, aber es gebe Dinge, die höher gewertet werden müßten, als die Ueberlieferung, und so wenig wie die Disziplin dürfe die Tradition zum Fetisch werden. Entscheidend bleibe unter allen Umständen das Interesse der Partei. Die 20 hätten Treue gegenüber der Partei geübt, indem sie die Disziplin der Fraktion verletzen. Festgestellt wurde dabei noch, daß sich zur Zeit Fraktionsmehrheit und Fraktionsminderheit wie 3 zu 2 verhielten.

Es gab auch Heißsporne in der Partei, sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite, die bei diesem Anlaß die Spaltung herbeiführen wollten. So schrieb Otto Rühle in der „Pirnaer Volkszeitung“, daß der Spaltung in der Fraktion auch die Spaltung der Partei unvermeidlich folgen müsse. Er wisse, daß in der Partei viele Tausende die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machten. Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkte zu diesen Aeußerungen:

„Wir bedauern sie und lehnen sie entschieden ab. Die Ablehnung der Kriegskredite und die Erklärung der 20 Abgeordneten haben jedenfalls mit diesen Absichten Rühles nichts zu schaffen. Solange sich keiner der anderen 19 Abgeordneten ausdrücklich Rühle anschließt, dürfen wir annehmen, daß sie sämtlich seinen Plan auf Parteispaltung entschieden ablehnen und verurteilen. Daß viele andere und viele Tausende in der Partei mit Rühle die Spaltung wünschen, bezweifeln wir sehr; jedenfalls haben die Parteiorganisationen, die sich für das selbständige Vorgehen der Minderheit aussprachen, alles andere als die Absicht, die Partei zu spalten.“

Die Anhänger der Richtung Liebknecht und Rühle hatten sich allerdings schon vorher von der Opposition getrennt und eine Propaganda auf eigene Faust getrieben. Sie gaben besonders die Spartakusbriefe heraus, die später ihrem Bunde den Namen gegeben haben. Sie veranstalteten besondere Konferenzen und gaben sich eigene Programme.

Es war jetzt noch eine Frage der Zeit, wann es zum offenen Bruch zwischen Mehrheit und Minderheit in der Fraktion kommen würde. Beide Richtungen hielten neben den gemeinsamen Sitzungen noch regelmäßige Sonderberatungen ab. Legien hatte in der Sitzung nach der Abstimmung einen Antrag auf Ausschluß der 20 aus der

Fraktion gestellt, und der Fraktionsvorstand verlangte, daß die 20 von der Stellung von Fraktionsrednern im Plenum und in den Kommissionen ausgeschlossen werden sollten. Es wurde aber schließlich ein milderer Antrag angenommen, der die Sonderaktionen aufs schärfste mißbilligte.

Am 7. und 8. Januar tagte wiederum der Parteiausschuß in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand. Es wurde eine Entschließung angenommen, die das Vorgehen der 20 verurteilte und erklärte, es sei nicht geeignet, „die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung“. Insbesondere verdiene das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Weiter stelle der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts“ seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfülle. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördere die Redaktion des „Vorwärts“ die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwerke der „Vorwärts“ jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.

Der „Vorwärts“ stellte dazu fest, daß der Parteiausschuß mit seiner Mißbilligung die ihm zustehenden Befugnisse überschritten habe. Der „Vorwärts“ habe stets im Sinne der auf deutschen Parteitagen und auf internationalen Kongressen geforderten Politik gewirkt. Die Politik der Fraktionsmehrheit und die der Partei sei nicht gleichzusetzen. Der Parteiausschuß habe nicht das mindeste Recht, festzustellen, ob der „Vorwärts“ als Zentralorgan der Partei gelte. Der Parteiausschuß habe sich damit über den klaren Wortlaut des Organisationsstatuts hinweggesetzt.

Einige Tage später, am 12. Januar, führte die Reichstagsfraktion die erste Spaltung durch. Karl Liebknecht hatte wiederum, ohne die Fraktion vorher zu verständigen, dem Bureau des Reichstags eine Anzahl Anfragen überreicht. Darauf faßte die Fraktion mit 60 gegen 25 Stimmen folgenden Beschluß:

„Da Genosse Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das Größliche verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die ihm aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt hat.“

Dieses Kauderwelsch sollte natürlich nur verdecken, daß Karl Liebknecht kurzerhand aus der Fraktion ausgeschlossen war. Dazu hatte die Fraktionsmehrheit aber nicht das mindeste Recht. Ueber die Zugehörigkeit zur Fraktion hatte nicht die Fraktion zu bestimmen, sondern die Organisation, die den Abgeordneten in den Reichstag entsandte. Die Wähler Liebknechts aber hatten bisher stets dessen Haltung gebilligt. Indem die Fraktionsmehrheit sich auf so brutale Weise über jedes Recht hinwegsetzte, zeigte sie deutlich, wer in Wirklichkeit die Zertrümmerung der Partei wollte. An die Stelle des Willens der Organisation setzte sie die Willkür einer Handvoll Führer. Das wurde durch die Minderheit sofort festgestellt. Sie veröffentlichte eine Erklärung, die folgendermaßen schloß:

„Die Fraktion ist nicht befugt, sich zum Richter über das einzelne Fraktionsmitglied aufzuwerfen. Der Beschluß ist also eine offenbare Vergewaltigung. Er beraubt Liebknecht der Rechte, die ihm als

Abgeordneten nach dem Willen seiner Wähler und der Gesamtpartei auf Grund des Gesetzes und der Verfassung zustehen. Liebknecht muß demnach nach wie vor als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten. Die Partei kennt nur gleichberechtigte Mitglieder. Zu diesem Grundsatz steht der Beschluß der Fraktion im schärfsten Widerspruch.“

Karl Liebknecht verstand sofort den wahren Inhalt des Beschlusses der Fraktionsmehrheit; er teilte dem Reichstagsbureau mit, daß er aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschieden sei. Kurz darauf erklärte sich Rühle mit Liebknecht solidarisch.

Die Vorgänge im Reichstage veranlaßte die Organisationen, sich mit der Stellung der Partei zu befassen. Der Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisationen nahm mit 41 gegen 17 Stimmen eine Entschließung an, worin die von der Fraktionsminderheit abgegebene Erklärung gebilligt und bedauert wurde, daß nicht die gesamte Fraktion diese Erklärung abgegeben habe. Eine von 320 Funktionären besuchte Kreiskonferenz des 6. Berliner Reichstagswahlkreises sprach dem Genossen Ledebour für seine Haltung ihre volle Billigung aus. Eine von 300 Mitgliedern besuchte Konferenz des 4. Berliner Wahlkreises nahm gegen 7 Stimmen zwei Resolutionen an, in der die Haltung der Fraktionsminderheit begrüßt wurde; sie habe der Stimmung weitester Parteikreise Ausdruck gegeben. Ähnliche Erklärungen gaben die anderen Berliner Kreise, sowie eine ganze Anzahl größerer Parteiorganisationen im Reiche, wie Leipzig, Halle und Bremen, ab.

In der Wochenschrift der österreichischen Sozialdemokratie, im „Kampf“ vom Januar 1916 schrieb Friedrich Adler über das Vorgehen der Minderheit das Folgende:

„Die Fraktionsminderheit in Deutschland hat vom 4. August an das Vorgehen der Mehrheit für ein Abschwenken vom Programm gehalten. Aber sie hoffte und hoffte immer von neuem, daß die Mehrheit zur Besinnung kommen werde, und hat, weil sie die gemeinsame Aktion in ihrem ganzen Werte erkannte, mit der größten Selbstüberwindung die Politik der Verfehlungen gegen das Gesamtinteresse des Proletariats, die Politik der Zerreißen der Internationale zwar durch die Aufklärung zu überwinden gesucht, aber ohne Störung der Parteiaktion hingenommen. Die Minderheit wartete und hoffte von Abstimmung zu Abstimmung. Sie wurde stärker und stärker, aber die Mehrheit in der Fraktion zu werden, durfte sie noch lange hinaus nicht erwarten. Und so wurde die Frage immer brennender, ob es nicht im höchsten Interesse des Proletariats gelegen sei, daß wenigstens die Minderheit den Weg gehe, den sie als den einzig möglichen zur Wiederherstellung der internationalen Solidarität ansah. Die Frage, ob die Einheit der Reichstagsfraktion wichtiger sei oder die Dokumentierung der internationalen Gesinnung durch die Minderheit, wurde schließlich nach schweren inneren Kämpfen in letzterem Sinne entschieden. Die Einheit der deutschen Reichstagsfraktion war gesprengt, aber eine Brücke geschlagen zu den Proletariern aller Länder. Die höchste Solidarität, die Solidarität des Gesamtproletariats war ausschlaggebend im Konflikt mit der Solidarität innerhalb einer begrenzten Gruppe.“

Und das ist der entscheidende Punkt, auf den es bei der Beurteilung des „Disziplinbruches der deutschen Minderheit“ ankommt. Eine wirkliche Verständigung gegen die Interessen der Arbeiterbewegung

ist jeder Disziplinbruch, der darauf beruht, daß eine Gruppe ihre Interessen über die Gesamtheit stellt, daß sie handelt im Widerspruch zum sozialen Denken. Für die Minderheit der deutschen Reichstagsfraktion kamen aber nicht die Interessen ihrer Gruppe in Betracht, sondern gerade sie war durchdrungen von den Grundsätzen sozialen Denkens, sie ging aus von der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, von dem höchsten Gesichtspunkt unserer ganzen Bewegung, die sie durch die Politik der Mehrheit für verletzt ansah.“

Die Instanzenmehrheiten gingen nunmehr rücksichtslos gegen die Opposition in der Partei vor. Nachdem der Parteiausschuß erklärt hatte, daß der „Vorwärts“ das Recht verwirkt habe, als Parteiorgan zu gelten, versuchte der Parteivorstand einen Ersatz dafür zu schaffen. Zu diesem Zwecke gab er die „Partei Korrespondenz“, die bisher eine Sammelstätte für Zeitungsausschnitte war und unter der Leitung von Georg Schöpfli stand, einem der feurigsten Kriegspatrioten, in erweitertem Umfange heraus. Sie sollte künftig um „sachliche Richtigstellungen“ bereichert werden. Das bedeutete nichts anderes, als daß dieses Blatt das Organ der Parteivorstandsmehrheit wurde, ohne daß jedoch die Instanzen den Mut hatten, es als solches zu bezeichnen. Der Zentralvorstand der Bezirksorganisation für die Provinz Brandenburg, der damals in seiner großen Mehrheit aus Kriegsfreunden bestand, beschloß, die „Fackel“, eine Agitationsschrift für das Land, deren Erscheinen der Krieg unterbrochen hatte, wieder herauszugeben. Es war aber jetzt keine Agitationsschrift für die Partei, sondern das Blatt enthielt fast nur Artikel und Notizen parteipolemischen Inhalts, die sich gegen die deutsche Opposition und gegen die sozialistischen Parteien des Auslandes richteten. Die Zeitschrift war denn auch dazu bestimmt, nicht neue Anhänger für die Partei zu werben, als vielmehr den Anschauungen des „Vorwärts“ entgegenzuwirken.

Die Zensurbehörden ließen es inzwischen an Schneidigkeit nicht fehlen. Unaufhörlich wurden opponierende Genossen und Flugblattverbreiter drangsaliert, in die Gefängnisse geworfen, in die Schützengräben geschickt. Das hinderte jedoch nicht, daß die Verbreitung von illegalen Schriften einen immer größeren Umfang annahm. Welche Sorge den Militärbehörden daraus entstand, das geht aus folgender Aufstellung von verbotenen Druckschriften hervor, die das württembergische Generalkommando in einen ihrer Geheimbefehle aufnahm:

1. Ein Ende dem Winterfeldzug.
2. Hinter den Kulissen in „großer Zeit“ usw.
3. Den Genossen und Genossinnen zur Aufklärung (Verlag von Fr. Engelhardt).
4. Bilder ohne Worte.
5. Proletarier Europas.
6. Erklärung von 36 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (Berlin 2. 12. 15).
7. Jugendinternationale (Verlag Sekretariat der Internationalen Verbände sozialistischer Jugendorganisationen).
8. Parteigenossen! Parteigenossinnen!
9. Wer hat die Schuld am Kriege?
10. Reale Garantien für einen kommenden Frieden.
11. Krieg, Zusammenbruch und Revolution von J. Karski.

12. Ansprache der deputierten Groß-Berliner Genossinnen an den Parteivorstand und an den Parteiausschuß vom 28. 10. 1915.
13. Genug des Mordens.
14. „Disziplinbrüche“, mit Schreibmaschine geschrieben.
15. Disziplinbrüche.
16. Der Weltkrieg.
17. Ein Brief an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.
18. An die Internationale Konferenz grundsatztreuer Sozialdemokraten. Unterschrieben: Die programmtreuen Sozialdemokraten Württembergs.
19. Opportunistische Marseillaise.
20. Frauen des arbeitenden Volkes. (Schweizerische Sozietätsdruckerei.)
21. Dasselbe (einseitig) unterzeichnet: Die internationale sozialistische Frauenkonferenz, Bern im März 1915.
22. „Der Annexionswahnsinn“ als Manuskript gedruckt bei der Schweizerischen Sozietätsdruckerei.
23. Krieg und Proletariat.
24. Der Hauptfeind steht im eignen Land. Verantw. Wilh. Mayer.
25. Der Zusammenbruch.
26. Die Hetze gegen Haase.
27. Dasselbe (Schweizerische Sozietätsdruckerei).
28. An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unterzeichnet: 90 Groß-Berliner Unterzeichner des Protestschreibens vom 9. und 13. Juli 1915.
29. Revisionistenspiegel von August Bebel.
30. Ein neues Wintermärchen.
31. Neues von der württembergischen Freiheit. (Unterzeichnet: Putschistenkomitees.)
32. Die militärische Zensur.
33. Was ist und was geschehen soll.
34. Das erste Dokument der kommenden Internationale.

Die Wintermonate flossen in dumpfer Spannung und zugleich unter den heftigsten Auseinandersetzungen in der Partei dahin. Es hagelte Angriffe auf die „Disziplinbrecher“, auf die diese jedoch in der Oeffentlichkeit nicht deutlich genug antworten konnten. Es war ein ungleiches Spiel zwischen Mehrheit und Opposition. In eine besonders mißliche Lage war die Fraktionsminderheit gekommen, die den schärfsten Angriffen ausgesetzt war, ohne daß sie in der Presse oder sonst öffentlich ihren Standpunkt deutlich genug entwickeln konnte. Immer dringlicher, so führte der „Vorwärts“ ein wenig später darüber aus, stellte sich für die Fraktionsminderheit die Notwendigkeit heraus, wenigstens an der einzigen Stelle, wo zeitweilig Gelegenheit zur freien Aussprache gegeben war, von der Parlamentstribüne ihre Auffassungen darlegen zu können. Die Fraktionsmehrheit hielt es dagegen für notwendig, die Redner nur aus ihren eigenen Reihen zu stellen. So blieb der Minderheit schließlich nichts anderes übrig, als endlich die Gelegenheit zu ergreifen, auch ohne Genehmigung der Mehrheit ihre Stellung darzulegen.

Diese Gelegenheit kam am 24. März 1916, als der Notetat zur Abstimmung gelangen sollte. In der Fraktion hatte man sich vorher darüber unterhalten, und es war beschlossen worden, für den Notetat zu stimmen. Später ist von der Mehrheit der Minderheit der Vorwurf gemacht worden, daß sie damals nichts darüber hatte verlautbaren lassen, daß sie besondere Stellung zum Notetat nehmen würde. Erst

im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlung, habe Haase dem Fraktionsvorstand mitgeteilt, daß er reden werde. Auf diese Weise sei die Fraktion von der Minderheit hinterrücks überfallen worden. Formell mag die Mehrheit im Recht gewesen sein, in der Sache selber konnte die Minderheit damals gar nicht anders handeln, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, von der Mehrheit durch Angriffe aus dem Hinterhalt handlungsunfähig gemacht zu werden. Uebrigens konnte gar kein Zweifel darüber herrschen, daß sich die Minderheit das Recht auf Aeufzerung ihrer Meinung nicht nehmen lassen würde.

Ueber den Verlauf der Sitzung vom 24. März gab der „Vorwärts“ folgende Darstellung:

„Zu Sturmszenen, wie sie im Reichstag wohl noch nie erlebt worden sind, eben so leidenschaftlich als beschämend und beklagenswert, kam es am Freitag bei der ersten Beratung des Notetatsgesetzes. Alle Tiefen des unheilvollen Parteikonfliktes schienen aufgewühlt, alle Gegensätze fanden in einem unerhörten Tumult ihre schrankenlose Entfesselung.

Während die Mehrheit der Fraktion den Notetat mit einer kurzen Erklärung bewilligen wollte, war Genosse Haase im Einverständnis mit seinen Minderheitsfreunden entschlossen, ihre ablehnende Haltung durch eine Rede zu begründen. Die Mehrheit nahm sofort gegen Haases Absicht Stellung in Auftritten und Wutausbrüchen, die jeder Beschreibung spotten. Schon vor Beginn der Sitzung bildeten sich erregte Gruppen. Haases Platz war förmlich umlagert von gestikulierenden, drohenden, durcheinanderschreienden Vertretern der Mehrheit, und wiederholt mußte der Präsident für den ersten Punkt der Tagesordnung um Ruhe ersuchen. Als Haase fest blieb und schließlich das Wort nahm, kam die Erregung zunächst in Zurufen, bald aber in einem ohrenbetäubenden Chorus des Protestes und der Demonstration zum Ausdruck. Das Haus, längst auf die Gewitterstimmung aufmerksam geworden, ergriff sofort Partei im Bruderkriege zugunsten der Mehrheit, deren Haltung durch lungenkräftige Ermunterung, Heiterkeit, Geschrei und Händeklatschen lebhaft stützend. Besonders Keil und Heine wurden für ihre Leistungen ostentativ von der rechten Seite applaudiert. Minutenlang war im Saale, weil alles durcheinander tobte, überhaupt kein Wort zu verstehen, minutenlang bemühte sich Herr Kämpf mit drohender Glocke vergeblich um Ordnung und Ruhe. Haase, der wiederholt versuchte, seine Rede fortzusetzen, wurde unausgesetzt zur Sache gerufen, von der Mehrheit unterbrochen, von der Rechten am Weiterreden verhindert und schließlich durch einen Gewaltakt mundtot gemacht. Vorübergehend trat Windstille ein, bis Schatzsekretär Helfferich, durch einen Tadel, den er der Opposition auszustellen glaubte, erneut Oel ins Feuer goß, so daß dieses noch einmal lichterhell aufschlug und den letzten kümmerlichen Rest der Würde dieses Hauses hinwegfegte.“

Es muß dazu festgehalten werden, daß auch sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete sich nicht gescheut hatten, für die Wortentziehung zu stimmen, daß also Leute, die sich Sozialdemokraten nannten, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien einem anderen Sozialdemokraten die freie Rede abschnitten.

In seiner Rede führte Haase aus, daß er und seine Freunde diesen Notetat ebenso ablehnen müßten, wie sie den Hauptetat

ablehnen würden. Der Klassencharakter zeige sich in dieser Zeit noch schärfer als vorher. Die Regierung habe auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung völlig versagt, in weiten Kreisen sei Hunger, Unterernährung mit all ihren Folgeerscheinungen eingetreten. Das freie Wort sei geknebelt. Der Belagerungszustand werde immer noch aufrechterhalten. Es seien Steuergesetze eingebracht worden, die sich gegen die besitzlosen Kreise richteten. In allen Ländern hätten die Massen den leidenschaftlichen Willen zum Frieden. Aber die deutsche Regierung, die sich in einer günstigen Position befinde, tue nichts, um den Krieg zu beenden. Es spreche alles dafür, daß das deutsche Heer trotz seiner großen militärischen Erfolge die Gegner nicht werde auf die Knie zwingen können. Am Schluß des fürchterlichen Ringens werde es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte, sondern nur besiegte, aus Millionen Wunden blutende Völker geben. Wie auch das Ringen ausgehen werde, Europa gehe seiner Verarmung entgegen. Was habe unter solchen Umständen die Fortsetzung des Krieges noch für einen Sinn? „Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und mit aller Kraft ihn zu verhindern uns bemüht haben, widersetzen uns selbstverständlich seiner Verlängerung. Wenn es sich nur darum handele, die Unversehrtheit des Reiches und die Unabhängigkeit unseres Volkes aufrechtzuerhalten, so hätten wir den Frieden schon erzielen können. Aber immer lauter erheben sich die Stimmen, die als Ziel des Krieges die Ausdehnung unserer Weltmacht, die Erringung der Weltherrschaft fordern.“ Die kapitalistische Wirtschaftsordnung habe sich durch diesen Krieg selbst das Urteil gesprochen.

Nach dieser Szene im Plenum kam die Fraktion zusammen. Der Vorstand der Fraktion legte eine Erklärung vor, die inhaltlich der entsprach, die den Ausschluß von Liebknecht aus der Fraktion veranlaßt hatte. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsitzung zugetragen haben. In ihrer Fraktionssitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Herkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionssitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion sich in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird sein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt hatte, sieht sie sich nummehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse gröblich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben.“

Die Erklärung wurde mit 58 gegen 33 Stimmen angenommen, der Stimme enthielten sich 4, es fehlten 12 Abgeordnete. Die Mehrheit der Fraktion, die durch diesen Beschluß aus der Fraktion tatsächlich ausgeschlossen war, gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.

Berlin, den 24. März 1916.

Bernstein, Bock, Büchner, Dr. Oskar Cohn, Dittmann, Geyer, Haase, Henke, Dr. Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz (Lübeck), Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Wurm, Zubeil.“

Diese 18 Genossen hatten sich also von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gelöst und eine neue Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, gebildet, die als ihren Vorstand die Genossen Haase, Ledebour und Dittmann wählte. Vierzehn andere Genossen gaben eine öffentliche Erklärung ab, wonach sie in der Fraktion gegen den Notetat gestimmt, im Plenum des Reichstags den Saal verlassen und in der Fraktion gegen die Maßregelung gestimmt hätten.



Die Reichskonferenz.

Fortgang der Auseinandersetzungen. — Die Kurzsichtigkeit der Instanzenmehrheiten. — Gewaltakte des Parteivorstandes. — Die Konferenz von Kienthal. — Differenzen zwischen Opposition und Spartakusbund. — Verhaftung Liebknechts. — Die Reichskonferenz. — Keine Abschwächung der Gegensätze.

An diesem Punkte der Darstellung erscheint es notwendig, die bisherige Entwicklung der Parteidifferenzen noch einmal im Zusammenhange zu betrachten. Die kapitalistische Hochkonjunktur vor dem Kriege hatte der Taktik der deutschen Sozialdemokratie einen immer deutlicher werdenden reformistischen Charakter gegeben, ihre Mehrheit warf sich beim Kriegsbeginn in die Arme des welterobernden deutschen Imperialismus. Die Wortführer der Mehrheit wollten zuerst glauben machen, als ob der nationalistische Rausch die Klassengegensätze ausgelöscht habe. Je weiter der Krieg aber vorschritt, um so deutlicher wurde es, daß das ein Irrglaube war. Ueber den Eroberungscharakter der deutschen Kriegsführung konnte bald kein Zweifel mehr herrschen; die Klassengegensätze waren nicht ausgelöscht, sie wurden vielmehr immer schärfer, je länger sich das Gemetzel hinzog. Hatte die deutsche Arbeiterklasse vor dem Kriege an dem Aufstieg des Kapitalismus einigen Anteil nehmen dürfen, so wurde sie jetzt um so enger an sein unentrinnbares Schicksal, den völligen Niederbruch, gefesselt. Aber die Rechte der Partei, die die Mehrheit bildete und sich auf den Parteiapparat stützte, war ebensowenig wie die äußerste Linke, die Spartakusgruppe, imstande, diese Situation zu erkennen. Die organisatorische Einheit der Sozialdemokratischen Partei konnte nur dadurch erhalten werden, daß die Gegensätze in den grundsätzlichen und taktischen Fragen anerkannt wurden und den verschiedenartigen Auffassungen der weitestgehende Spielraum gewährt wurde. Aber der Mehrheit lag weniger an der Erhaltung der Einheit der Partei, als an der Ausnützung der Organisation für ihre besonderen Auffassungen. Und so übte sie sich im Wettstreit mit Zensur und Belagerungszustand in der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, weil sie nur damit ihre eigene Position zu festigen hoffen durfte. In heute kaum glaublicher Kurzsichtigkeit schätzte sie die Opposition als einen späten Nachfahren jener konfusen Bewegung der „Jungen“ ein, deren sich die Partei anfangs der neunziger Jahre mit Recht entledigen mußte, wollte sie nach den Jahren des Sozialistengesetzes zu der gebotenen Geschlossenheit kommen. Die Parteinstanzen sahen so wenig die vollständig anders geartete



Situation dieser Jahre, daß sie nur durch den Hinauswurf der scheinbar so schwachen Opposition zur Ruhe zu kommen glaubte. In der Hand des Arztes mag dieselbe Medizin dem Kranken Heilung bringen, die dem Leidenden den Tod bringt, wenn sie ihm der Kurfürscher reicht.

Die Spartakusleute auf der anderen Seite aber taten in ihrer Uebergescheitheit alles, um dem Parteivorstand in die Hände zu arbeiten. Sie gaben erhabene und wortreiche Programme und Leitsätze genug heraus; aber diese litten nur an dem Fehler, daß sie von den Arbeitern entweder nicht gelesen oder nicht verstanden wurden, soweit es sich um die Kriegspolitik der Regierung handelte, und die in den Reihen der Opposition nur Verwirrung anrichteten, soweit es sich um die Kriegspolitik der Partei handelte. Statt die Massen der Arbeiter von der Kriegspsychose zu befreien und sie wieder für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen, verbreiten sie den Glauben, als ob schon eine kleine Schar entschlossener Leute genüge, um den Krieg zu beenden, den Imperialismus niederzuwerfen und die soziale Revolution siegreich durchzuführen. Statt die Mehrheit der Partei für die Opposition zu gewinnen, warfen sie sinnlose Parolen, wie die Einstellung der Beitragszahlung an den Parteivorstand, in die Diskussion und gaben so den Parteinstanzen willkommene Gelegenheit, nicht allein gegen das Dutzend Spartakusanhänger, sondern vor allem gegen die Massen vorzugehen, die hinter der Arbeitsgemeinschaft standen. Diese Desperado-Politik hat sich dann fortgesetzt bis zu den verschiedensten Putschversuchen nach dem Novemberzusammenbruch und bis zur Zerreißung der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Mit welcher Verschlagenheit die Instanzenmehrheiten arbeiteten, um die Arbeiter über die Absichten der Regierung zu täuschen, dafür lassen sich unzählige Beispiele erbringen. Eines der deutlichsten hat Philipp Scheidemann gegeben in einer zur damaligen Zeit unter seinem Verfassernamen veröffentlichten Schrift: „Es lebe der Frieden!“ Nachdem er auseinandergesetzt hatte, was die Partei bisher schon alles für den Frieden getan habe, erklärte er:

„Daß die Regierung mit den von einem alldeutschen Professor aufgestellten und von Vorstandsmitgliedern verschiedener Verbände unterzeichneten Annexionsforderungen nichts zu tun hat, ist hinlänglich bekannt und auch den ausländischen Regierungen kein Geheimnis mehr.

Wir Sozialdemokraten, die wir dem Frieden dienen, dem Krieg also so schnell als möglich ein Ende bereiten wollen, haben nicht die geringste Ursache, dem Reichskanzler und seiner Regierung wüste Eroberungsabsichten zuzuschreiben, von denen wir wissen, daß sie nicht bestehen.“

Im Jahre 1921, als Scheidemann annahm, daß die Welt die Erinnerung an diese Sätze verloren haben könne, hat er „Erinnerungen an Bethmann Hollweg“ veröffentlicht. Dort berichtet er folgendes:

„Am 8. März 1915 hatte der Reichskanzler vor den Vertrauensmännern der Fraktionen über seine Kriegsziele gesprochen und gesagt: „Wir wollen Sicherheit, größere Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit für ein stärkeres und größeres Deutschland.“ Mir lief's eisig kalt über den Rücken, und als er die Wendung von dem größeren Deutschland zum zweiten Male gebrauchte, da schauten wir vier uns an:

Molkenbuhr, Robert Schmidt und ich sehr verstimmt, Haase offenbar sehr angenehm berührt. Er hatte nun, was er gebrauchte, das Stichwort für den „Eroberungskrieg“, für den wir unmöglich noch Kredite würden bewilligen können. Auf dem Heimweg begann ich Haase gegenüber zu erörtern, daß Bethmann Hollweg nach allen seinen sonstigen Darlegungen unmöglich ein durch Gebietszuwachs größeres Deutschland gemeint haben könnte; das erscheine mir ausgeschlossen . . . Diese Konferenz hatte immer noch unter der Rücksicht auf die relativ große Zahl der Teilnehmer gelitten. Der Reichskanzler hatte aber, wie vor allen solchen entscheidenden Reden, den Wunsch, sich ganz vertraulich mit der Sozialdemokratischen Partei vorher auszusprechen. Das beweist mein Tagebuch-Eintrag vom 9. März.

Früh um 8 kommt ein Bote aus der Reichskanzlei und bittet mich um 10 Uhr zum Reichskanzler. Ich ahnte: Er will uns noch einmal zusetzen, damit von einer Rede im Plenum Abstand genommen wird. Ich bin kurz entschlossen, Haase die Waffe aus der Hand zu schlagen, die ihm Bethmann Hollweg am gestrigen Abend durch eine mißverständliche Wendung gegeben. Ich rufe Wahnschaffe an, daß der Reichskanzler in der bevorstehenden Unterredung auf sein Kriegsziel zurückkommen müsse, aber so, daß daraus unter gar keinen Umständen Eroberungsabsichten herausgehört werden könnten, wie das gestern abend der Fall gewesen wäre. Absichten, von denen ich überzeugt sei, daß sie Bethmann Hollweg ja auch gar nicht habe.

Wahnschaffe verstand mich sofort, nachdem ich ihn auf unsere Grundsätze aufmerksam gemacht hatte . . . „Im tiefsten Vertrauen — sonst habe niemand Kenntnis davon —: Zarte Keime sprießen in Rußland, Keime, aus denen ein Friede entstehen könnte. Wir würden sie zertreten, wenn wir vom Frieden sprechen. Das werde man deuten als Schwäche, und dadurch wachse in Rußland das Kraftgefühl noch einmal usw. Die Ziele, die die Alldeutschen verlangten, seien Unsinn.“ „Ich denke nicht daran, sie zu verwirklichen. Belgien annektieren! Ein Land mit einer uns vollkommen fremden, auch sprachfremden Bevölkerung. Ich stelle mir vor, daß wir engere Wirtschaftsbeziehungen mit Belgien kriegen können, vielleicht auch Abmachungen militärischer Art. Und wenn es mir gelänge, die Grenze in den Vogesen ein wenig zu regulieren, die jetzt unterhalb des Kammes verläuft, dann wäre das schon von großer Bedeutung, ebenso, wenn man die Schleifung Belforts durchsetzen könnte. An diesen Grenzen haben wir furchtbare Opfer bringen müssen.“

Haase und ich — Haase vor mir — stellten mit Genugtuung fest, daß diese Darlegungen uns befriedigten, mindestens hätten sie mancherlei Befürchtungen zerstreut . . .

Bethmann Hollweg wies dann auf unsere Genossen in England hin:

„Wenn Sie mit denen Fühlung nehmen können, sei das gewiß wertvoller, als wenn wir im Reichstag über den Frieden reden. Aber ihre internationalen Freunde scheinen wenig friedlich gesinnt zu sein.“ . . . Daß Bethmann Hollweg auf Haase großen Eindruck gemacht hatte, war unverkennbar.“

Scheidemann und seine Freunde haben also spätestens seit dem 8. März 1915 gewußt, daß Bethmann Hollwegs Kriegsziele auf Eroberungen gingen. „Eisig kalt“ ist es ihm nach seinem eigenen Geständnis über den Rücken gelaufen. Trotzdem haben die Scheidemann bis zum Zusammenbruch die Eroberungspolitik der Regierung unterstützt und alle Kriegskredite bewilligt. Wenn Scheidemann unseren Haase, der nicht mehr reden kann, in sein Getriebe

hineinzuziehen sucht, so ist das nichts anderes als eine Grabschändung. Haase hat nicht „mit Genugtuung“ festgestellt, daß auch ihn die neuen Darlegungen des Reichskanzlers befriedigt hätten, sondern am 9. März 1915 hat er, entgegen den Wünschen der sozialdemokratischen Kriegspatrioten, in seiner Rede zum Etat ausdrücklich den Willen der Arbeiterklasse zum Frieden bekundet.

Wie Scheidemann, so trieben es auch seine zahlreichen Gesinnungsgenossen in der Partei. Die Reden, Aufsätze und Broschüren der Lensch, Haenisch, Heine, Cunow, Winnig, Fendrich und wie sie alle hießen, häuften sich zu Riesenstapeln. Dazu kamen zahllose Korrespondenzen und Zeitschriften, mit denen die Sozialpatrioten die Arbeiterschaft übersättigten. Die „Parteikorrespondenz“, die früher nur einem beschränkten Personenkreis zugänglich war und jetzt mit einseitigem, zugunsten der Mehrheit zurechtgestutztem Material gefüllt war, wurde auf Kosten der Partei massenhaft an die Funktionäre verschickt. Durch August Winnig ließ der Parteivorstand eine Broschüre über die Einheit der Partei schreiben und massenhaft verbreiten. Albert Baumeister, der Sekretär und Vertrauensmann Karl Legiens, gab die „Internationale Korrespondenz“ heraus, die mit den niedrigsten Methoden der Verhetzung gegen die sozialistischen Parteien des Auslandes arbeitete. Daneben erschien die „Sozialdemokratische Feldpost“, die aus ähnlichen Quellen gespeist und in Massen an die Front verschickt wurde. Der im Kriege reichgewordene Parvus gründete die Wochenschrift „Die Glocke“, an die er bald einen größeren Verlag anschloß. Eine Leitartikelkorrespondenz von August Winnig, Heinrich Schulz, Dr. Lensch und Heinrich Cunow versorgte die Redaktionen der Mehrheitspresse.

Der Opposition dagegen stand nur ein kleiner Teil der Parteipresse zur Verfügung. Durch die von Rudolf Breitscheid seit 1915 herausgegebene „Sozialistische Auslandskorrespondenz“ wurden die Redaktionen mit wertvollem Material aus den besten Federn des internationalen Sozialismus versehen. Im übrigen aber mußte die Opposition sich auf die Herausgabe illegaler Druckschriften beschränken; sie stand jeden Tag aufs neue vor der Gefahr, wie es mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring in Berlin, Crispian und Hörnle in Stuttgart, Niebuhr in Elberfeld, Herre in Leipzig und Müller in Schkeuditz, wie es mit vielen Tausenden anderen mehr oder weniger bekannten Parteigenossen geschah, ins Gefängnis oder Zuchthaus geworfen oder für den Schützengraben gepreßt zu werden.

Die illegale Arbeit der Opposition wurde nun freilich energisch gefördert durch die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag. Diese nahm jede Gelegenheit wahr, um vom Boden der alten sozialdemokratischen Grundsätze aus den Kampf gegen die Kriegspolitik zu führen. Es konnte ihr nicht darauf ankommen, bei der Vertretung von Arbeiterforderungen einen Wettlauf mit der Mehrheit der bisherigen Fraktion im Reichstag zu beginnen. „Wenn deren Haltung von den Grundsätzen der Partei abwich,“ so heißt es in einem Bericht der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, „war jedoch eine klare und

sachlich scharfe Auseinandersetzung geboten, bei der aber die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft jede persönliche Polemik zu vermeiden suchte. Würde dieses selbständige Vorgehen oft genug zu einer Anklage gegen die Mehrheitspolitiker, so lag das an dieser Politik, die den selbständigen, sozialistischen Geist vermissen ließ.“ Die Parlamentstribüne war die einzige Stätte, wo man noch einigermaßen frei sagen konnte, was Hunderttausenden auf der Zunge lag. Die Maßregelung der Fraktionsminderheit durch die Mehrheit war so wider Willen ein Akt der Befreiung geworden, „der zugleich die Wirkung hatte, viele der Parteigenossen auch weiter an die Partei zu fesseln, die in Sorge, Groll oder Verzweiflung sich von der Partei abzuwenden drohten“.

Anders dachten die Mehrheiten der Parteiinstanzen darüber. Sie begannen auf die skandalöseste Art eine lange Reihe von brutalen Willkürakten und Gewaltmaßnahmen gegen mißliebige Parteigenossen, durch die schließlich die Zertrümmerung der Partei herbeigeführt wurde. Die Mehrheit des Parteivorstandes lud den Parteiausschuß auf den 27. März zu einer Sitzung ein, ohne den Parteivorsitzenden Haase bei der Beschlussfassung hinzuzuziehen. Auch die Redaktion des „Vorwärts“ war im Gegensatz zu der bisherigen Uebung nicht mehr geladen worden. Wie hinterhältig die Vorstandsmehrheit gegen Haase handelte, geht aus dem Schreiben hervor, daß dieser an Ebert richtete. Einen Tag vor der Konferenz erhielt er die Nachricht von dem Zusammentritt des Parteiausschusses mit dem Anheimgen, an der Sitzung teilzunehmen; tags zuvor hatte noch eine Sitzung des Parteivorstandes stattgefunden, in der ihm nichts von der Absicht, den Ausschuß einzuberufen, gesagt wurde. In dieser Sitzung wurde er in Abwesenheit der erkrankten Genossin Zietz und gegen den Widerspruch des Genossen Wengels dazu gedrängt, sofort eine Erklärung über seine weitere Zugehörigkeit zum Parteivorstand abzugeben. Obwohl er darauf hinwies, daß es im Interesse der Partei läge, wenigstens um einige Tage diese Angelegenheit hinauszuschieben, beharrte die Mehrheit des Parteivorstandes auf sofortige Entschließung mit dem Bemerkten, daß sie ein Zusammenarbeiten mit ihm ablehne. Darauf gab Haase die Erklärung ab, daß er sein Amt als Vorsitzender der Partei niederlege.

In der Sitzung des Parteiausschusses suchte Ebert mit inquisitorischer Gründlichkeit nachzuweisen, daß die Opposition planmäßig arbeite, daß sie schon eine besondere Partei gebildet habe und daß nunmehr nichts anderes übrig bleibe, als alle Parteigenossen, die mit der Kriegspolitik der Instanzenmehrheit nicht einverstanden seien, aus der Partei hinauszuerwerfen. Die Vertreter der Opposition im Parteiausschuß, wie Gottschalk aus Königsberg, Lipinski aus Leipzig, Hennig aus Halle, Fleißner aus Dresden, erklärten, daß alles geschehen müsse, um die Einheit der Partei zu erhalten. Die Spaltungsversuche seien zuerst von der rechten Seite gekommen. Trotz Fraktionsspaltung könne die Parteeinheit aufrechterhalten werden. Es sei das gute Recht eines jeden, seine Gesinnungsgenossen durch Drucksachen zu informieren, und es sei auch nichts dagegen einzuwenden, wenn durch freiwillige Sammlungen Gelder aufgebracht würden. Ueber die bisherigen Vor-

gänge in der Partei müsse der nächste Parteitag sein Urteil abgeben, der Parteiausschuss dürfe nicht als Richter auftreten.

Die Mehrheit des Parteiausschusses ließ sich durch diese Ausführungen von ihren Absichten nicht abbringen. Es wurden Anträge angenommen, die sich gegen die Opposition wandten. In dem ersten Antrag hieß es, daß die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine vorbedachte Untergrabung der gemeinsamen politischen Tätigkeit und unvereinbar mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts sei. In dem zweiten Antrag wurde gesagt, es stehe unzweideutig fest, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene, festgefügte Organisationen geschaffen hätte mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen. Da die Abhaltung eines Parteitages während des Krieges unmöglich erscheine, sei es eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. In dem dritten Antrag wurde der Parteivorstand ersucht, eine Darstellung der Ursachen zu geben, die zur Spaltung der Fraktion geführt hätten. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, in dem der Parteivorstand erklären sollte, daß er nach dem Organisationsstatut nicht befugt sei, über das Verhalten der Reichstagsfraktion, die allein dem Parteitag verantwortlich sei, zu Gericht zu sitzen und abzuurteilen. Die Opposition gab dazu eine Erklärung zu Protokoll, in der sie dagegen protestierte, daß der Parteiausschuss über seine Befugnisse hinaus das Verhalten der Reichstagsfraktion kontrolliert und zum Gegenstand seiner Beschlussfassung gemacht habe und worin sie dem Parteivorstand für diese Uebergrieffe des Parteiausschusses verantwortlich machte.

Gestützt auf diese Beschlüsse der Mehrheit ging der Parteivorstand nunmehr zum Frontalangriff gegen die Opposition vor. Er veröffentlichte einen Aufruf, worin alle die Behauptungen, die Ebert in der Sitzung des Parteiausschusses vorgetragen hatte, noch einmal wiederholt wurden. Die Einwände der Opposition blieben selbstverständlich unberücksichtigt. Wieder konnte man beobachten, mit welcher Kurzsichtigkeit die Instanzenmehrheiten die Vorgänge in der Partei beurteilten. In dem Aufruf wurde behauptet, daß „einige Verblendete“ die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus geworfen hätten, den Tausende und Abertausende von Genossen und Genossinnen in vieljähriger opfervoller Tätigkeit errichtet hatten. Also noch immer nicht wollte der Parteivorstand erkennen, daß die Ursache zu den Differenzen nicht in der persönlichen Schuld einiger Genossen lag; noch immer glaubte er, daß nur eine kleine Zahl von Parteigenossen sich an der Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei beteiligte und daß es genüge, sie mit scharfer Hand anzufassen, um die Opposition für immer niederzuwerfen. Die Folgezeit hat ergeben, daß diese Auffassung ein gründlicher Irrtum war.

Trotz des Aufrufs des Parteivorstandes und trotz der Beschlüsse des Parteiausschusses erklärten sich eine Reihe der größten und bestgefügtsten örtlichen Organisationen der Partei für die Arbeitsgemeinschaft. So nahm der Zentralvorstand der sozialdemokratischen

Wahlvereine Groß-Berlins am 31. März mit großer Mehrheit eine Resolution an, in der das Verhalten der Fraktionsmehrheit verurteilt und die Bildung der Arbeitsgemeinschaft gebilligt wurde. Aufs allerschärfste wurde die Art verurteilt, wie Genosse Haase aus dem Parteivorstand gedrängt wurde. Ähnliche Resolutionen wurden dann auch in den Kreiskonferenzen und Funktionärsitzungen der einzelnen Berliner Wahlkreise angenommen. Auch im Reiche stellte man sich an vielen Orten hinter die Arbeitsgemeinschaft, so in Leipzig und Braunschweig, in Bremen und in Halle.

Der „Vorwärts“, der nicht nur Zentralorgan, sondern Organ der Berliner Parteigenossen war, hatte also die Mehrheit der Berliner Partei hinter sich, die die Politik der Arbeitsgemeinschaft billigte. Er mußte deshalb sowohl die offiziellen Aufrufe und Erklärungen des Parteivorstandes, wie auch die Mitteilungen veröffentlichen, die ihm von der Arbeitsgemeinschaft zuzingen. Am 31. März wurde nun die Redaktion des „Vorwärts“ von dem Faktor der Druckerei durch die Mitteilung überrascht, daß der Geschäftsführer Richard Fischer ihm anbefohlen habe, unter keinen Umständen mehr die Erklärungen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an hervorragender Stelle zu geben. Als sich die Redaktion gegen diesen Eingriff in ihre Rechte verwahrte, erschien Fischer und das Parteivorstandsmitglied Otto Braun, um zu erklären, daß nunmehr der Parteivorstand eine Präventivzensur über den „Vorwärts“ auszuüben gedenke. Einen Tag später erhielt dann die Redaktion auch noch eine besondere Mitteilung des Parteivorstandes, wonach aus dem „Vorwärts“ alles fortzubleiben habe, was die Parteizerrüttung fördern könne. Wenige Tage später erschien Hermann Müller in der Redaktion und verhinderte die Aufnahme von Artikeln und Notizen in das Blatt. Das alles geschah, ohne daß die zuständigen Instanzen, ohne daß insbesondere die Preßkommission des „Vorwärts“ und der Zentralvorstand darüber gehört worden waren, ohne daß der Parteivorstand auch nur den Versuch unternommen hatte, sich mit der Redaktion zu verständigen. So begann der Parteivorstand mit größter Brutalität die Verfolgung der ihm unbequemen „Vorwärts“-Redaktion, die schließlich dahin führte, daß ein halbes Jahr darauf der „Vorwärts“ mit Hilfe der Militärbehörden den rechtmäßigen Eigentümern, den Berliner Parteigenossen, geraubt wurde.

Ähnliche Gewaltstücke wurden in der Provinz verübt. Am 31. März kündigte der Parteivorstand über den Kopf der zuständigen Parteinstanzen der Kreise Duisburg-Mörs zwei Genossen aus der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ ihre Stellung als Redakteure dieses Blattes, Otto Braun fuhr selbst nach Duisburg, warf die beiden kurzerhand hinaus und ersetzte sie durch den gesinnungstüchtigen Pokorny. Der Parteivorstand, der durch Hingabe von Geld an das Duisburger Unternehmen das Recht erworben zu haben glaubte, auch über den Inhalt des Blattes zu bestimmen, ließ sich trotz aller Proteste der Duisburger Parteigenossen, des engeren und weiteren Kreisvorstandes und der Bezirksleitung Niederrhein nicht dazu bringen, seinen Handstreich rückgängig zu machen. Ähnliche Vorgänge ereigneten sich in Frankfurt a. M. und in Bremen.

Vierzehn Tage darauf wurde Ernst Meyer aus der Redaktion des „Vorwärts“ hinausgeworfen, weil er es gewagt hatte, außerhalb

seiner redaktionellen Tätigkeit an der Abfassung eines Flugblattes „Die Lehre des 24. März“ mitzuwirken, das sich gegen die Kriegspolitik der Parteinstanzen wandte. Alle diese Maßnahmen der Instanzen lieferten aufs neue den Beweis, daß es nicht die Opposition war, die zur Spaltung trieb, sondern daß die Instanzenmehrheiten mit Absicht die Zertrümmerung der Partei herbeigeführt haben. Sie stützten sich dabei lediglich auf die Beherrschung des Parteiapparats und auf ihre wirtschaftliche Macht, brachen aber alle Ueberlieferung von Treu und Glauben, die bisher in der Partei herrschte.

Vom 24. bis zum 30. April tagte in Kienthal (Berne Oberland) die zweite internationale Konferenz solcher Parteigenossen, die in der Opposition gegen die Kriegspolitik standen. Seit der ersten Konferenz von Zimmerwald war die oppositionelle Bewegung außerordentlich erstarkt. Zugleich ergab es sich aber, daß sie auch international keine einheitlichen Tendenzen aufwies, sondern in verschiedenartige Auffassungen verfiel, die dann auch auf der Tagung von Kienthal zuweilen in heftigen Formen zum Ausdruck gebracht wurden. Die Konferenz war von etwa 40 Delegierten aus Deutschland, Frankreich, Italien, der Schweiz, Serbien, Portugal, Rußland und Polen besucht. Von den Russen waren Axelrod, Lenin und Martow da, von den Italienern Morgani, Serati, Mussati, von den Schweizern Naine, Grimm, Graber und Platten, von den Franzosen Rufin Dugins, Brizon, Bracke und Guilbaux, von den Polen Radek und Labinski, von den Serben Katzlerowitsch. Den beiden Franzosen Merrheim und Bourderon, den Vertretern der englischen Independent Labour Party und vielen anderen Genossen waren die Pässe verweigert worden oder man ließ sie nicht über die Grenze. Aus diesem Grunde konnten auch nur sieben deutsche Genossen an der Konferenz teilnehmen, von denen vier den Standpunkt der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, zwei den der Spartakusgruppe vertraten und einer sich der Radekgruppe anschloß. Die von der internationalen sozialistischen Kommission vorgeschlagene Tagesordnung wurde angenommen. Danach waren zu behandeln: 1. Die Berichte der einzelnen Länder, 2. die Stellung der Internationale zum Krieg und 3. die Stellung zum internationalen sozialistischen Bureau in Haag.

Bevor die eigentlichen Verhandlungen begannen, kam es zu einer unangenehmen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Italiener und der Franzosen mit dem schweizerischen Genossen Greulich. Dieser hatte sich vor dem Eintritt Italiens in den Krieg zum Mittelsmann zwischen einem amerikanischen Pazifisten und der italienischen Partei gemacht, um diese zu bewegen, mit den Geldern des Amerikaners Friedenspropaganda zu betreiben. Greulich versicherte, daß er in bester Absicht gehandelt habe, aber schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als die Konferenz freiwillig zu verlassen. Die einzelnen Delegierten berichteten dann über den Stand der oppositionellen Bewegung. Die Franzosen konnten mitteilen, daß bei ihnen die Opposition im stetigen Wachsen begriffen sei, was sich besonders deutlich auf der letzten Tagung der Nationalkonferenz gezeigt habe, wo ihre Stimmen auf etwa 950 gegen 1900

der Mehrheit gestiegen seien. In Italien stand die gesamte Parteiorganisation auf dem Boden der Opposition. Der Krieg wurde aufs schärfste bekämpft, die Kredite wurden abgelehnt. Die russische Arbeiterklasse hatte auch während des Kriegszustandes vor dem Zarismus nicht kapituliert. Ihre parlamentarische Vertretung führte den Kampf in der schärfsten Form. Vier Abgeordnete waren deshalb nach Sibirien verbannt worden. Besonders scharf kamen die Gegensätze in der Opposition bei der Berichterstattung der deutschen Delegation zum Ausdruck. Die Spartakusgruppe legte neue Leitsätze vor, betonte aber, daß sie vorläufig nicht den Austritt aus den Organisationen propagiere, sondern ihre oppositionelle Tätigkeit ebenso wie die Gruppe der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Organisationen entfalten wolle. Der Bremer Delegierte, der der Radekgruppe angehörte, polemisierte sowohl gegen die Arbeitsgemeinschaft, wie auch gegen die Spartakusgruppe, die er gleichfalls zum „Sumpf“ rechnete. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft befand sich mit der Spaltung der Opposition in Berlin. Alle großen Demonstrationen gegen den Krieg seien von der Arbeitsgemeinschaft ausgegangen. Trotzdem die Parteileitung alle Hebel in Bewegung setze, um die Opposition zu unterdrücken, mache sie recht gute Fortschritte. Seit einigen Wochen gebe die Opposition ein kleines Mitteilungsblatt heraus, das weite Verbreitung in allen Großstädten Deutschlands und in den Industriezentren fände. Die Leitung der Organisationen sei vielfach schon auf die Opposition übergegangen, so in Leipzig, Berlin, Bremen und anderen Orten. Das Ziel der Opposition sei, alle oppositionellen Elemente zusammenzufassen und auf der Grundlage des Erfurter Programms den Kampf gegen die Politik vom 4. August mit Energie zu führen. Dabei verschliese sich die Opposition durchaus nicht der Notwendigkeit, nach dem Kriege eine stärkere Formulierung mancher Sätze des Programms wie der internationalen Beschlüsse zu fassen.

Am schärfsten traten die Gegensätze bei der Behandlung des zweiten Punkts der Tagesordnung, „Der Kampf für die Beendigung des Krieges“, zutage. Deutsche, Italiener und Franzosen stellten sich im allgemeinen auf den Boden der Zimmerwalder Konferenz. Hauptstreitpunkte waren die Frage der Vaterlandsverteidigung, die Frage der Schiedsgerichte und die Wahl der Mittel für die Beendigung des Krieges. Die Lenin-Radek-Gruppe, der sich die deutschen Spartakusanhänger anschlossen, verneinte die Landesverteidigungspflicht unter allen Umständen und verwarf auch die Schiedsgerichte als wirksames Mittel zur Verhinderung von Kriegen. Es gelang aber doch noch, das Auseinanderfallen der Konferenz zu verhindern und die verschiedenen Gruppen auf gemeinsame Beschlüsse zu vereinigen. Es wurde die Herausgabe eines Manifestes und einer Reihe von Thesen beschlossen.

Schließlich wurde noch heftig über die Stellung zum internationalen sozialistischen Bureau in Haag diskutiert. Die Italiener wünschten, daß man diese Einrichtung ebenso kämpfe, wie um die Herrschaft in den Organisationen. Demgegenüber wurde die Meinung vertreten, daß das internationale Bureau jede Bedeutung verloren habe und daß es nur Verwirrung anrichten könne, wenn das Bureau zusammenberufen werde und die Opposition

sich an seinen Arbeiten beteilige. Das Bureau habe durch seine Untätigkeit während des Krieges jedes Recht verwirkt, als Vertreterin des internationalen Sozialismus zu gelten. In diesem Sinne kam ein Beschluß der Konferenz zustande. Es wurde dann noch vereinbart, den Versuch zu unternehmen, in der nächsten Zeit eine interparlamentarische Konferenz solcher Sozialisten zu veranstalten, die auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse ständen, und von denen man die Förderung gemeinsamer Aktionen zur Herbeiführung des Friedens erwarten könne.

Die Konferenz von Kienthal hat ebenso wie die von Zimmerwald zur Belebung der Opposition Gutes geleistet. Nicht zufrieden mit ihr waren allerdings die Anhänger der Spartakusgruppe, die Taten, Kampf und Massenaktionen verlangten, dagegen von Konferenzen, Resolutionen und Manifesten nichts wissen wollten. Es zeigte sich erneut, daß die Spartakusanhänger nicht den realen Tatsachen Rechnung tragen, sondern eine Taktik treiben wollten, die nach der Lage der Verhältnisse so gut wie ohne Wirkung bleiben mußte. Im übrigen erschöpfte sich die Aktion der Spartakusgruppe vorläufig nur in der Empfehlung an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, den Kampf gegen die Kriegspolitik ebenso wie Karl Liebknecht durch kleine Anfragen im Reichstag zu führen.

Selbstverständlich nahm die Opposition unabhängig von den Konferenzen und Manifesten jede Gelegenheit wahr, um in der Öffentlichkeit ihren Willen zu bekunden. Eine solche Gelegenheit bot sich bei der Maifeier 1916. Soweit es irgend ging, wurden öffentliche Kundgebungen veranstaltet, die an vielen Orten eine große Beteiligung aufweisen konnten. In Berlin verlegten die Spartakusleute ihre Kundgebung auf den Potsdamer Platz, also dorthin, wo die Bourgeoisie verkehrte und man zu den Arbeitermassen überhaupt nicht reden konnte. Hier war es, wo endlich Karl Liebknecht den Scherben des Militarismus zum Opfer fiel. Er hatte „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ gerufen. Sofort wurde er von Polizisten gefaßt, und seit der Zeit ließ man ihn bis zum Zusammenbruch im November 1918 nicht mehr aus der Zelle, erst des Militärgefängnisses, dann des Zuchthauses.

Jetzt nahm auch das internationale sozialistische Bureau in Haag Gelegenheit, etwas für den Frieden zu tun. Da aber sein Vorstand sich aus Vertretern der Kriegspatrioten der verschiedenen Länder zusammensetzte, so war es unmöglich, das ganze internationale Proletariat von dieser Stelle aus zu einer gemeinsamen Friedensaktion aufzurufen. Das Bureau beschränkte sich denn auch darauf, die angeschlossenen Parteien in einem Aufruf zu ersuchen, die politischen Fragen zu erörtern, die nach ihrer Meinung eine Lösung in den Friedensbestimmungen verlangten. Das Bureau wollte also den Krieg nicht sofort bekämpfen, sondern es sollte erst für irgendeine Zeit nach dem Kriege irgendeine Untersuchung angestellt werden. Die Delegierten der Arbeiterparteien aus den neutralen Ländern wurden dann noch für den 26. Juli zu einer Konferenz nach dem Haag eingeladen. Die Vertreter der kriegführenden Länder waren von vornherein ausgeschlossen. Die Veranstaltung hat, wie nicht anders zu erwarten, weder für die Beendigung des Krieges

noch für den Wiederaufbau der sozialistischen Internationale irgend etwas Positives erbracht.

Zu den heftigsten Auseinandersetzungen kam es in diesen Monaten in den Berliner Parteiorganisationen. Die Berliner Genossen verlangten mit Recht, daß die Leitung der Organisationen so zusammengesetzt werde, wie es ihren Anschauungen entsprach, und diese gehörten der Opposition. Das Verlangen paßte aber nicht den bisherigen Leitern der Organisationen, die mit allen Mitteln der brutalen Gewalt ihre Stellungen zu erhalten suchten. An ihrer Spitze standen Eugen Ernst, Wels, Richard Fischer, Groger, um nur einige bekanntere Namen zu nennen. Anfang 1916 waren die Wahlkreise vom Zentralvorstand von Groß-Berlin befragt worden, ob eine Generalversammlung stattfinden solle. Die Mehrzahl der Kreise hatte sich dagegen erklärt. Inzwischen war wiederum von einzelnen Kreisen ein Antrag auf Einberufung einer Generalversammlung eingebracht worden, da bei ihnen die Besetzung der Vorstandsposten gewechselt hatte und das einer Bestätigung der Generalversammlung bedurfte. Es wurde zur Begründung angeführt, daß die Vorgänge in der Partei zu einer Aussprache drängten, und selbst wenn die statutarischen Bestimmungen die Einberufung einer Generalversammlung verhindern, so müsse man sich den gegebenen Verhältnissen anpassen. Die Mehrheit des Zentralvorstandes beschloß schließlich, die Verbandsgeneralversammlung abzuhalten. Die Folge dieses Beschlusses war eine lebhaftere Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Kriegspolitik und der Opposition im „Vorwärts“. Es entwickelten sich daraus heftige Kämpfe um die Besetzung der Vorstandsposten, und als die Kriegspatrioten sahen, daß ihres Bleibens nicht mehr länger war, führten sie ihre schon längst verkündete Absicht durch, die Berliner Organisation zu spalten. Auch in Berlin ging also die Spaltung der Partei nicht von der Opposition aus, sondern wurde verursacht durch den Machtdünkel der Anhänger der Kriegspolitik.

Ende Juni kam es zu größeren Streiks unter den Metallarbeitern, besonders in Berlin, in Braunschweig, in Bremen, in Stuttgart und in anderen Orten. Sie richteten sich gegen das erste Zuchthausurteil gegen Liebknecht, und da besonders die Munitionsfabriken daran beteiligt waren, so erregte die Bewegung den heftigen Unwillen nicht nur der Militaristen, sondern auch der Sozialpatrioten in den Parteiinstanzen und bei den Gewerkschaftsvorständen, die sich bald mit Aufrufen und Flugblättern gegen die Streikbewegung wandten.

Die gespannte Situation in der Partei ließ die Frage akut werden, ob nicht ein Parteitag zusammentreten und über die Taktik der Partei bindende Beschlüsse fassen könnte. Schon in der Sitzung der Kontrollkommission vom 5. Juni hatte Timm aus München angeregt, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Man solle nicht warten, bis der Krieg zu Ende sei, sondern schon jetzt eine Entwirrung der unhaltbaren Verhältnisse versuchen. Diese Anregung fand den lebhaften Beifall des rechten Flügels. Es war aber klar, daß ein Parteitag, an dem nicht alle Parteigenossen Anteil nehmen konnten und dem kein freier Meinungs austausch vorangehen konnte, nur ein Zerrbild der wirklichen Stimmung in der Arbeiterschaft zeigen

würde. Und es war weiter zu erwarten, daß ein Parteitag während des Krieges in seiner Mehrheit ein gefügiges Instrument in der Hand der Instanzen sein würde. In der Kontrollkommission wurde zwar der Antrag Timm mit Stimmgleichheit abgelehnt, aber gleich danach beschäftigte sich der Parteivorstand in mehreren Sitzungen damit und brachte die Sache vor den Parteiausschuß, der für den 20. und 21. Juli zu einer Tagung nach Berlin einberufen war.

Nachdem es am ersten Tage der Verhandlungen zu voller Einmütigkeit über das Vorgehen in der Ernährungsfrage gekommen war, gerieten die beiden Tendenzen um so heftiger am zweiten Sitzungstage gegeneinander, als man sich über die Friedensfrage unterhielt. Die Instanzenmehrheiten hielten wieder heftige Anklagerede gegen das angeblich parteizerrüttende, sonderorganisatorische Treiben der Opposition. Da man aber auch in der Mehrheit sich nicht verschweigen konnte, daß die unerläßliche Vorbedingung für die Abhaltung eines Parteitages die Gewähr einer völlig unbeschränkten Aussprache sei, so kam man auf den Ausweg, eine Reichskonferenz einzuberufen. Gegen 12 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die dem Parteivorstand die Einberufung einer Konferenz der Parteiorganisation empfahl, „um der fortschreitenden Zerrüttung der Partei vorzubeugen“. Der Parteivorstand ließ sich das nicht zweimal sagen, er berief die Reichskonferenz auf den 21. September nach Berlin ein.

Schon die Bestimmungen über die Vertretungen der Wahlkreise ließen erwarten, daß die Zusammensetzung der Reichskonferenz die wirklichen Parteiverhältnisse nicht richtig wiedergeben würde. Die großen Wahlkreise, in denen die Opposition besonders stark vertreten war, wurden zugunsten der kleinen und kleinsten Kreise, in denen nur wenige Arbeiter organisiert wurden, zurückgesetzt. Die Mehrheitspresse führte beruhigend dazu aus, daß die Reichskonferenz ja keine bindenden Beschlüsse fassen könne und daß deshalb ihrer Zusammensetzung kein besonderes Gewicht beigemessen werden dürfe. Aber es war voraussehen, und dahin ist es schließlich auch gekommen, daß die Kundgebungen der Reichskonferenz in einseitigem Sinne von der Mehrheit für ihre Zwecke ausgeschlachtet werden würden. Dem Parteivorstand lag vor allem daran, die Gegner der Kriegspolitik möglichst wenig zu Worte kommen zu lassen, und er versuchte auch, die Arbeitsgemeinschaft von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschließen. Das ist ihm allerdings nicht gelungen, die Konferenz beschloß ihre Zulassung.

Die Reichskonferenz tagte am 21., 22. und 23. September im Berliner Reichstagsgebäude. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war mit 83, die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft durch 18 Mitglieder vertreten. Insgesamt waren 451 stimmberechtigte Delegierte anwesend. Schon bei der Konstituierung und bei der Festsetzung der Geschäftsordnung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Ebert wollte, daß man genau so verfare wie auf den Parteitagen. Das würde bedeutet haben, daß zwar die Redner der Mehrheitspolitik unbeschränkte Redezeit für ihre Ausführungen gehabt hätten, daß aber die Vertreter der Opposition nur in der Diskussion zu Worte gekommen wären. Es wurde aber beschlossen,

nach den Referaten von Ebert und Scheidemann, die über die Politik der Partei und über die Tätigkeit des Parteivorstandes sprechen sollten, Haase als Vertreter der Minderheit mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommen zu lassen und einem Vertreter der Spartakusgruppe eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung erklärte Ledebour im Auftrage von mehr als 100 Delegierten und Abgeordneten, daß der Reichskonferenz jede Befugnis fehle, Beschlüsse zu fassen. Obendrein sei durch die Art der Zusammensetzung der Möglichkeit, eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Widerspiegelung der Parteiverhältnisse zu geben, der Boden völlig entzogen worden. Die Oppositionsvertretung sei künstlich eingeschränkt worden. Trotz der auf solche Weise bewirkten Verzerrung beteilige sich die Opposition an den Verhandlungen, weil sie selbst diese kümmerliche Gelegenheit zu einer Aussprache über die Parteiverhältnisse nicht vorübergehen lassen wolle. Für die Gruppe Internationale schloß sich Frassek diesen Ausführungen an, und er fügte hinzu, daß die Spartakusdelegierten jede Beteiligung an den Abstimmungen ablehnen würden.

Das erste Referat über die Politik der Partei hielt Scheidemann. Er wiederholte darin in ausführlicher Breite alles das, was er und seine Gesinnungsgenossen tausendfach schon in der Öffentlichkeit gesagt hatten. Scheidemann meinte, daß seit dem 4. August 1914 das ganze Volk von dem Bewußtsein einer riesenhaften Gefahr erfüllt gewesen sei, aus der es nur mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte sich retten könne. Die deutsche Sozialdemokratie bilde große Stücke des deutschen Volkes selber, und eine solche Partei könne die grundsätzliche Pflicht der Landesverteidigung nicht verneinen. Wenn die Fraktion gegen die Kriegskredite hätte stimmen sollen, so hätte das aus anderen Gründen und nicht aus Verteidigungsnihilismus geschehen müssen. Den Zulauf zur Opposition erkläre er sich aus der Not und aus den großen Ernährungsschwierigkeiten, die vielfach in sehr demagogischer Weise ausgenutzt würden. Die französischen und englischen Sozialisten hätten doch auch für die Kriegskredite gestimmt. Die Wirkung einer Ablehnung der Kriegskredite für die deutsche Sozialdemokratie wäre ganz anders gewesen, als sie von der Opposition eingeschätzt werde. Wenn Deutschland, was kein Mensch bei uns annehme, eine Niederlage erleiden würde, dann wolle die Partei mit reinem Gewissen dastehen und sagen können, sie habe alles getan, was in ihren Kräften stand, um das namenlose Blend fernzuhalten. Es habe sich bei der Bewilligung der Kriegskredite nicht darum gehandelt, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, sondern dem Lande sollten die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, damit es sich seiner Haut wehren könne, und damit seine Söhne und Brüder imstande seien, im Felde ihre Schuldigkeit zu tun. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse forderten nicht nur von der deutschen Sozialdemokratie, daß sie alles tue, um den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen, sie forderten das von den Sozialisten aller Länder. Was hätten aber die anderen Länder der Internationale in dieser Beziehung bisher getan? Mit der Bewilligung der Kriegskredite habe die Partei die

Verantwortung für den Krieg nicht übernommen. Weder der Reichskanzler noch der Kaiser habe den Krieg gewollt. Wenn von deutscher Seite Fehler gemacht worden seien, so trage das ganze deutsche Volk schuld daran, weil es sich jahrzehntlang die Politik, die zum Kriege führte, gefallen ließ. Das Verhalten der Fraktionsmehrheit im Reichstag sei nicht die Folge eines besonderen Vertrauensverhältnisses zur Regierung. Ihrer Kriegspolitik gegenüber bleibe die Fraktion äußerst kritisch, der Reichskanzler habe zwar wiederholt seine Bereitschaft erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten, aber leider sei er in seiner letzten Rede sehr unklar gewesen, so daß den verschiedensten Auslegungen Tür und Tor geöffnet wurden. Nicht die deutsche Regierung sei schuld daran, daß es noch nicht zu Friedensverhandlungen gekommen sei, sondern die Regierungen der gegnerischen Länder, die bisher jede Erörterung der Friedensbedingungen abgelehnt hätten. Gegen die Annexionspolitiker aller Richtungen stehe die Partei geschlossen zusammen. Daß einzelne Parteigenossen lediglich im Ueberschwang ihrer Gefühle das nötige klare Unterscheidungsvermögen nicht gefunden hätten, sei gewiß bedauerlich. Aber über die grundsätzliche Stellung der Partei zu den Annexionsforderungen könne kein Zweifel bestehen. Die Fraktion habe sich hinter Bethmann gestellt, weil es schwerlich eine Wendung zum Besseren bedeuten würde, wenn es den Alldeutschen gelänge, einen Mann ihres Herzens an dessen Stelle zu bringen. In einer demokratischen Partei habe sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen, und darum könne auch der Opposition in der Fraktion nicht das Recht zugebilligt werden, ihre Meinung öffentlich vorzutragen, darum sei auch die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu verurteilen. Scheidemann wiederholte zum Schluß die Beschuldigungen gegen die Arbeitsgemeinschaft, daß sie in geschlossenen Sitzungen besonders getagt und ihre Taktik vor den Entscheidungen der Gesamtfraktion festgelegt habe. Die Fraktion sei von der Arbeitsgemeinschaft überrumpelt worden. Er schloß seine Rede mit einem Appell an die Partei, die alte Einheit und Geschlossenheit auch unter den augenblicklichen schwierigen Verhältnissen aufrechtzuerhalten.

Der zweite Referent war Ebert. Er berichtete, daß die Mitgliederzahl der Partei seit 1914 von 1 085 905 auf 395 216 zurückgegangen sei, also um 64 Prozent. Der Abonnentenstand der Presse war gefallen von 1 288 092 auf 691 484 oder um 46 Prozent. Die Einnahmen an Parteibeiträgen hatten sich um 60 Prozent vermindert. Ebert schilderte die Tätigkeit des Parteivorstandes in der Ernährungsfrage und in der Frage des Belagerungszustandes. Er behauptete weiter, daß der Parteivorstand alles getan habe, um die Aktionsfähigkeit der Internationale wieder herbeizuführen; leider sei das aber an der Hartnäckigkeit der sozialistischen Parteien in den kriegsgegnerischen Ländern gescheitert. Die Partei habe eine Friedensaktion unternommen, an einigen Orten sei die Beteiligung daran aber abgelehnt worden, weil sie nicht radikal genug gewesen sein soll. Der Opposition warf Ebert dann vor, eine Partei in der Partei bilden zu wollen. Man schaffe sich eigene Organisationen, gebe sich ein eigenes Programm und schreie dann im ganzen Lande umher über angebliche Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der

Parteiprogramm und Parteitagsbeschlüsse nicht halte. Eine Schlammflut anonymer Flugschriften wälze sich über das Land. Harmlose Leute, die ihre Verbreitung vorgenommen hatten, seien verhaftet worden, die eigentlich Schuldigen aber hätten sich in Sicherheit gebracht. Als Ebert sich dann weiter dagegen wandte, daß die deutschen Munitionsarbeiter in dieser Zeit streiken, kam es zu einem stürmischen Zwischenfall. Timm aus München ging auf Stadthagen zu und wollte ihn tätlich anfassen. Darüber geriet die Konferenz in eine so starke Unruhe, daß die Verhandlungen auf eine halbe Stunde vertagt werden mußten. Timm mußte schließlich um Entschuldigung für sein Verhalten bitten.

Am zweiten Verhandlungstage hielt Haase sein Korreferat. Er wandte sich zunächst dagegen, daß man die Verbreiter der Flugblätter als Feiglinge beschimpfe und erinnerte daran, wie man während des Sozialistengesetzes über die Männer geurteilt habe, die sich derartigen Gefahren ausgesetzt hatten. Er zeigte an einigen Beispielen, wie durch die Maßnahmen der Parteiinstanzen oppositionelle Arbeiter den Behörden ans Messer geliefert worden seien. Die Streiks der Munitionsarbeiter, an denen sich in Berlin allein über 50 000 Personen beteiligt hätten, seien innerhalb der Arbeiterschaft aus Sympathie für den Genossen Liebknecht ausgebrochen. Noch niemals hätten selbst bürgerliche Politiker solche Ausführungen in einem Parlament gemacht, wie Heine im Reichstag am 18. Januar 1916, als er offen die schärfsten Maßregeln gegen den Genossen Liebknecht verlangte. Die streikenden Arbeiter seien von der Berliner „Fackel“ als ehrlos beschimpft worden. Es gebe in der Opposition allerdings verschiedene Richtungen, genau so, wie auch auf dem rechten Flügel die Auffassungen nicht einheitlich seien. Aber wir müßten als Sozialdemokraten jede Kritik, auch die allerhärteste, ertragen können. Der Parteivorstand treibe dagegen die Opposition immer weiter von sich und drücke den Keil immer tiefer in die Partei hinein. Die gegebene politische Situation hätte mit allen Kräften ausgenutzt werden müssen, um politische Rechte zu erringen. Nichts sei aber geschehen, nichts Wesentliches in dieser Zeit erreicht worden. Die Agrarier hatten ihre eigene Taktik und konnten dadurch ihre Interessen bei der Lebensmittelversorgung wahren. Wir Sozialdemokraten haben auch unsere Taktik, aber wir haben sie nicht angewendet. Wir haben nur das eine Mittel, daß wir die Masse unserer Parteigenossen, so gut es geht, mobil machen. Das ist nicht geschehen. Woher komme denn unsere Einflußlosigkeit? Sie komme daher, daß die Regierung wisse, nach der Haltung, die die Sozialdemokratie im Kriege eingenommen hat, könne man ihr alles bieten, brauche man auf sie keine Rücksicht zu nehmen. Die Mehrheit habe vergessen, daß die Interessen der verschiedenen Klassen auch im Kriege ebenso verschieden seien, wie vorher, ja, daß die arbeitende Klasse im Kriege noch mehr leide, als vorher.

Haase wies hierauf eingehend nach, daß die Hauptschuld am Kriegsausbruch bei der deutschen Regierung gelegen habe. Zuerst waren sich der Parteivorstand und die Fraktion durchaus nicht über die Bewilligung der Kriegskredite einig. Erst später habe sich der Mehrheit die Ueberzeugung bemächtigt, daß sie mit der Vergangenen

heit brechen müsse. Jetzt könne man nicht mehr behaupten, daß wir am 4. August so hätten stimmen müssen, wie wir gestimmt haben. Jetzt müsse man weiter gehen und sagen, daß wir am 4. August nicht so hätten stimmen dürfen, weil der Charakter dieses Krieges und die Haltung der Regierung in diesem Krieg uns davon abhalten mußte. Wenn nun von der Mehrheit gesagt werde, daß die Kredite bewilligt werden mußten, um unsere Brüder im Felde zu schützen, so sei darauf zu erwidern, daß die Abstimmung im Parlament ein politischer Akt sei und daß man bei solcher Gelegenheit zu erklären habe, wie man zur Regierungspolitik stehe. Bei den meisten Angehörigen der Mehrheit sei jetzt die Anschauung vorhanden, daß man bis zum Siege durchhalten müsse. Zwischen Sieg und Niederlage aber gebe es einen dritten Weg: den Weg der Verständigung unter den Völkern, bei dem kein Volk eine Niederlage erleide. Die Annahme, daß die Regierung mit den Annexionsplänen der Imperialisten nichts zu tun habe, könne durch eine Unzahl von Beispielen widerlegt werden. Und so sei die ganze Haltung der Mehrheit unvereinbar mit unseren Grundsätzen gegenüber einem imperialistischen Kriege. Es fehle bei der Mehrheit jede selbständige Orientierung, sie folge den Losungen, die von der Regierung ausgegeben werden. Die Mehrheit setze ihr ganzes Vertrauen auf einen Mann wie Bethmann Hollweg, sie sage, man müsse ihn stützen, denn man wisse nicht, was dahinter komme, wenn er den Annexionisten zum Opfer falle. Und so sei es gekommen, daß man auch in der Frage des Bruchs der belgischen Neutralität nicht den Mut aufgebracht habe, die Wahrheit zu sagen. Im Gegenteil, man habe durch David ein Buch in die Welt gehen lassen, worin der Neutralitätsbruch noch beschönigt worden sei.

Haase wandte sich in seinen weiteren Ausführungen gegen die Auffassung, daß der Friede nur durch die Niederzwingung, durch die Zerschmetterung der Gegner wiederhergestellt werden könne. Die Opposition wolle nicht eine Niederlage Deutschlands, aber auch nicht die Zerschmetterung eines anderen Landes, sondern die Verständigung. Im Auslande wisse man jetzt, daß eine starke Gruppe in Deutschland vorhanden sei, die eine Verständigung nicht mit den Lippen, sondern durch die Tat wolle. Diese Tatsache allein müsse es rechtfertigen, daß die Arbeitsgemeinschaft selbständig im Reichstage vorgehe. In einer Zeit, wo die Welt aus den Fugen sei, könne man nicht solche Fragen mit dem Worte Disziplin oder Nichtdisziplin erledigen. „In einer Zeit, wo Reden Pflicht ist, und Schweigen ein Verbrechen, konnten wir nicht dasitzen wie stumme Hunde. Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, trotzdem bei den Arbeitern oft genug die Meinung zu hören ist, man müsse den Krieg zu Ende führen, ganz gleich, wie der Friede aussieht. Das aber wollen wir: um keinen Preis die Fortsetzung dieses Krieges.“ Haase wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Möglichkeit gegeben war, mit England zu einer Verständigung zu kommen. Das ist aber von der Regierung und von den deutschen Kriegstreibern verhindert worden.

Zum Schluß seiner Rede betonte Haase, daß auch die Opposition die Einigkeit der Partei aufrechterhalten wolle. Aber die Handlungen der Mehrheit hätten dazu geführt, daß die Einigkeit auf das äußerste

gefährdet sei. Eine große Anzahl von Parteigenossen fühle sich von der Partei abgestoßen, und für diese Genossen sei es überaus wichtig gewesen, daß die Arbeitsgemeinschaft sich gebildet habe. Einen einheitlichen Organisationsrahmen der Partei zu bewahren, sei nur möglich, wenn Toleranz geübt werde, wenn nicht diejenigen Anschauungen unterdrückt würden, die nicht übereinstimmen mit denen des Parteivorstandes und denen der Mehrheit der Fraktion. Die gefährlichste Periode für die Partei werde kommen, wenn sie sich über ihre Stellung zum verschärften U-Boot-Krieg entscheiden müsse. „Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht einer Partei, in der dem Imperialismus offen oder versteckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht einer Partei, die die Kolonialpolitik unterstützt, wie etwa Lensch im kolonialpolitischen Ausschuß. Wir sind gegen eine Partei, in der die Schutzzollbereicherungspolitik eine Förderung erfährt. Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgeschwächt wird. Wir wollen die Einheit der Partei, aber auf dem festen granitnen Boden des sozialdemokratischen Programms. Wir wollen sie als internationale Sozialisten!“

Für die Gruppe „Internationale“ sprach Käthe Duncker. Am 4. August, so führte sie aus, sei die zweite Internationale unheilbar zusammengebrochen, und die Partei habe vor der Ideologie des Nationalismus kapituliert. Die kommende Internationale müsse eine engere Organisation sein, die mit entscheidenden Machtbefugnissen für alle Länder ausgerüstet wird. Die Stellung zum Kriege dürfe man nicht abhängig machen von der jeweiligen Kriegslage. In der Stellung zu der Steuerfrage, zu der U-Boot-Frage, zur Friedenspetition des Parteivorstandes trenne sich die Auffassung des Spartakusbundes von der der Arbeitsgemeinschaft, aber beide Teile würden den gemeinsamen Gegner vereint schlagen. Die Einheit der Partei ruhe auf der Einheit der Grundsätze. Das Fundament unserer Grundsätze aber sei der internationale Gedanke und der Gedanke des Klassenkampfes. Wenn Parteivorstand und Fraktion dieses Fundament durch ihre Kriegspolitik und durch die Politik des Burgfriedens untergraben, dann müsse die Organisation der Auflösung und der Zerrüttung anheimfallen. Nicht die Einheit der Partei sei das wichtigste, sondern die Einheit in den Grundsätzen. Die Massen müßten aufgerufen werden zum machtvollen Kampf gegen den Imperialismus und gegen den Krieg. Der Friede müsse erkämpft werden unter Anwendung aller Machtmittel des Proletariats. Ein solcher Friede werde den Sieg des Sozialismus vorbereiten und die Internationale zu einer Macht gestalten, die eine Wiederholung solchen entsetzlichen Völkermordens für alle Zeiten verhindere.

In der Diskussion stellte sich bald heraus, daß die Hoffnung, die Reichskonferenz werde zu einer Abschwächung der Gegensätze führen, sich nicht erfüllen konnte. Die Mehrheit blieb dabei, daß ihre Kriegspolitik in den Verhältnissen begründet gewesen sei und daß kein Anlaß vorliege, von ihr abzugehen. Und so wurde es für die Opposition immer deutlicher, daß sie den Kampf gegen diese Auffassungen mit aller Schärfe weiterführen müsse. Die Mehrheit versuchte noch eine kleine Komödie aufzuführen, indem sie eine Sympathieerklärung für Karl Liebknecht herausbrachte. Käthe

Duncker protestierte dagegen, daß Leute, die durch ihre Politik mitschuldig daran seien, daß Liebknecht hinter Kerkermauern sitze, hier eine so heuchlerische Erklärung abgeben wollten. Auch Haase legte im Namen der Opposition Protest dagegen ein. Nicht der Ausdruck mitleidigen Bedauerns, wie es die Mehrheit wolle, sei hier am Platze, sondern entschiedener Protest. Zugleich stellte Haase noch einmal fest, daß die Konferenz, die im Parteistatut keine Stütze habe, nicht befugt sei, sachliche Beschlüsse zu fassen. Durch die Aussprache sei ihre Funktion erledigt.

Nach dreitägigen Verhandlungen kam es trotzdem zu Abstimmungen. Die Minderheit in der alten Fraktion erklärte, daß sie sich an der Abstimmung über die von der Mehrheit vorgelegte Resolution, die die Kriegspolitik des Parteivorstandes und der Fraktion guthieß, nicht beteiligen würde. Ein Antrag Haase-Ledebour, eine Beschlusfassung über sachliche Anträge abzulehnen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 276 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Danach gaben die Vertreter der Opposition und der Gruppe „Internationale“ Erklärungen ab, daß sie sich an den weiteren Abstimmungen nicht beteiligen würden.

Ebert schloß die Reichskonferenz mit einem Appell an alle Teilnehmer, daß sie bei allen Gegensätzen nicht vergessen sollten, daß sie Kameraden und Kampfgenossen seien. Ueber allem Streit stehe das große gemeinsame Ziel: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Bedrückung. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müßten alle Kräfte zu gemeinsamem und geschlossenem Handeln zusammengefaßt werden. Die nächste Zukunft lehnte bald, wie wenig ernst es gerade Ebert mit diesen Worten war. Er hat an der Spitze derjenigen gestanden, die durch ihre Handlungen die Einheit der Partei zerschlagen haben.

